Prof. Dr. Thomas Weil/Dr. Dr. Holger Koch

Situations- und Ressourcenanalyse zum Rechtsextremismus

Wissenschaftlicher Bericht
für den Lokalen Aktionsplan
des Wartburgkreises

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

TOLERANZ FÖRDERN
KOMPETENZ STÄRKEN

Gliederung

Seite

Vorbemerkung 03

1. Notwendigkeit und Aufbau der Situations- und Ressourcenanalyse 04

2. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 06

3. Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse 10

3.1 Rechtsextremismus im Wartburgkreis: Entwicklungen und Befunde 11

3.2 Die Ergebnisse der Experteninterviews in der Zusammenfassung 14

3.3 Anmerkungen zu den Ergebnissen der Fragebögen-Auswertung 32

3.4 Ergebnisse des LAP-Workshops 42

4. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen 44

5. Schlussbemerkungen 51

Anhang 53

Danksagung 98

Literatur 99

Vorbemerkung

Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit fördert im Rahmen des Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit Projekte, die präventiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt gerichtet sind. Der Wartburgkreis hat sich für die Teilnahme an diesem Programm erfolgreich beworben.

Die hier vorgelegte Situations- und Ressourcenanalyse zum Rechtsextremismus im Wartburgkreis ist ein wichtiger Bestandteil zur Erarbeitung eines entsprechenden Lokalen Aktionsplanes.

Der Auftrag zur Erstellung dieser Analyse wurde Ende September 2011 an uns herangetragen. Angesichts des recht kurzen Bearbeitungszeitraumes kann das Ergebnis nicht den Anspruch auf eine umfassende Darstellung erheben. Trotzdem glauben wir, dass die gewonnenen Befunde und Schlussfolgerungen eine wertvolle Grundlage sein können, um im Landkreis das bürgerschaftliche Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken.

Gleichzeitig verbinden wir damit die Hoffnung auf eine interessierte Leserschaft und eine rege Diskussion zum Thema Rechtsextremismus im Wartburgkreis.

Gera, im Januar 2012

Prof. Dr. Thomas Weil Dr. Dr. Holger Koch

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

Anmerkung:

Aus Gründen der Textökonomie werden in der vorliegenden Studie weibliche Formen nicht immer explizit aufgeführt. An dieser Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich alle personenbezogenen Formulierungen grundsätzlich gleichermaßen auf Frauen und Männer beziehen!

1. Notwendigkeit und Grundlagen der Situations- und Ressourcenanalyse

„Lokale Aktionspläne (LAPs) sind konkrete, vor Ort ausgearbeitete und umgesetzte Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie stärken sollen.“
(Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit)

Es ist unstrittig, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus das friedliche Zusammenleben in Städten und Gemeinden untergraben und demokratiegefährdende Prozesse verstärken. Die jüngste Untersuchung „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2010) hat einmal mehr mit großem Nachdruck auf diese beunruhigenden Zusammenhänge hingewiesen. Zur wirksamen Bekämpfung und Auseinandersetzung mit dieser ernst zunehmenden Herausforderung bedarf es u. a. zielgerichteter Präventionsstrategien, in denen eine aktive Bürgergesellschaft eine zentrale Rolle spielt.

Besondere Aktualität gewinnt eine solche Stärkung bürgerschaftlichen Engagements im Kampf gegengruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vor dem Hintergrund der jüngsten Erkenntnisse zum rechtsextremistischen Terrornetzwerk in Thüringen. Hier hat sich eine Herausforderung entwickelt, die eine breite demokratische Gegenwehr erfordert. Kurz: es braucht vor Ort Menschen mit Problembewusstsein und Handlungsbereitschaft auf die jeweils konkreten Konfliktsituationen mit rechtsextremistischem Hintergrund reagieren.

Das Thüringer Landesprogramm für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ zielt genau in diese Richtung. Kommunale Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sollen befähigt und ermutigt werden, der rechtsextremistischen Gefährdung demokratischer Kultur entschlossen entgegenzutreten. Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang, dass der Freistaat im Gegensatz zum Bund von den im Kampf gegen den Rechtsextremismus engagierten Vereinen und Bündnissen keine so genannte „Extremismus- und Demokratieklausel“ verlangt. Niemand, der sich im Kampf gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagiert, soll so unter Generalverdacht gestellt und ausgeschlossen werden.

Grundlage für die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Kommunen und Landkreisen bilden **die Lokalen Aktionspläne**. Ein wichtiger Schwerpunkt beim Aufbau tragfähiger Strukturen und Initiativen vor Ort ist die **Erarbeitung einer Situations- und Ressourcenanalyse.** Die Bedeutung einer solchen Analyse besteht darin, sozialräumliches Wissen für die praktische Intervention vor Ort bereitzustellen.

Die **Situationsanalyse** liefert deshalb zunächst einen Einblick in die lokalen Problemlagen. Grundlage bilden hier u. a. die Ergebnisse von Wahlen, das Wirken rechtsextremistischer Parteien in den Parlamenten, die Einschätzungen von Experten zu den Aktivitäten der Rechtsextremen im lokalen Raum und ihrer möglichen Verankerung in der Alltagskultur.

Die **Ressourcenanalyse** erfasst die bestehenden lokalen Netzwerke und Strukturen, die sich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verpflichtet fühlen. Bisherige Maßnahmen und Erfolge werden dabei ebenso thematisiert, wie offenkundige Schwierigkeiten und Defizite. Gleichzeitig sollen erste Ziele und Inhalte eines lokalen Aktionsplanes umrissen werden. Die **Situations- und Ressourcenanalyse** bildet selbst die Grundlage, um jene Zielstellungen zu erarbeiten, die den spezifischen Herausforderungen eines konkreten Sozialraumes Rechnung tragen.

Der Wartburgkreis wurde Mitte 2011 durch das Landesprogramm „ Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ in die Entwicklungsphase eines lokalen Aktionsplanes zum Aufbau integrierter lokaler Strategien aufgenommen. Die in diesem Zusammenhang geforderte Erstellung einer lokalen Situations- und Ressourcenanalyse wurde von der Kreisverwaltung des Wartburgkreises an Herrn Prof. Dr. Thomas Weil und Herrn Dr. Dr. Holger Koch und vergeben.

Die hier vorgelegten Ergebnisse einer sozialraumbezogenen Untersuchung liefern einen ersten empirisch abgesicherten Einblick in regionale Problemlagen sowie in die Erfordernisse einer aktiven und kontinuierlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Aktivitäten im Wartburgkreis.

Die Erarbeitung einer solchen sozialräumlichen Situations- und Ressourcenanalyse erfordert einen recht komplexen und vor allem aktivierenden Forschungsansatz. Er verbindet verschiedene Methoden der qualitativen und empirischen Sozialforschung.

Hierbei handelt es sich um:

- Auswertung von Statistiken zu den örtlichen Problemlagen (z. B. Wahlergebnisse/rechtsextreme Straf- und Gewalttaten)
- Leitfadengestützte narrative Experteninterviews (qualitativ)
- Anonyme Befragung von Bürgerinnen, Vereinen und Verbänden (quantitativ)

Bei der Auswahl der Experten war es deshalb wichtig, darauf zu achten, dass die Experten einen Bezug zu diesem Thema haben. Anhand eines Interviewleitfadens wurden im Oktober/November 2011 Einzelinterviews mit Gesprächspartnern von verschiedenen Institutionen durchgeführt. Die Interviews selbst sollten vor allem Aufschluss über das bereits vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement sowie über die konkreten Erwartungen an den Lokalen Aktionsplan liefern.

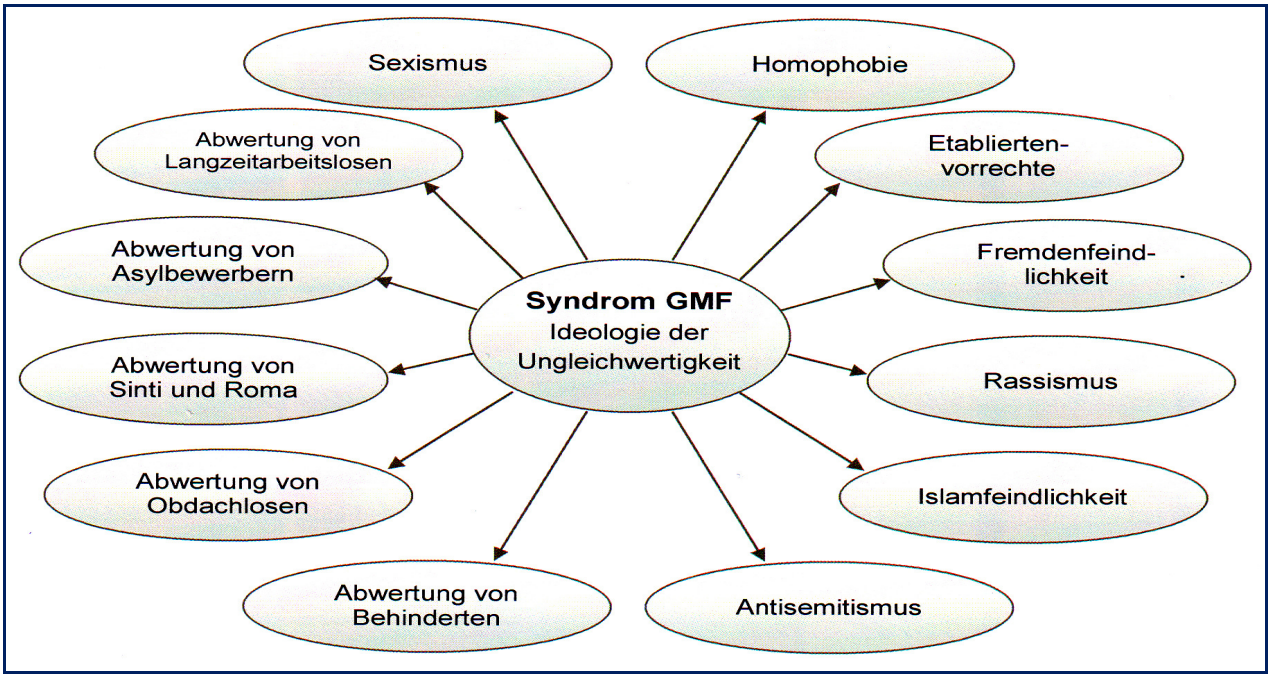
Die Essentials der einzelnen Interviews sind im Anhang dieser Studie zu finden. Die Interviews

wurden paraphrasiert und in Textform zusammengesetzt. Der Interviewleitfaden sowie die paraphrasierten Interviews werden ebenfalls im Anhang dokumentiert. Für die quantitative Datenerhebung wurde ein teilstandardisierter Fragebogen entwickelt. Die dabei gewonnenen Daten findet der Leser wiederum im Anhang.

2. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

„Die Gefährdung der demokratischen Kultur geht in Thüringen gegenwärtig vorrangig vom Rechtsextremismus aus.“
(Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit)

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse orientiert sich an der Rechtsextremismus-Definition von Wilhelm Heitmeyer und dem darin enthaltenen **Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit** (vgl. Heitmeyer 2005). Von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit spricht man, wenn „Personen aufgrund gewählter oder zugewiesener Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten“ (Heitmeyer/Mansel 2008: 18) ausgesetzt sind. Zu den Elementen dieser generalisierten Ideologie der Ungleichwertigkeit gehören: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamophobie, Etabliertenvorrechte, Sexismus sowie die Abwertung von Langzeitarbeitslosen (vgl. ebenda).



Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
(Deutsche Zustände: Presseinformation vom 12.12.2011)

Auch die Autoren der Studie „Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2010) orientieren sich an dieser Definition, in der zwischen rechtsextremen Einstellungen (Ideologie der Ungleichheit) und Handlungen (Gewaltakzeptanz) differenziert wird:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2010: 18).

Und Hans-Georg Jaschke definiert die ideologisch-politische Grundsubstanz des Rechtsextremismus wie folgt: „Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke 2001: 30).

Diese weitreichende Definition hat den Vorteil, dass Rechtsextremismus nicht auf ein vermeintliches Randphänomen verkürzt wird. Vielmehr werden die Übergänge zur gesellschaftlichen Mehrheitskultur sowie zur politischen Kultur insgesamt sichtbar gemacht und in Bezug zur aktuellen Lebenswelt diskutierbar. Rechtsextreme greifen reale Konfliktlagen auf und übersetzen sie in Einstellungen und Deutungsbilder, die sich dem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuordnen lassen. Der Aufbau der Fragebögen, die einen zentralen Bestandteil der Studie bilden, folgt den hier beschriebenen Zusammenhängen.

Gleichzeitig trägt die vorliegende Studie der Tatsache Rechnung, dass sich Rechtsextreme in ihren Bemühungen um Deutungshoheit und Mobilisierung im öffentlichen Raum zweier eng miteinander verbundener strategischer Schwerpunktsetzungen bedienen: „Da sind zum einen die lokal organisierten und regional vernetzten Kameradschaften, die – teils über starke soziale Einbindung, teils über das Schüren von Bedrohungsgefühlen und Ängsten in der Bevölkerung bis hin zur Ausübung von Gewalt – Einfluss auf die Mentalitäten der Bevölkerung und letztlich auch auf die Bereitschaft zum Engagement gegen Rechtsextremismus nehmen. Zum anderen wird auf der politischen Ebene auf ostentative Bürgerlichkeit und Bürgernähe gesetzt, um die ideologische Auseinandersetzung zu dominieren“ (Grau 2010: 235). Auch diese strategischen Orientierungen wird insbesondere in den Fragebögen Rechnung getragen.

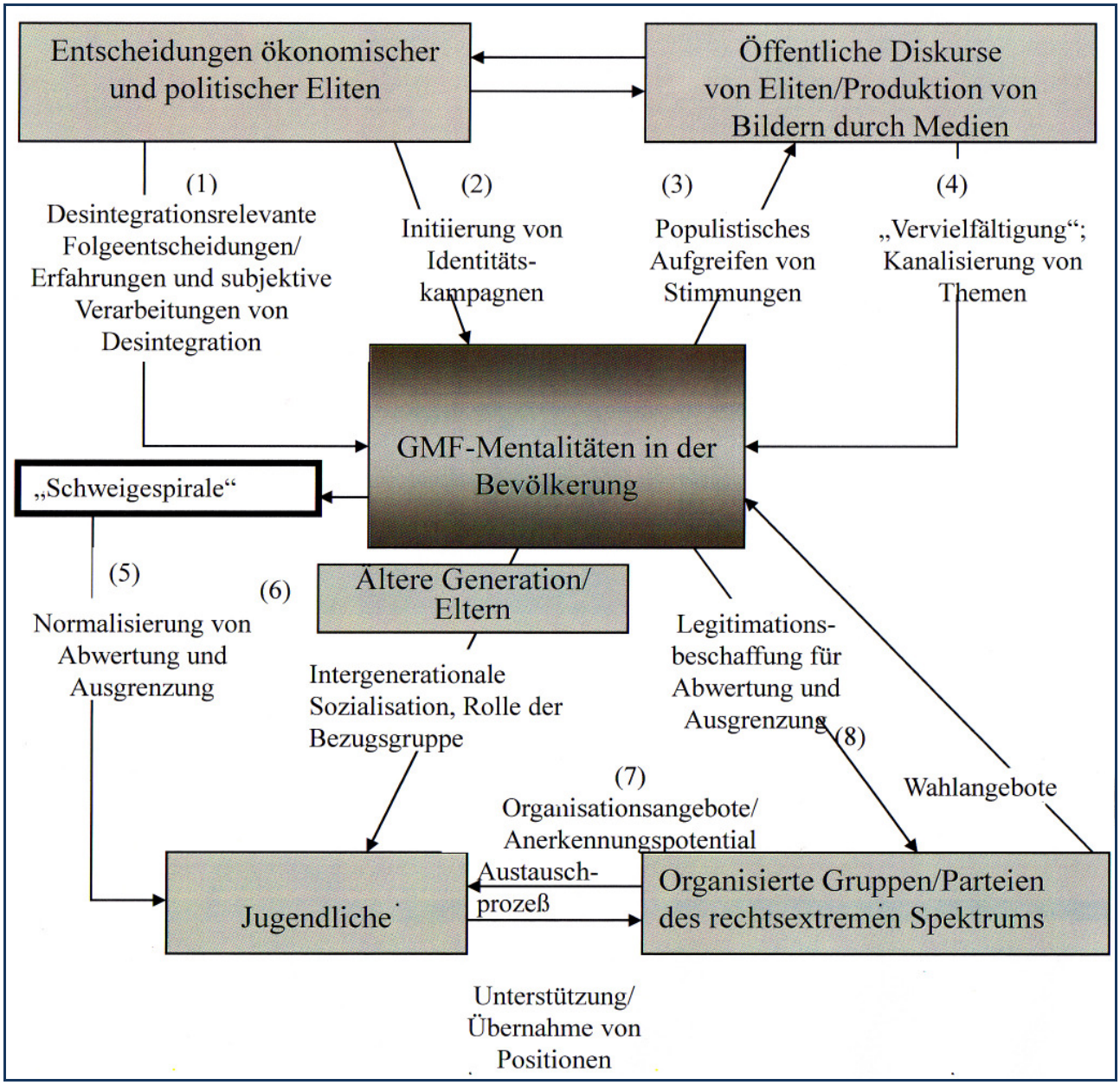
Auf einen weiteren Zusammenhang, der gerade für den Wartburgkreis unverzichtbar ist, muss abschließend aufmerksam gemacht werden.

Es ist hinlänglich untersucht, dass Rechtsextreme zunehmend versuchen, ihre Positionen in eher ländlich geprägten Regionen auszubauen (vgl. Buchstein/Heinrich 2010: 34 ff). Es gibt eine Reihe von Ursachenfeldern, die die Etablierung einer solchen rechtsextremen Alltagskultur begünstigen können. Dazu gehört oft eine fehlende Konfliktbereitschaft als Konsequenz sozialer Nahbeziehungen. Ländliche Räume sind zudem durch weniger sozio-kulturelle Vielfalt geprägt. Daraus kann eine stärkere Tendenz zur Verhaltenskonformität und Abweichungsintoleranz resultieren. Hinzu kommt ein geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Damit verbunden ist oft eine gewisse Distanz gegenüber Fremden, die wiederum eine Integration von Menschen nicht-deutscher Herkunft erschweren kann. Und nicht zu vergessen ist, dass gerade die eher ländlich geprägten Regionen unter einer prekären Haushaltsituation leiden, der viele der sogenannten freiwilligen kommunalen Leistungen zum Opfer fallen. Die sich daraus ergebenden Gelegenheiten, sich als Kümmerer für die Alltagsprobleme der Bevölkerung zu präsentieren, werden von den Rechtsextremen Parteien und deren Anhängern zielgerichtet genutzt. Das macht sie – in gewisser Weise – selbst zum Bestandteil der örtlichen Zivilgesellschaft (vgl. T. Simon: Forschungsjournal NSB 4/2008:17 ff). Die sich daraus ergebende Schwierigkeit ist offenkundig: was kann ein Appell an zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts bewirken, wenn diese selbst Teil dieser „Zivilgesellschaft“ sind oder zumindest als solche von einem Teil der Bevölkerung wahrgenommen werden?

Anders als im großstädtischen Raum fehlt es aber oft auch an tatkräftigen und erfahrenen Akteuren, die sich den Rechtsextremen entgegenstellen. Und diejenigen, die das tun, werden nicht selten als Ruhestörer und Nestbeschmutzer wahrgenommen. Eine wirksame Gegenstrategie, die zudem von einem Großteil der Bevölkerung unterstützt wird, hat diesen vielschichtigen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

Ob die Bemühungen der Rechtsextremen um eine „Normalisierung“ von Erfolg gekrönt sind und latente Menschenfeindlichkeit ihre zerstörerische Dynamik entfalten kann, hängt freilich von unterschiedlichen Einflüssen ab.

Diese Einflüsse hat Wolfgang Heitmeyer in dem folgenden Modell erfasst:



Reproduktionsmodell von Einstellungsmustern zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
(Wilhelm Heitmeyer: Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas. In: ders. [Hg.]: Deutsche Zustände, Bad 5, 2007, Suhrkamp, S. 283)

Auch dieses Reproduktionsmodell lieferte wichtige Grundlagen für die Gestaltung der Fragebögen bzw. den Interviewleitfaden.

Eine letzte Anmerkung, die für unsere Herangehensweise an die Untersuchung des Rechtsextremismus in einem eher ländlich geprägten Raum von Bedeutung ist. D. Borstel und G. Heinrich (vgl. Buchstein/Heinrich 2010: 507 ff) haben strategische Grundkonstellationen beschrieben, die der Rechtsextremismus vor Ort aufweisen kann und die einen erheblichen Einfluss

auf die zivilgesellschaftliche Gegenwehr haben. Dabei handelt es sich – vereinfacht ausgedrückt – um …

einen Rechtsextremismus ohne nennenswerte lokale Verankerung;

einen gewalttätigen/provokant auftretenden Rechtsextremismus;

einen Rechtsextremismus, der das Image eines lokalen „Kümmerers“.

Vor allem in der zuletzt angesprochenen Konstellation fällt es den zivilgesellschaftlichen Akteuren eher schwer, sich zu engagieren und das Schweigen zum Thema Rechtsextremismus zu brechen. Um welche Grundkonstellation es sich im Wartburgkreis handelt – auch die Beantwortung dieser Frage ist ein zentrales Anliegen der Situations- und Ressourcenanalyse.

3. Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse

„Jede demokratiefeindliche Aktion findet an einem konkreten Ort statt und fordert die lokalen Akteure zu Reaktionen heraus. Die Kommune ist daher der entscheidende politische Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gelebt wird.“

(Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit)

In diesem zentralen Kapitel der vorliegenden Studie werden wir zunächst allgemeine Entwicklungen und Befunde zum Rechtsextremismus im Wartburgkreis darstellen.

Für die Durchführung der sogenannten Experten-Interviews wurde ein qualitativ-narrativer Interview-Leitfaden im Diskurs der Projektgruppe erstellt und diverse Pre-Tests mit Seminargruppen aus dem Bereich Soziales der Berufsakademie Gera durchgeführt, bevor die konkreten Diskussionspartner festgelegt wurden. Grundsätzlich waren alle unsere Gesprächspartner für unser Anliegen sehr offen und auskunftsfreudig.

Die Ergebnisse der Experten-Interviews werden wir unter Kapitel 3.2 ausführlich darlegen.

Im Anschluss daran werden in Kapitel 3.3 die Ergebnisse der schriftlich ausgefüllten Fragebögen und der Online-Erhebung präsentiert. Kapitel 3.4 fasst sodann den lokalen Workshop zum Lokalen Aktionsplan im Wartburgkreis zusammen.

3.1 Rechtsextremismus im Wartburgkreis: Entwicklungen und Befunde

Wie bereits erwähnt, handelt es sich beim Rechtsextremismus um ein spezifisches soziopolitisches Handlungs- und Einstellungsmuster. Es wäre daher auch eine grobe Selbsttäuschung, wenn man Ausmaß und Einfluss des Rechtsextremismus allein auf statistische Befunde zu Wahlergebnissen reduzieren würde. Gleichwohl haben solche Befunde im Rahmen der vorliegenden Untersuchung durchaus ihre Berechtigung: Sie sind zunächst einmal sichtbarer Ausdruck des rechtsextremen Gefährdungspotentials und vermitteln einen Einblick in die kommunalpolitischen Geländegewinne der Rechtsextremen. Gleichzeitig sind sie ein markantes Indiz für die vorhandene Unterstützung rechtsextremistischer Politikangebote durch Teile der Bevölkerung. Im Schutze der parlamentarischen Demokratie für ihre Ziele zu werben – übrigens bei gleichzeitiger Ablehnung genau dieser Demokratie – gibt den Rechtsextremen die Gelegenheit, die politische Ausgrenzung zu unterlaufen und ihren Parteien ein öffentlichkeitswirksames Gesicht zu geben. „Die parlamentarische Arbeit der NPD leistet darüber hinaus einer Normalisierung Vorschub, neonazistische Positionen werden zunehmend als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums erachtet. Zudem bietet sich hier die Möglichkeit, öffentlich wirksam Bürgernähe zu demonstrieren“ (Begrich/Weber/Roth 2010: 17). Dass diese Orientierung durchaus Erfolge aufzuweisen hat, sollen einige Fakten, die sich auf Thüringen insgesamt beziehen, verdeutlichen:

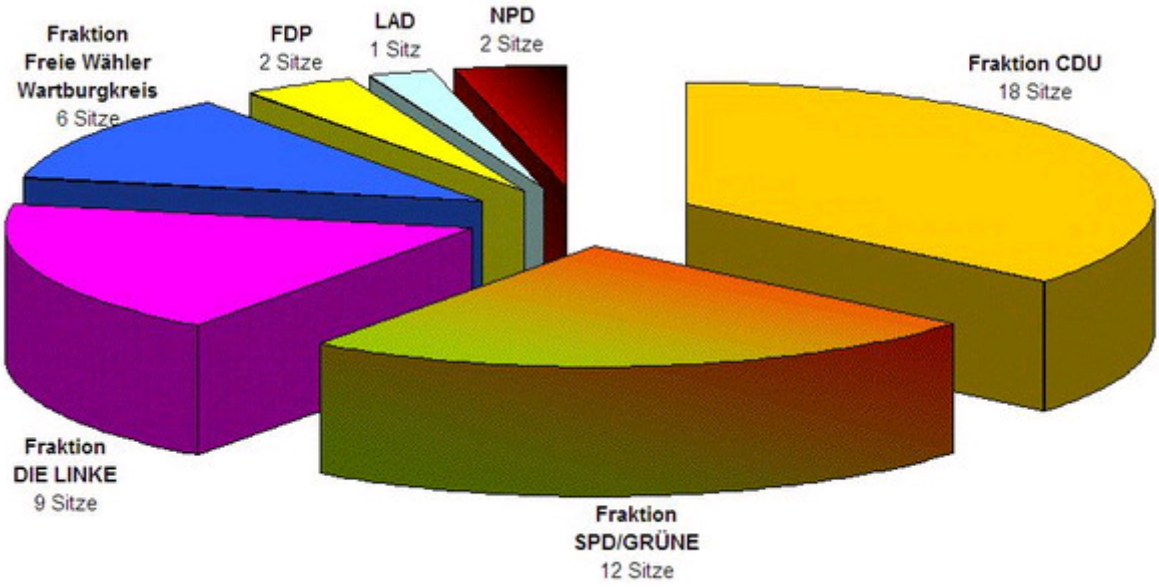
Im Thüringen-Monitor 2011 wird auf eine Zunahme der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung verwiesen. Die Zustimmungsraten zu einigen Elementen des rechtsextremen Einstellungssyndroms haben sich erhöht. Zugenommen haben dabei: Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Antisemitismus (vgl. Thüringen-Monitor 2011: 76 f). Insgesamt gesehen lässt sich „eine deutliche Steigerung des Anteils der Rechtsextremen von 13 auf 17 Prozent, was vor allem auf das Anwachsen des ‚harten Kerns’ Rechtsextremer mit einem festen Überzeugungssystem auf nunmehr neun Prozent“ (ebenda: 78) zurückgeht. Am stärksten zugenommen hat der Rechtsextremismus bei Männern sowie unter älteren Bürgern. In der Altersgruppe bis 45 Jahre hat die NPD bei der Landtagswahl 2009 deutlich die Fünf-Prozent-Hürde genommen. Und, was noch weit beunruhigender ist: Es sind vor allem die so genannten „unzufriedenen Demokraten“, die offener für rechtsextreme Einstellungen geworden sind.

Diese Tendenzen schlagen sich auch in den Ergebnissen bei den Landtagswahlen nieder. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik hat sich der Stimmenanteil der NPD bei den Landtagswahlen zwischen 2004 und 2009 von insgesamt 1,6 % auf 4,2 % erhöht. Eine ähnliche Entwicklung trifft auch auf den Stimmenanteil der rechtsextremen Parteien (DVU, NPD, REP) zwischen 1990 und 2009 zu: von 1,0 % auf 4,7 %.

Wie sieht es aber nun im Hinblick auf den Wartburgkreis aus? Nachdem die Fünf-Prozent-Hürde für die letzte Kommunalwahl ersatzlos gestrichen wurde, d.h. die Parteien auch Mandate erringen konnten, ohne zumindest 5 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten zu haben, ergibt sich das folgende Bild. Die 50 Sitze im 2009 gewählten Kreistag verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien:

Partei	Sitze
CDU	18
SPD	10
Die Linke	9
Freie Wähler Wartburgkreis	6
NPD	2
FDP	2
GRÜNE	2
Liste für alternative Demokratie (LAD)	1

Dies bedeutet eine mehrheitliche Sitzverteilung, wie sie das folgende Diagramm anschaulich wiedergibt:



Legt man die allgemein zugänglichen Quellen zugrunde (Verfassungsschutzbericht/Landesamt für Statistik/Thüringen-Monitor, NiP usw.), so lässt sich zunächst folgende Feststellung treffen:

Im Vergleich mit anderen Landkreises Thüringens muss der Wartburgkreis als Hochburg, ja sogar als „Musterregion“ der NPD, eingestuft werden!

Hierfür einige markante Daten:

≡ Bei den Kreistagwahlen 2009 erreichte die NPD 4,8 % der Stimmen und zog mit zwei Mandaten in den Kreistag des Wartburgkreises ein. Mit fast 85.000 Stimmen lag sie noch vor der FDP und den Grünen.

≡ Die höchsten Stimmenanteile bei den Kommunalwahlen 2009 errang die NPD in Urnshausen (19,1 %), Wiesenthal (11,9 %) und Neidhartshausen (11,6 %).

≡ Bei den Landtagswahlen erhielt die NPD im Wartburgkreis I 6,0 % und im Wartburgkreis II/ Eisenach 5,0 % der Stimmen. Wäre es nach diesen Wahlkreisen in Thüringen gegangen, dann wäre die NPD in den Landtag eingezogen. Zugleich gehört der NPD-Kreisverband zu jenen Kreisverbänden, die ihre Parteiarbeit ausgesprochen öffentlichkeits- und medienwirksam gestalten. Seit 2006 wird hier der Wartburgkreis-Bote herausgegeben – eine sich bürgernah gebende NPD-Wahlzeitung mit bürgernahen Themen und regionalem Bezug.

Im Kreistag selbst kann von einer offensiv-energischen Parlamentsarbeit gesprochen werden.

Auch hier zeigt sich ein gerade für Thüringen typischer Trend:

Im Vergleich zu anderen Parteien handelt es sich bei **den beiden NPD-Kreistagsmitgliedern Tobias Kammler und Hendrik Heller** um recht junge Mandatsträger. Sie fühlen sich sichtlich wohl in der Rolle einer Opposition, die nicht müde wird, die anderen Fraktionen als bürgerfern oder sogar inkompetent darzustellen. Mit einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen präsentieren sie sich als heimatverbundene Sachwalter der „kleinen Leute“. Diese Strategie der arbeitsintensiven kommunalpolitischen Verankerung haben Kammler und Heller selbst wie folgt beschrieben: „Mit einer jungen und konsequenten Mannschaft will sie (Anm.: die NPD) die Probleme anpacken, die die etablierten Parteien seit Jahrzehnten nur verschieben oder weiter verschärfen. Der Kampf gegen Abwanderung, Armut und Ärztemangel durch eine familien-, arbeits- und unternehmerfreundliche Politik wird durch die Heimatpartei NPD zielstrebig forciert. Wenn auch Sie Anliegen, Wünsche und Vorschläge haben, dann tragen Sie diese an uns heran. Wir kümmern uns vertrauensvoll um die Belange der Deutschen im Wartburgkreis“ (zitiert nach Wellsow 2011: 32).

Dieser Ansatz, berechtigte Interessen der Bevölkerung aufzugreifen, wird aber zugleich als Vehikel benutzt, um parlamentarische Initiativen mit deutlich antidemokratischem bzw. rassistischem

Charakter einzubringen. Der Antrag auf Umbenennung der Ausländerbeauftragten in eine „Ausländerrückführungsbeauftragte“ oder die Versuche, soziale benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch eine rassistisch-ökonomistisch geprägte Ausgabenpolitik gegeneinander auszuspielen (z. B. die Ablehnung eines Sozialtickets, Aufrechnung der Aufwendungen für Asylbewerber gegen Grundschulsanierung usw.). Die Feststellung, dass Menschen, deren „Nutzen für das Deutsche Volk … gleich null“ beträgt und denen deshalb in Deutschland kein Existenzrecht zusteht, sind ein markantes Indiz für die Aufkündigung des demokratischen Prinzips der Gleichwertigkeit.

Die Fähigkeit, kommunalpolitisch relevante Themen im Kontext rechtsextremer Ideologeme zu bearbeiten, zielt darauf ab, das gesellschaftliche Klima grundlegend und unter Zustimmung eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Bürgerinnen und Bürger zu verändern.

„Ein größerer Teil der (eher auf dem Lande situierten) Wählerschaft möchte, dass die regionale und lokale Politik durch rechtsextreme Akteure in Parlamenten (mit-)gestaltet wird, … So gesehen ist es zumindest problematisch, Landtagsstimmen als reine Proteststimmen zu werten. Dahinter verbirgt sich mehr als nur Widerspruch oder die Absicht, einen Denkzettel zu verpassen. Hier spricht sich durchaus der Wunsch nach einer rechtsextremen, antidemokratischen, antipluralistischen und national-xenophoben Politik vor Ort und im jeweiligen Bundesland aus“ (Thumfart 2011: 24).

Diese Entwicklung stellt eine ernst zu nehmende zivilgesellschaftliche Herausforderung dar und unterstreicht die Notwendigkeit eines Lokalen Aktionsplanes gegen den Rechtsextremismus im Wartburgkreis.

3.2 Die Ergebnisse der Experten-Interviews in der Zusammenfassung

Einen wichtigen Bestandteil unserer sozialräumlichen Analyse bilden leitfadengestützte narrative Experteninterviews. Bei diesen Experten handelt es sich um Personen, die aufgrund ihrer Position bzw. ihres Berufes über besondere Wissens- und Erfahrungsvorräte im konkreten Sozialraum verfügen und im Hinblick auf rechtsextreme Strukturen sowie zivilgesellschaftlicher Gegenwehr von uns befragt wurden.

Zielgruppe unserer Situations- und Ressourcenanalyse waren zunächst einmal Vertreter bzw. Mitarbeiter von Initiativen, Vereinen und Behörden, die unterschiedliche Handlungsfelder des sozialen und kommunalen Lebens im Wartburgkreis vertreten. Die zentrale Zielstellung bestand darin, durch die Interviews einen möglichst plastischen und umfänglichen Einblick in

rechtsextremistische Erscheinungsformen und deren Ausmaß zu erlangen – und zwar aus der jeweilig spezifischen Sicht der vor Ort lebenden Experten. Für die vorliegende Sozialraumanalyse wurden insgesamt zwanzig Experten befragt.

- ✓ **01:** Leitender Mitarbeiter einer Polizeidienststelle (Kürzel: PI)
- ✓ **02:** Mitarbeiterin der Stadtverwaltung (Kürzel: IB)
- ✓ **03:** Mitarbeiterin der Volkshochschule (Kürzel: VHS)
- ✓ **04:** Mitarbeiterin des Jugendamtes (Kürzel: JA)
- ✓ **05:** Mitglied des SPD-Kreisvorstandes (Kürzel: S)
- ✓ **06:** Bürgermeister einer Gemeinde und Kreistagsmitglied (Kürzel: GK)
- ✓ **07:** Leiterin einer sozialen Einrichtung (Kürzel: LS)
- ✓ **08:** Vorsitzende eines Sozialverbandes (Kürzel: SV)
- ✓ **09:** Mitarbeiterin der Ausländerbehörde (Kürzel: AB)
- ✓ **10:** Direktorin einer Grundschule (Kürzel: GS)
- ✓ **11:** Leitender Mitarbeiter eines Freien Trägers der Jugendhilfe (Kürzel: JH)
- ✓ **12:** Bürgermeister einer Stadt im Wartburgkreis (Kürzel: BW)
- ✓ **13:** Vorsitzender einer Verwaltungsgemeinschaft (Kürzel: VG)
- ✓ **14:** Stadtratsmitglied Fraktion SPD (Kürzel: RS)
- ✓ **15:** Stadtratsmitglied Fraktion Freie Wähler (Kürzel: RF)
- ✓ **16:** Stadtratsfraktion Fraktion DIE LINKE (Kürzel: RL)
- ✓ **17:** Lehrer an einem Gymnasium (Kürzel: LG)
- ✓ **18:** Mitglied eines Bürgerbündnisses (Kürzel: MB)
- ✓ **19:** Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit (Kürzel: JE)
- ✓ **20:** Kreistagsmitglied der CDU- Fraktion (Kürzel: KC)

Die Interviews wurden in der Regel mit Tonmitschnitten aufgenommen, zum Teil im Wortlaut transkribiert und in vereinfachter Form dokumentiert (paraphrasiert). Interessante Passagen dieser Auswertungsdokumente fließen als Zitat bzw. Paraphase in die vorliegende Auswertung ein. Die dabei gewonnenen Ergebnisse sind nicht repräsentativ. Aber sie vermitteln einen alltagsnahen Einblick in die Komplexität sowie in die Widersprüchlichkeit von Wahrnehmungen der Interviewpartner im Hinblick auf rechtsextreme Erscheinungsformen und Einstellungspotentiale.
Auch wenn es folglich nicht ganz einfach war, diese Wahrnehmungen zu verallgemeinern, so lassen sich dennoch einige wichtige Befunde für die Erarbeitung des Lokalen Aktionsplanes ableiten.

Eine wichtige Erkenntnis sei jedoch bereits an dieser Stelle herausgehoben:

Die Interviews vermitteln einen Einblick in die Vielfalt rechtsextremer Erscheinungsformen. Das dahinter stehende rechtsextreme Strategiemodell als „Kampf um Köpfe, Räume und Parlamente“ (R. Kendom) lässt sich auch für den Wartburgkreis ausmachen. Gemessen an dieser komplexen Ausrichtung wird die bisherige Gegenwehr offenkundig als nicht ausreichend empfunden. Die zentrale Herausforderung besteht folglich darin, das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement in eine langfristig abgestimmte und nachhaltige kommunale Handlungsstrategie zu integrieren.

Neben dieser grundsätzlichen Erkenntnis lassen sich einige weitere für den lokalen Aktionsplan zentrale Befunde aus den Experteninterviews ableiten:

a) In der Wahrnehmung der befragten Experten lassen sich keine öffentlichen Räume ausmachen, die von rechtsextremen Gruppen bzw. Akteuren so dominiert werden, dass man von Angsträumen sprechen kann.

Zwar wird in einigen Interviews betont, dass man sich mit dieser Einschätzung aufgrund fehlender eigener Einblicke auch irren kann. Aber insgesamt gesehen dominiert die Einschätzung: solche stark dominierten Räume gibt es nicht! Interessant ist jedoch, dass der Begriff „Angstraum“ öfters mit Konflikten im Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Verbindung gebracht wird. So heißt es z. B. in einem Interview:

„Es gab in der Vergangenheit sicherlich einige subjektiv empfundene regionale Schwerpunkte für Ängste, die aber nichts mit den Aktivitäten von Rechtsextremen zu tun hatten. Hier handelt es sich aber um mehr Probleme des Zusammenlebens, oft ausgelöst durch Migrationsprobleme, wobei es hier vorwiegend um Probleme dieser Gruppen untereinander ging. Insgesamt sind die aber nicht …“ (PI).

Ähnlich in einem anderen Interview:

„Was vielleicht Angst macht, das sind Probleme im Zusammenleben von Menschen. So zum Beispiel in bestimmten Wohngegenden. Dass man sich dort belästigt fühlt oder möglicherweise abends nicht gern spazieren geht. Aber die haben weniger etwas mit dem Thema Rechtsextremismus zu tun. Und sind sicherlich auch keine Angsträume“ (VHS).

b) Schwer einzuschätzen ist nach Auffassung der Experten das rechtsextremistische Gewaltpotential.

Zwar wird dieses Gewaltpotential nicht grundsätzlich bestritten. *„Gewaltbereitschaft ist sicherlich noch vorhanden, auch wenn sich das schwer einschätzen lässt“ (LS).* Und ähnlich in einem anderen Interview: *„Aus unserer Sicht hat es nicht zugenommen. Das heißt nicht, dass dieses Gewaltpotential nicht vorhanden ist. Aber offen zum Ausdruck kommt es nicht“ (BW).* Doch wird in den meisten Interviews auf zwei Tendenzen hingewiesen: Zunächst einmal scheint das rechtsextreme Gewaltpotential – verglichen mit früheren Jahren – abgenommen zu haben. *„Offene Gewalt bei der Durchsetzung seiner politischen Ziele ist seit Jahren nicht mehr feststellbar gewesen. Das war doch vor einigen Jahren deutlich anders“ (PI).*

Und besonders plastisch wird diese Tendenz in folgender Aussage beschrieben:

„Da lassen sich schon Veränderungen ausmachen. Ich habe es selbst erlebt was es heißt, Angst vor den Rechten zu haben. 1992 war ich Zeuge, wie eine Gruppe von Rechten aufmarschiert ist. Die haben einen jungen Mann gesucht, einen Linken. Die haben die ganze Familie zusammengeschlagen und gedroht, dass Kind der jungen Familie umzubringen. Da wurde gegrölt und man hatte eine Art Uniform an. Diese offene Gewalt gibt es heute hier nicht mehr“ (SV).

Dieses weniger offen zum Ausdruck kommende Gewaltpotential wird von vielen Interviewten auf eine veränderte Strategie der Rechtsextremisten zurückgeführt. Diese Strategie wird mit den Stichworten „Lernprozess“ oder „schleichende Normalisierung“ umschrieben. *„Da ist ein Lernprozess eingetreten. Vielleicht dämmert es ihnen, dass man mit offener Gewalt keine Sympathisanten gewinnen kann. Irgendwie haben sie das Gewaltpotential unter Kontrolle, auch wenn man natürlich nicht in deren Köpfe reinschauen kann“ (PI).*

Und in einem anderen Interview:

„Nach meinen Empfindungen ist das alles viel subtiler geworden. Man gibt Zeitungen heraus, ist in Sportvereinen usw. präsent. Die Argumente der Rechten erscheinen so offenkundig normal, dass sie Anklang finden. Da bedarf es offener Gewalt offenkundig nicht. Da sind Masken der Friedfertigkeit und die dahinter stehenden Absichten sind nicht so offenkundig erkennbar. Da ist doch blanke Gewalt viel eindeutiger“(AB).

Nur vereinzelt wird dagegen auf eine Zunahme offener Gewalt verwiesen:

„Ich denke, Gewalt hat – zumindest ist das mein Eindruck – zugenommen. Diese Gewalt richtet sich dabei vor allem gegen Linke. Das hat also eine politische Dimension bekommen. Man attackiert jene, von denen Gegenwehr ausgeht. Vor allem bei Aufmärschen der Rechten spürt man etwas von diesem Gewaltpotential“ (IB).

c) Interessant ist, dass im Zusammenhang mit der Frage nach dem rechtsextremistischen Gewaltpotential in einigen Interviews sofort der Bezug zum „Linksextremismus“ hergestellt wird.

Die starke politische Ausrichtung auf das Thema „Extremismus von rechts und links“, wie sie gerade auch für Thüringen in den letzten Jahren typisch war, hat hier offenkundig Spuren hinterlassen. Die damit verbundene Gefahr einer Relativierung rechtsextremistischer Gewalt wird nicht erkannt:

„Die Erfahrung bei uns in Bad Salzungen hat gezeigt, dass es nicht die Rechtsextremisten sind, die als erste zu Gewalt greifen, sondern eher angereiste Linksextremisten. Die Erfahrung haben wir hier schon einmal in Bad Salzungen gemacht und da war es definitiv der Gegenpart, die Linksextremisten. Damals war es so, auf dem Markt standen die NPD und als demokratische Kräfte alle Parteien der Stadt und eine Gruppe von Linksextremisten und die waren die, die wirklich Gewaltpotential hatten. Also ich muss sagen, dass sie (die Rechten) aus der Vergangenheit gelernt haben, so dass sie sich bei öffentlichen Anlässen, soweit es geht, an die Gesetze (Versammlungsrecht) halten. Im Fall von Bad Salzungen sind es die Linksextremisten, die am ehesten gewaltbereit sind“ (RS).
Und einer der Interviewten formuliert apodiktisch:
„Gewaltpotential gibt es sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten“ (RF).

d) In den Interviews wird auf Veränderungen in der Themenagenda aufmerksam gemacht, mit denen Rechtsextreme um Öffentlichkeit und Akzeptanz werben.

Natürlich spielen die eher traditionellen Themen wie „Ausländer“ und „Asylbewerber“ auch weiterhin eine wichtige Rolle. Diese werden im Kontext der vermeintlichen Überlastung des Sozialstaates, einer angeblich drohenden „Überfremdung“ sowie Kriminalität öffentlichkeitswirksam. Diese eher klassischen Themen sind jedoch den Rechten gerade im Wartburgkreis in gewisser Hinsicht abhanden gekommen. Denn *„allein schon die sehr unterdurchschnittliche Ausländerquote an der Wohnbevölkerung des Wartburgkreises bietet kaum Ansatzpunkte“(IP*). Daneben konzentrieren sich die Rechten jedoch zunehmend auf soziale Themen, die stark mit der konkreten Lebenswirklichkeit der Bevölkerung übereinstimmen. Es sind Themen, die hochgradig geeignet sind, sich als ***„Kümmerer“*** *(PI)* zu präsentieren.

Nach Auffassung eines Interviewten scheint man nämlich in der rechten Szene begriffen zu haben, *„dass man allein mit dem Thema Ausländer nicht punkten kann. Mittlerweile geht es vor allem um die Themen Schule, Jugend und soziale Probleme im weitesten Sinne“ (GK).*

In einem anderen Interview findet sich folgende Beschreibung:

„Na die greifen zunächst einmal Dinge auf, wo man wirklich den Finger drauflegen sollte. Das sind Schulen, Kindergärten, Schulspeisung, Schulnetzplanung usw.. Gerade in letzter Zeit haben die Rechten hier viele Anträge gestellt. Ganz offenkundig thematisieren sie soziale Probleme und mahnen Verbesserungen an – aber immer nur für die Deutschen“(IB).

Und wie öffentlichkeitswirksam solche Themen sind, davon zeugt die folgende Passage:

„Welche Problemfelder die Rechten aufgreifen, dafür will ich ein Beispiel geben. Das betrifft die Auseinandersetzung um die Schulnetzkonzeption. Da sollte z. B. eine Grundschule geschlossen werden. Da tritt ein Vertreter der Rechten im Kreistag ans Mikrofon und berichtet von einem Besuch der Schule und den Sorgen der betroffenen Eltern. Die waren die ersten, die vor Ort waren. Da waren 50 Eltern anwesend, die für den Erhalt der Schule plädierten. Die haben alle zu den Ausführungen Beifall geklatscht. Und warum? Da hätte einer wenigstens einmal den Eltern aus der Seele gesprochen und nicht nur über Geld und Investitionsbedarf. Und solche Beispiele lassen sich fortsetzen. Die nehmen sich der Themen Schulgeld und Fahrtkosten an, fordern den Erhalt von Jugendeinrichtungen – da werden ständig Anträge gestellt“ (JA).

Als weitere Themen werden genannt:

- *Demografische Katastrophe*
- *Globalisierung*
- *Stadtbild*
- *Soziale Brennpunkte*
- *Hartz IV und Rente*
- *Soziale Infrastruktur in den Gemeinden (Einkaufsmöglichkeiten)*
- *Kindergärten*
- *Rolle der Frau und Arbeitsmarkt*
- *Jugendarbeitslosigkeit*
- *Sexualstraftäter*
- *Ökologie*
- *Abwasserproblematik*

Dass es den Rechten bei der Wahl dieser Themen vor allem um politischen Einfluss und Akzeptanz

geht, macht ein Interviewer deutlich: „*Und es sind Themen, die man nicht so einfach ignorieren kann. Da geht es um Schulnetzplanung, um sicheren Transport von Kindern in ihre Schulen. Oder um die Idee, die Turnhallen am Sonntag für nicht in Vereinen organisierte Kinder zu öffnen. Erst bei der Diskussion der Vorschläge merkt man dann aber sehr schnell, um was es wirklich geht: nämlich um Selbstdarstellung und die Absicht, sich bei der Bevölkerung ins Gespräch zu bringen“ (KC).*

e) Aufmerksam wird in den Interviews das gewachsene intellektuelle Potential sowie die rege parlamentarische Arbeit der Rechtsextremen als Herausforderung für die demokratischen Akteure registriert.

Dass die grundsätzliche Ablehnung der parlamentarischen Demokratie nicht im Gegensatz zur parlamentarischen Aktivität stehen muss, macht das folgende Interview deutlich: „*Mein Eindruck ist überhaupt, dass die Rechten viel Vorbereitungszeit in ihre parlamentarische Arbeit investieren, sich zudem intellektuelle Unterstützung von ‚außen’ holen. Das sollte man nicht unterschätzen“ (PI).*

Und ein anderer Interviewter ergänzt:

„*Und was da vorgetragen wird, ist durchaus durchdacht. Die informieren sich, schieben sich Begründungen aus anderen Kreisverbänden der NPD zu und mobilisieren externen Sachverstand“(GK).*

In einigen Interviews wird das als Versuch gewertet, sich durch die vermeintliche Sacharbeit als legitimer Teil der demokratischen Willensbildung zu präsentieren und Bürgernähe zu demonstrieren. *„Da merkt man insgesamt zunehmend den Anspruch der Rechten, die Gesellschaft aktiv zu verändern. Das sind z. T. sehr junge Leute, die zunächst mal wenig mit den Schlägertypen von früher zu tun haben. Das sind Saubermänner, intellektuell und politikinteressiert“(JH).*

Einer der Interviewten fasst seine Beobachtungen wie folgt zusammen:

„Und die verstehen es durchaus, sich zu präsentieren. Einige haben studiert, sind gebildet. Die Zeit der Springerstiefel ist vorbei. Besonders aktiv sind die Rechten im Kreistag“ (BW).

Und ein weiterer Beobachter formuliert:

„Und die sind nicht dumm. Da muss es ein Netzwerk geben. Die Anträge sind professionell geschrieben und vorgetragen. Die wissen sehr genau, was abläuft. Und manchmal hat man sogar das Gefühl: Donnerwetter, das hätte aber auch uns einfallen können“(KC).

f) In einigen Interviews wird auf eine aktivere, offensivere Auseinandersetzung mit den Themen und der parlamentarischen Tätigkeit der Rechten gedrängt. Die gegenwärtigen Formen der Auseinandersetzung werden als zu defensiv eingeschätzt.

Das bezieht sich zunächst einmal auf den Umgang mit den parlamentarischen Aktivitäten der Rechtsextremen, durch die man nicht selten in eine schwierige Situation gedrängt wird. Was damit gemeint ist, macht folgende Passage deutlich:

„Da steht man dann als Vertreter der anderen demokratischen Parteien vor der Frage, warum man nicht eigentlich selber auf dieses Thema gekommen ist und sieht sich vor dem schwierigen Spagat, zwar eigentlich für den Inhalt der Initiative zu sein, aber keinesfalls mit den Rechten oder gar für einen der von den Rechten eingebrachten Antrag zu stimmen. Da bringt man die demokratischen Parteien ganz schön in Erklärungsnot, so nach dem Motto: Wenn ihr ablehnt, dann seid ihr gegen die Kinder!“ (PI).

Und: *„Insgesamt gesehen habe ich den Eindruck, dass die NPD versucht, sich als ‚unverbraucht’ darzustellen und sich als Gegensatz zu den so genannten ‚Etablierten’ zu präsentieren. Das kann und kommt gerade bei Jugendlichen offenkundig recht gut an“ (BW).*

Angesichts dieser Konsequenzen wird mehr Offensivgeist gefordert, wie das in der folgenden Interviewpassage sehr deutlich zum Ausdruck kommt:

„Und dem muss man sich doch stellen! Was mich so aufregt, sind die altbekannten Rituale. Wenn von denen einer spricht, dann wird ignoriert. Da verlässt man den Saal. Aber man sollte sich lieber inhaltlich auseinandersetzen. Die Bühne Kreistag sollte zur aktiven Auseinandersetzung genutzt werden: was die Rechten dort sagen, darf doch nicht einfach so im Raum stehen bleiben“ (JA).

Auch die folgende Aussage zielt offenkundig in diese Richtung*: „Überhaupt ist es eine schwierige Problematik, wie man mit diesen Anträgen umgeht. Sie einfach nur zu ignorieren, geht auf Dauer sicherlich nicht“ (KC).*

Was eine solche aktivere Auseinandersetzung inhaltlich bedeuten könnte, wird aber ebenfalls angedeutet:

„Aber wie auch immer: man darf die Themen nicht den Rechten überlassen. Und vor allem selbst rechtzeitig Themen ins Spiel bringen. Man muss sich das mal vorstellen: da machen die Rechten – nicht die demokratischen Kräfte – den Vorschlag für ein Kinderparlament. Da sieht man erst einmal alt aus“ (VG).

Eine solche offensive Themenbesetzung verlangt jedoch, sie „demokratisch“ zu besetzen. Dieser Gedanke findet sich in diesem Interviewauszug:

„Aber ich muss auch sagen, dass wir uns mit manchen Themen auch schwer tun und sie den Rechten überlassen. Nehmen wir mal die Formulierung ‚Ich bin stolz auf unser Land’. Da muss man aufpassen, dass man da nicht gleich in die rechte Ecke gestellt wird. Ich selbst bin stolz darauf, was wir hier alles geleistet haben. Und das muss man doch sagen können. Wir sollten das den Rechten nicht überlassen. Wir sollten den Inhalt von ‚Stolz’ selbst definieren. Wenn wir das machen, dann würde der eine oder andere vielleicht nicht zu den Rechten wechseln. Und dann würde sogar die Demokratie gestärkt werden“ (SV).

g) In den Interviews werden Anzeichen für eine Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen und die damit verbundene Gefahr der Entstehung einer „feindlichen Normalität“ beschrieben.

Als ein wichtiges Anzeichen hierfür werden zunächst einmal die Wahlergebnisse der NPD genannt, insbesondere der Einzug in den Kreistag.

„*Besonders deutlich wird das natürlich auch bei Wahlen und der Zustimmung, die man da von der Bevölkerung bekommt. Immerhin war diese Zustimmung so groß, dass man in den Kreistag eingezogen ist. Und hätten die Rechten auch in unserer Stadt Kandidaten aufgestellt, dann wären sie mit Sicherheit auch in den Stadtrat eingezogen. Es ist zu befürchten, dass sie das beim nächsten Mal schaffen werden – wenn nicht die Bevölkerung über deren wahren Ziele aufgeklärt wird. Das ist eine große demokratische Herausforderung“ (BW).*

Und weiter: „*Was mich beunruhigt, ist etwas anders. Das sind die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen. Da zeigt sich ein gefestigtes Wählerpotential, eine regelrechte Stammwählerschaft. Und die Aktiven und die Wortführer sitzen mittlerweile im Kreistag“ (GK).*

In einem anderen Interview heißt es: „*Welche Dimensionen das annehmen kann, zeigen z. B. Kommunalwahlen. Da gibt es Kandidaten der Rechten, die in ihrem Ortsteil in der Rhön regional gut verwurzelt sind und die auf gut 25 % der Stimmen kommen in ihrem Ortsteil. Aber deshalb kann man nicht sagen, dass diese 25 % alle Rechtextreme sind“ (PI).*

Daneben wird aber auch auf unverkennbare Tendenzen einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verwiesen, die sich in einer Abwertung sozial Schwacher bzw. bestimmter Gruppen (Harz-IV-Empfänger/Behinderte/Homosexuelle) zeigt. Als Beispiel kann diese Beobachtung dienen:

„Man kann das an jedem Stammtisch festmachen. Abgewertet werden vor allem Ausländer und oft auch sozial Schwache. Das fällt mir vor allem bei der älteren Generation auf. Da spürt man schon

die Abwertung von Ausländern, Homosexuellen. Wie können Männer zusammenleben und sogar ein Kind adoptieren? Was man da hört, darüber bin ich schon ziemlich erschrocken. Da wird offenkundig aber auch viel von Generation zu Generation weiter gegeben“ (AB).

Und ein anderer Interviewter ergänzt:

„Da gibt es aber auch noch durchaus Tendenzen der Behindertenfeindlichkeit. So nach dem Motto: die „Bekloppten“ bekommen etwas und wir nicht. Man merkt das auch, wenn z. B. geistig behinderte Jugendliche in Jugendeinrichtungen sind. Da gibt es schon Konflikte, wo man dann rechtsextremes Gedankengut spürt. Also Tendenzen der Abwertung von sozial Schwachen, die durchaus Anklang finden“ (JA).

Diese Einschätzung wird auch von folgender Interviewpassage bestätigt: „*Wie weit solche Mentalitäten der Rechten oft verbreitet sind, zeigt sich z. B. darin, dass da ausgegrenzt wird. Da wird schon darauf geachtet, dass Kinder nicht in unsere Schule eingeschult werden, nur weil es dort Aussiedlerkinder gibt“ (GS).*

Und besonders deutlich wird diese Tendenz in dem folgenden Interviewausschnitt beschrieben.

„*Akzeptanz lässt sich schon feststellen. Das Thema Kinderschänder habe ich schon erwähnt. Auch die Polemik gegen Asylbewerber findet durchaus Zustimmung. Da spürt man eine Neiddebatte, die fleißig geschürt wird. Die brauchen doch kein Geld, wird da verkündet. Und da werden als Beweis Fotos gemacht, um zu zeigen, dass die Handys haben. Aber es trifft auch die Tafel, weil da recht viele Migranten sich Lebensmittel holen. Die wollen nicht arbeiten, wird dann verkündet. Das trifft schon irgendwie den Nerv derer, die selbst wenig haben oder verdienen. Und das reicht weit in die Bevölkerung hinein, diese abwertende Neidmentalität“ (MB).*

Einzelne Interviews machen zudem deutlich, dass bestimmte Äußerungen mit abwertendem Charakter sich wieder verstärkt in die Alltagssprache einnisten.

„*Ich beobachte, dass bestimmte Tabuworte’ wieder in Mode kommen. Das Wort Neger zum Beispiel oder die Abwertung von Juden. Da war man früher schon mal sensibler. Auch wenn das nicht immer einen rassistischen Hintergrund haben muss, manchmal eher unreflektiert oder auch aus einer gewissen Unbedarftheit heraus passiert. Aber da scheint sich insgesamt etwas zu verschieben. Und zwar nicht nur begrenzt auf bestimmte Gruppen, sondern im Hinblick auf alle Gesellschaftsschichten. Das betrifft auch die Abwertung ausländischer Mitbürger“ (JH).*

Diese Beobachtung wird auch in einem anderen Interview bestätigt:

„Man merkt das z. B. deutlich in normalen Alltagsgesprächen. Da gibt es die Kommentare gegen bestimmte Gruppen, da werden Judenwitze wieder rausgeholt. Oder ich erlebe es, dass man in einer Versammlung mit solchen Formulierungen wie, das hätte es 33 nicht gegeben’ konfrontiert

wird. Wie geht man dagegen an? Da gibt es schon eine große Unsicherheit, solchen Äußerungen zu begegnen“ (VG).

h) In den Interviews gibt es Hinweise darauf, dass bestimmte Gruppen besonders anfällig für rechtsextremistische Einstellungen sind.

Zwar wird festgehalten, dass solche Einstellungen *„bis weit in die Gesellschaft hinein reichen (IB)*. Auch ein anderer Interviewter konstatiert: „*Die Aktivitäten finden durchaus Anklang und sind nicht unbedingt auf bestimmte Gruppen begrenzt. Das zieht sich schon durch alle Gesellschaftsschichten hindurch“ (VG).*

Gleichwohl werden in den Interviews immer wieder Gruppen genannt, denen eine besondere Ansprechbarkeit zugesprochen wird. Dazu gehören – neben Arbeitslosen – z. B. jugendliche Aussiedler. Ein Interviewter hat nämlich die Beobachtung gemacht:

„*Und da gibt es einige unter den Aussiedlerjugendlichen, die schon mal Adolf Hitler und die SS gut finden. Eine kleine Gruppe ist das zwar nur – aber immerhin. Man darf das also nicht auf Deutsche allein reduzieren. Wir müssen uns offensichtlich auch stärker auf die Aussiedlerjugendlichen konzentrieren“ (JE).*

Daneben werden aber auch noch Jugendliche in prekären, oft bildungsfernen Lebenslagen sowie Senioren genannt. Gerade für solche Jugendlichen „*erscheinen die Rechten oft als ‚Aufbäumer’, als welche, die Widerstand leisten und zudem noch jung sind. Die kennen sich in Jugendszenen aus. So etwas spricht an. Und da gibt es natürlich auch ältere Leute. Dort speist sich die Ansprechbarkeit vor allem aus Enttäuschungen und dem Gefühl der Benachteiligung. So ein Gemisch nach dem Motto: alle etablierten Parteien haben versagt“ (GK).*

Und ein anderer Beobachter meint: *„Ich persönlich denke da z. B. an die Gruppe der 50-Jährigen, die berufstätig sind. Und da hört man schon einmal solche Sätze wie: das hätte es früher nicht gegeben. Oder: bei den Hartz-IV-Empfängern wird das Geld zum Fenster rausgeworfen. Also solche Grundparolen sind es, die darauf hindeuten, dass es solche Stimmungen gibt“ (KC).*

Diese Einschätzung teilt ein anderer Interviewter ebenfalls: „*Eine Zielgruppe – da kenne ich mich ziemlich gut aus – sind die Senioren. Denn da gibt es doch einige, die Auffassungen vertreten, die inhaltliche Berührungspunkte zu den Rechten aufweisen. Die sind da ganz rigoros. So z. B. auch in der Abwertung von Hartz-IV-Empfängern. Die sagen dann z. B. „wer arbeiten will, der findet auch Arbeit“. Die bekommen Geld und tun nichts. Warum geht man eigentlich arbeiten, wenn man dann kaum mehr hat als jene, die ihr Geld vom Amt bekommen. Daran knüpfen die Rechtsextremen an,*

weil sie eine Wertschätzung von Arbeit propagieren. Ich hatte erst vor kurzem ein Gespräch mit einer Rentnerin. Die hat ihr ganzes Leben hart gearbeitet. Kriegt jetzt knapp 650 Euro Rente und hat noch zwei Nebenjobs, um über die Runden zu kommen. Und das mit 70 Jahren“ (LS).

i) In den Ausführungen einiger relevanter Akteure lässt sich eine Grundposition erkennen, die sich am Ideal eines konfliktfreien Gemeinwesens orientiert.

Hier wird die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Kontext ordnungspolitischer Erwägungen reflektiert. Rechtsextremistische Aktivitäten und insbesondere zivilgesellschaftliche Gegenwehr erscheinen als Störung der öffentlichen Ordnung. Die Angst vor „Krawall“ und einem damit verbundenen vermeintlichen Imageschaden laufen aber Gefahr, den politischen Inhalt des Rechtsextremismus in den Hintergrund zu rücken.

In dieser Sichtweise ist es der massive Gegenprotest, der das Thema Rechtsextremismus erst öffentlich macht. So heißt es z. B. in einem Interview:

„Ohne massive Gegenproteste der demokratischen Kräfte fehlt ihnen hier das Podium, um richtig wahrgenommen zu werden. Die lokalen demokratischen Kräfte handeln hier in der Regel sehr verantwortungsbewusst. Es wird hier sehr genau abgewogen, ob man nicht erst durch massive Gegenveranstaltungen die notwendige Bühne für die Rechten schafft, um hier öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten“ (PI).

Und weiter*:*

„Die Logik des Protestes ist zwar zum einem, dass man dem Rechtsextremismus demokratisch etwas entgegensetzt, allerdings damit auch erst die Bühne für eine öffentliche Wahrnehmung schafft, dass die Rechten überhaupt da waren. Ohne den demokratischen Protest wäre in der Regel gar keine Öffentlichkeitswirksamkeit der Veranstaltung der Rechten feststellbar gewesen“ (PI).

Auch in einem weiteren Interview wird diese Einschätzung geteilt und fast schon apodiktisch festgehalten: *„Ein einfaches Ignorieren bringt mehr als eine Auseinandersetzung“ (RS).* Und um eine nachvollziehbare Begründung für diese Position wird in der folgenden Passage gerungen: *„Muss es immer eine Gegendemo sein? Stellen Sie sich einmal das Bild vor: auf der einen Seite Gruppen, die lautstark durch die Straßen ziehen. Und diejenigen, gegen die man Gegenwehr organisiert, treten in Schlips und Kragen auf. Das ist schon oder kann für viele Bürger irritierend sein. Das Lautstarke muss nicht immer eine Werbung für die Demokratie sein. Das schreckt viele Bürger ab“ (S).*

Dass es sich dabei um keine nur vereinzelte Position handelt, macht das folgende Interview

deutlich:

„*Da dominiert doch bislang eher eine Beschwichtigungsstrategie. Viele Bemühungen, den Rechten aktiv entgegenzutreten, werden belächelt oder sogar schlecht geredet. Ja manchmal sogar kriminalisiert oder als Demotourismus abgewertet. Nächstes Jahr findet hier der Jugendtag der NPD statt. Auch da hat man sich noch nicht über eine aktive Gegenwehr verständigen können. Im Gegenteil! Da gibt es Stimmen, die darauf hinauslaufen, diesen Aufmarsch eher passiv hinzunehmen“ (MB).*

Und in einem Interview heißt es, dass es eine generelle Tendenz gibt, die auf die Botschaft hinausläuft:

“*Wir gucken lieber weg, das alles läuft sich tot“ (IB).*

j) In den Interviews wird die wichtige Rolle der lokalen Medien für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus thematisiert.

Dabei lassen sich zwei Grundpositionen erkennen: Eine Reihe der Interviewten ist der Auffassung, dass die lokalen Medien ausgewogen berichten und den Rechten keine unnötige Plattform zur öffentlichen Selbstdarstellung liefern. Man solle, so der Grundtenor, nicht zu viel berichten und nicht unnötig dramatisieren. *„Das ist eine schwierige Herausforderung. Es geht um den Spagat zwischen Information und den Rechten keine Plattform zu geben. Ich weiß, dass sich manche eine ständige Auseinandersetzung wünschen. Ich finde aber, die lokalen Medien machen das ganz gut und haben die richtige Balance gefunden. Totgeschwiegen wird das Thema Rechtsextremismus jedenfalls nicht“ (VG).*

Und ähnlich im folgenden Interviewauszug:

„Rechts taucht in der Berichterstattung über den Kreistag nicht auf. Das empfinde ich als wohltuend, weil den Rechten damit keine zusätzliche Plattform gegeben wird. Das macht die lokale Presse also durchaus gut. Wenn es, wie aktuell, zu schweren Verbrechen aus der rechtsextremen Szene kommt, dann wird freilich ausführlich berichtet“ (KC).

Die andere Position mahnt dagegen mehr inhaltliche Auseinandersetzung an. Die Stichworte: mehr Kontinuität, weniger „Schlagwortjournalismus“, mehr Sachkenntnis.

So meint z. B. einer der Interviewten:

„Zu viel wird sicherlich nicht berichtet. Ganz offenkundig will man den Rechten wohl mit ihren Themen nicht zu viel Aufmerksamkeit zukommen lassen. Ich halte das nicht unbedingt für sinnvoll.

Solche Aktionen wie „Nazis raus“ sind mir zu plakativ und haben selbst schon manchmal Stammtischniveau. Da würde ich auch von der Presse mehr Argumentationshilfe und Tatsachenreichtum. Also z. B. einmal deutlich machen, wie viele Ausländer es denn nun wirklich in Thüringen gibt und dass da von Überfremdung nun wirklich nicht zu reden ist“ (JH).

Gleichzeitig wird aber auch auf erste Ergebnisse einer engeren Zusammenarbeit verwiesen, in der die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus mit Berichten über zivilgesellschaftliches Engagement verknüpft wird. So kommt ein Mitglied des Bürgerbündnisses zur folgenden Feststellung: *„Ich halte es für bedenklich, dass insgesamt gesehen bislang so wenig berichtet wird. Ich halte nicht viel von der Begründung, dass man den Rechten keine Plattform geben möchte. Totschweigen ist nicht der richtige Weg. Aufklärung ist mehr denn je notwendig. Einen ersten Schritt in diese Richtung sind wir deshalb vor kurzem gegangen. Wir haben nämlich die Presse gebeten, die Arbeit des Bürgerbündnisses redaktionell zu begleiten. Wir sind da auf Zustimmung gestoßen, was ich richtig klasse finde“ (MB).*

Und wie komplex und anspruchsvoll die damit verbunden Herausforderungen sind, wird im folgenden Interviewausschnitt zumindest angedeutet:

„Der Wartburgkreisbote der NPD erreicht eine beachtliche Anzahl von Bürgern. Da wird eine Sprache gesprochen, die durchaus anspricht. Wie kann man dieser Beeinflussung begegnen, wenn nur noch 30 % der Bevölkerung eine Tageszeitung haben? Dafür brauchen wir Ideen. Unser Wartburgkreisjournal ist z. B. nicht gerade ein Paradebeispiel für offensive und ansprechende Medienarbeit. Das ist doch eher stinklangweilig. Deshalb nochmals: wir brauchen neue und vor allem wirksame Methoden der politischen Kommunikation mit den Bürgern“ (BW).

k) Die Interviews vermitteln einen Einblick in die bisherigen Schwerpunkte des Engagements gegen rechts.

Auch im Wartburgkreis gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten, die sich der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und der Stärkung einer demokratischen Kultur beschäftigen. Zu diesen Schwerpunkten gehören u. a.:

- ✓ Förderung von Integrationschancen von ausländischen Mitbürgern (VHS)
- ✓ Antigewaltprogramme (JA)
- ✓ Weiterbildungen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (JA)
- ✓ Gedenkstättenpädagogik/Erinnerungsarbeit (BW)
- ✓ Interkulturelle Arbeit (AB)

✓ Schulprojekte, z. B. „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ (LG)

Gleichzeitig besteht aber auch Einigkeit darüber, dass diese Aktivitäten bei weitem nicht ausreichen. Vor allem fehlt es – so eine wichtige und selbstkritische Einschätzung – an einem komplexen Handlungsansatz, der z. B. Schule, Elternhaus und Kommunalpolitik gleichermaßen umfasst. Kurz gesagt: *„Die bisherigen Aktivitäten reichen bei weitem nicht aus“ (MB).*

l) In den Experteninterviews finden sich Vorschläge, wie sich zivilgesellschaftliche Gegenwehr effektiver gestalten lässt.

Die zentrale Frage kreist dabei um die Frage, wie noch mehr Bürger zu erreichen sind. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus keine Sache von einigen wenigen Akteuren und Aktivisten sein kann. Diese oft geäußerte Grundüberzeugung kommt in folgender Interviewpassage gut zum Ausdruck:

„Insgesamt engagieren sich noch zu wenige unserer Mitbürger im Kampf gegen rechts und für ein tolerantes Miteinander. Wie können wir die Leute besser erreichen und sensibilisieren? Hierfür brauchen wir noch viele kluge Ideen. Man muss raus und mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Denn das muss ein richtiges Bündnis werden und nicht nur die üblichen Akteure umfassen. Das muss wirklich aus der – wie man so schön sagt – Mitte der Gesellschaft heraus kommen. Wenn uns das gelingt, dann wäre das ein großer Erfolg“ (IB).

Und in einem anderen Interview heißt es kurz und bündig:

„Was also noch wichtiger ist: wir brauchen Gegenwehr mit mehr Zustimmung der einheimischen Bevölkerung“ (S).

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass hierfür zugleich einige zentrale Voraussetzungen benannt werden:

Die lokalspezifischen Kenntnisse zum Rechtsextremismus vertiefen

Hierzu heißt es in einem Interview:

„Nur konkrete sozialräumliche Kenntnisse machen uns kompetent. Da brauchen wir weniger allgemeine Erkenntnisse; die helfen uns oft wenig vor Ort. Kurz: im Hinblick auf die wirksame Auseinandersetzung mit den Themen der Rechten hier vor Ort besteht noch Handlungsbedarf. Hier müssen wir noch zulegen“ (JA).

Die Themen der Rechten aus einer demokratischen Perspektive heraus bearbeiten

Was damit gemeint sein kann, beschreibt einer der Interviewten wie folgt:

„Menschen wollen Wurzeln, Stolz und eine Identität haben. Die Rechten haben das begriffen und

appellieren daran, so an Heimat und Nation. Aber wir sollten den Menschen Wurzeln geben und den Rechten diese Begriffe aus der Hand nehmen. Wie machen wir das? – das würde ich zum Beispiel im Bündnis für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ diskutieren“ (SV).

m) Einen breiten Raum nehmen jene Konfliktfelder ein, die einer Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Kampf gegen den Rechtsextremismus entgegenstehen.

Worum es sich dabei im Kern handelt, lässt die folgende Interviewaussage erkennen:

„Mir fällt auf, dass es da oft Ressentiments gibt unter den Leuten, die bei solchen Aktivitäten mitmachen. So zum Beispiel gegenüber den Linken. Da sind sich viele, die eigentlich engagiert sind, einfach nicht grün. Da ist immer die These, dass wenn wir etwas gegenüber den Rechtsextremen tun, dann müsse das doch auch gegenüber den Linksextremisten gelten. Wenn ich über Aktivitäten gegen rechts berichte, muss ich mir immer das anhören. Das ist ein richtiges Totschlagargument. Da werden aber Dinge vermischt, die nicht zu einer effektiven Zusammenarbeit beitragen. Freilich müssen die Voraussetzungen für Zusammenarbeit und Engagement geklärt werden. Das läuft in anderen Kreisen schon viel besser. Da ist man schon viel weiter. Hier besteht bei uns in dieser Hinsicht noch erheblicher Klärungsbedarf“ (JH).

Systematisiert man die Interviewaussagen zu diesem Problemfeld, dann lassen sich die Konfliktfelder wie folgt beschreiben:

Das oft fehlende Verständnis für die Handlungszwänge, denen einzelne Akteure unterliegen.

„Uns geht es dabei vor allem darum, unsere polizeiliche Rolle verständlich zu machen. Da sollen die Regeln transparent gemacht werden, in denen sich auch der demokratische Protest zu bewegen hat. Und wir machen deutlich, warum wir die Versammlungsfreiheit der anderen Seite – der Rechten – schützen müssen. Mit der lokalen Bevölkerung, egal aus welchem politischen Lager der demokratischen Kräfte auch immer, funktioniert das auch ganz gut. Da hat man begriffen, dass man ansonsten die Polizei in Handlungszwänge bringt, die wir eigentlich gar nicht wollen. Deshalb möchte ich auch nicht den mehr für Unkenntnis sprechenden Slogan von zu gereisten Protestlern hören ‚Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten’. Denn das tun wir nicht. Was wir schützen, ist das verfassungsmäßig verbriefte Versammlungs- und Demonstrationsrecht eines jeden Bürgers, dem nicht die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen wurden. Und wenn eine Versammlung nun einmal von einem Bürger aus dem rechten Spektrum angemeldet wurde, so lautet unser gesetzlicher Auftrag nun einmal, auch dessen Grundrecht vor Störungen zu schützen

und notfalls auch durchzusetzen, sofern mit rechtswidrigen Aktionen dagegen vorgegangen wird“ (PI).

Fragen der Demonstrationskultur.

„In einer der letzten Zusammenkünfte hatte einer der Mitorganisatoren des vorstehenden Protestes gegen die Wahlkampfveranstaltung der NPD auf dem Bad Salzunger Marktplatz sinngemäß gesagt: „Aus tiefster Überzeugung bin ich der Meinung, dass es richtig war, bei dieser Veranstaltung als Demokrat Flagge zu zeigen, aber ich habe mich geschämt, neben diesen Leuten zu stehen, die vermeintlich mit mir auf der gleichen Seite stehen. Genau dieser Effekt hält viele Demokraten davon ab, gegen die Rechten deutlich Flagge zu zeigen, denn man möchte eben nicht mit dem Chaot, der in der gleichen Demonstration auftritt, in einen Topf geworfen werden, dann bleiben sie lieber zu Hause“ (PI).

Defizite in einer Kultur der Zusammenarbeit.

„Ein Konzept muss her, das z. B. Standards formuliert, wie wir die Auseinandersetzung führen wollen. Wie geht man mit einer Partei um, die zwar antidemokratische Ideen vertritt, aber dennoch gewählte Vertreter im Parlament hat? Die Teilnehmer des Aktionsplanes müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Das heißt aber auch, dass man eigene Profilierungswünsche hinten an stellt. Selbstdarstellung ist da fehl am Platze. Keine Alleingänge und sich an Absprachen halten. Hier muss Kultur eingeübt werden. Und wir brauchen Ideen, wie wir Sympathisanten der Rechten zurückgewinnen können“ (GK).

n) Die Befragten verbinden mit dem LAP große Erwartungen an die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Wartburgkreis.

Diese Erwartungshaltung findet ihren Ausgangspunkt ganz offenkundig an der bislang fehlenden kontinuierlichen und abgestimmten Handlungsstrategie. Die immer wieder kehrenden Stichworte lauten u. a. „weniger Konkurrenzdenken“, mehr „inhaltliche Abstimmung“ und „weniger Kampagnen“. Vor diesem Hintergrund findet die folgende Einschätzung ihre Berechtigung:

„Zwei Stichworte fallen mir hier zunächst ein: Nachhaltigkeit und weniger Aktionismus. Es muss ein Aktionsplan sein, der wirklich von allen Akteuren getragen und mit Leben erfüllt wird. Und das Ganze muss konkret und abrechenbar sein. Wir dürfen uns nicht blamieren. Einzelkämpfertum ist hier fehl am Platze. Wir müssen also genau überlegen, was wir den einzelnen Akteuren zumuten können und was wir von ihnen verlangen. Der LAP ist eine Art Nagelprobe für die Demokratie. Und da dürfen wir uns nicht blamieren. Da stehen alle in der Pflicht und das muss allen klar sein“

(JA).

Vor allem die Grundidee des LAP, nämlich vorhandene Strukturen gegen den Rechtsextremismus in den Kommunen weiter auszubauen, findet Zustimmung. Diesen immer wiederkehrenden Gedanken bringt der folgende Auszug aus einem der von uns geführten Experten-Interviews treffend auf den Punkt:

„Es ist zu begrüßen, dass man sich den Problemen mit dem Rechtsextremismus stellt. Und sicher ist da erst mal gut, wenn bestimmte Aktionen stattfinden. Aber das reicht nicht aus, wenn man von ‚oben' etwas aufstülpt. Das wirkt nicht selten künstlich und trägt auf Dauer nicht. Viel wichtiger ist es, die schon vorhandenen Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements – sei es die Feuerwehr, der Kindergarten oder der Jugendclub – zu stärken. Geben wir also den Bürgern das notwendige Handwerkszeug mit einem solchen LAP in die Hand und sie werden etwas Sinnvolles daraus machen. Und zwar deshalb, weil es von den Bürgern selbst gewollt ist. Das wächst von unten und sichert deshalb Nachhaltigkeit. Also: weniger reflexhaftes Reagieren auf bestimmte Ereignisse und dafür mehr Kontinuität“ (VG).

Anregungen und Klärungsbedarf erhofft man sich vom LAP u. a. im Hinblick auf folgende Themen:

- Wie schafft man gelebte Toleranz? (GS)
- Was verstehen wir unter gelingender Integration (AB)
- Wie lässt sich das Problembewusstsein für die wahren Ziele der NPD schärfen (BW)
- Wie erreichen wir Bürger aus anderen Kulturen? (JE)
- Verträgt sich Zivilcourage mit Gewalt („Linksextremismus“)?
- Wie führt man Auseinandersetzungen zum Thema Rechtsextremismus im Freundes- und Bekanntenkreis?

Um die große Erwartungshaltung und die damit verbundenen Herausforderungen an die beteiligten Akteure abschließend noch einmal zu verdeutlichen, soll der folgende längere Interviewauszug wieder gegeben werden:

„Ich erwarte vor allem, dass wir uns über eine angemessene Diskussionskultur verständigen. Die Rechten zu verteufeln, dass ist das eine. Warum hört man denen aber zu? Gegen Rechtsextremismus zu sein, klingt immer wieder gut. Das ist aber manchmal auch die Botschaft, dass es da Akteure gibt, die das schon irgendwie machen. Wir brauchen aber die Unterstützung der Bürger. Das wiederum setzt voraus, dass die Bürger auch zur Sprache kommen. Also nicht nur ins Gespräch kommen, sondern auch zur Sprache kommen lassen! Jeder hat doch schon seine Erfahrungen gemacht. Auch ich, und nicht nur gute z. B. mit ausländischen Mitbürgern. Aber über

solche Erfahrungen muss man doch sprechen dürfen. Da beobachte ich oft die Angst und die Frage, ob man das denn sagen dürfe. Ich kann ja mit Argumenten auch die Leute platt machen, kann sie verängstigen. Ich merke das deutlich bei Gesprächen im Bekanntenkreis. Das Thema Rechts ist da fast ein Tabu. Da klingt man sich aus oder signalisiert, dass man seine Meinung nicht sagt. Aber wenn sich die Leute abschotten, nicht über ihre Ängste und Erfahrungen reden, wie wollen wir dann Einsichten verändern und mehr Menschen mobilisieren? Darüber würde ich gern einen Meinungsaustausch führen. Darin sehe ich übrigens eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des lokalen Aktionsplanes“ (JH).

Eine Verallgemeinerung der Experteninterviews ist, wie bereits angedeutet, nicht ganz einfach. Auf eine Erkenntnis, die aber für die weitere Arbeit am Lokalen Aktionsplan und bei der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Gegenwehr von zentraler Bedeutung sein dürfte, muss jedoch abschließend gesondert hingewiesen werden. Legt man die von D. Borsten/G. Heinrich gemachte Unterscheidung zu den Grundkonstellationen, die der Rechtsextremismus vor Ort jeweils einnehmen kann und die zugleich eine entscheidende Rahmenbedingung für das Agieren zivilgesellschaftlicher Akteure sind, so wird man folgendes sagen können:

Rechtsextremen im Wartburgkreis ist es offenkundig gelungen, sich das Image eines „lokalen Kümmerers“ zu geben. Die damit verbundenen Schwierigkeiten, dies als Bedrohung für Demokratie und Toleranz wahrzunehmen und sich dagegen zu engagieren, werden durchaus angesprochen. Der gemeinsame kleine Nenner besteht vorerst offenkundig darin, den Wartburgkreis vor einem Imageverlust durch rechtsextremistische Aktivitäten zu bewahren.

3.3 Anmerkungen zu den Ergebnissen der Fragebögen-Auswertung

Für die Situations- und Ressourcenanalyse im Wartburgkreis wurde ein 3-seitiger Fragebogen erarbeitet. Er wurde so konzipiert, dass auf seiner Grundlage ein erster Überblick zur Wahrnehmung, sowie zur Einschätzung von rechtsextremen Aktivitäten und Demokratie gefährdenden Tendenzen im Wartburgkreis gewonnen werden konnte. Gleichzeitig ging es darum, dass zivilgesellschaftliche Potential mit der Perspektive auf die Stärkung demokratischer Gegenwehr zu erfassen. Die Befragung beabsichtigte folglich nicht, konkrete Einstellungen bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen (z. B. Jugendliche, Eltern usw.) differenzierend zu untersuchen.

In dem engen Zeitrahmen der für dieses Forschungsprojekt zur Verfügung stand, erhielten wir eine beeindruckende Zahl ausgefüllter Fragebögen zurück. Während von der Onlineumfrage alle abgegeben Fragebögen genutzt werden konnten, mussten von der schriftlichen Umfrage einige

aussortiert werden. Diese waren falsch oder einfach unzureichend ausgefüllt und wurden deshalb auch nicht ausgewertet. Somit erhielten wir nach der Bereinigung exakt 71 auswertbare Fragebögen, so dass sich auch für die Evaluation ein Grundgesamt von n = 71 ergibt. Darauf folgend konnte eine Auswertung erstellt werden, deren komprimierte computergestützte Ergebnisse im Anhang III einzusehen ist. Hieraus lassen sich die folgenden wesentlichen Ergebnisse der quantitativen Erhebung ablesen.

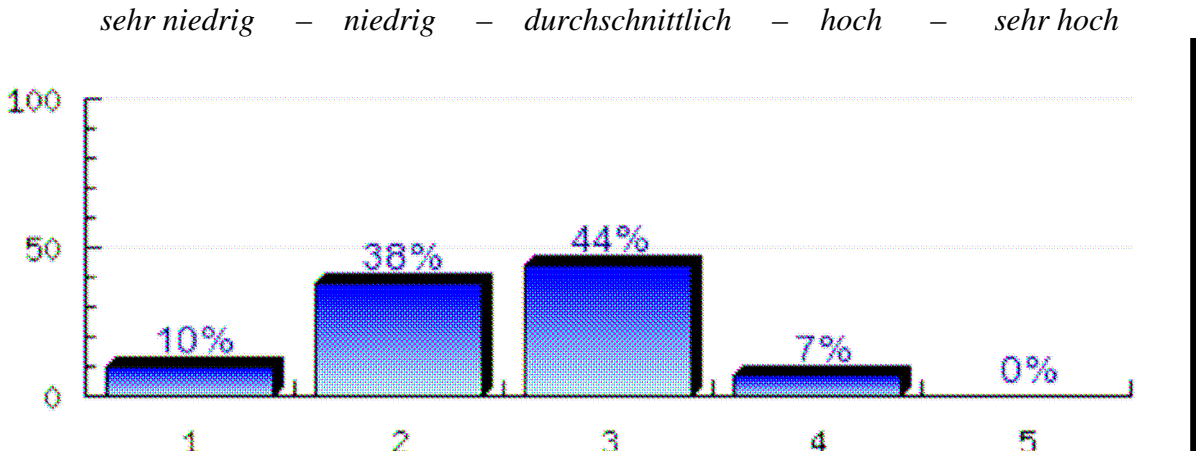
In ihrer Gesamtheit ergeben die Antworten eine durchaus aufschlussreiche empirische Einschätzung. Zugleich lässt sich eine ganze Reihe von vorläufigen Befunden zur bisherigen Wirksamkeit demokratischer Gegenwehr gegen Rechtsextremismus im Wartburgkreis ableiten.

Was bei den Ergebnissen aller uns vorliegenden und auswertbaren Fragebögen besonders auffällt ist …

- Dass die Befragten generell eine eher unterdurchschnittliche Gefahr durch Rechtsextremismus im Wartburgkreis sehen (Mittelwert 2,5). Diese Selbsteinschätzung impliziert, dass das Ausmaß rechtsextremer Gewalttaten im Wartburgkreis als gerade noch „niedrig“ eingestuft wird. Dieser Meinung sind immerhin 48 Prozent der Befragten.

- Dass nur eine Minderheit von gerade einmal 7 Prozent das Ausmaß rechtsextremer Gewalttaten im Wartburgkreis als hoch einschätzt. Während die häufigste Einschätzung der Befragten den Wartburgkreis hier genau im Durchschnitt sieht (44 %).

Frage: „Wie schätzen Sie das Ausmaß rechtsextremer Gewalttaten im Wartburgkreis ein?“



<u>Graphik 01:</u> Ergebnisse zur Fragestellung 3.8 (n = 68)

- Dass wenn man danach fragt, wie sehr sich das Ausmaß rechtsextremer Gewalttaten im Wartburgkreis während der letzten Jahre verändert hat (Frage 3.7), dies genau durchschnittlich eingestuft wird (Mittelwert 3,0). Es ist demnach weder „besser“ noch „schlimmer“ geworden.

- Dass ein überwältigender Anteil aller Befragten (n = 68) dennoch die Gründung eines Bündnisses für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ für durchaus erforderlich hält (83,8 %). Mehr als ein Viertel davon hält dies sogar für sehr dringend erforderlich (29,4 %).

- Dass die bisherige Qualität der Zusammenarbeit von den Akteuren und Initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus von den Befragten tendenziell eher schlecht (28,6 %) als gut (22,2 %) bewertet wird. Lediglich 3,2 Prozent der Befragten finden die bisherige Kooperation bereits sehr gut (n = 63).

- Dass fast genau drei Viertel der Befragten die bisherige Qualität der Kooperation im Kampf gegen Rechtsextremismus eher schlecht bzw. nur befriedigend einschätzt (74,6 %) und nur ein Viertel (25,4 %) die Zusammenarbeit zwischen den Initiativen bereits als gut und besser empfindet.

- Dass die Befragten als Ursache rechtsextremer Einstellungen die beiden Motive „Zukunftsangst“ (64,8 %) und „hohe Arbeitslosigkeit“ (54,9 %) mit deutlichem Abstand am bedeutsamsten einschätzen. Dennoch gibt zu denken, wenn selbst unter den befragten Experten die Motivlagen „Überfremdung“ (23,9 %) und „zu viele Ausländer“ (22,5 %) mit jeweils fast einem Viertel als ursächlich relevant eingeschätzt werden.

- Dass über zwei Drittel (66,2 %) der Befragten angaben, dass sie schon mal im Alltag mit Rechtsextremismus konfrontiert wurden. Dies ist auch in Relation zu anderen von uns durchgeführten Erhebungen ein extrem hoher Wert bzgl. der persönlichen Konfrontation. Auch wenn dies häufig über „Symbole“ (43,7 %), „Texte“ (32,4 %) und die „Lokalpolitik“ (26,8 %) erfolgt, wurden doch immerhin über ein Viertel der Befragten (26,7 %) durch „Pöbeleien“ (19,7 %), „Gewalttaten“ (4,2 %) und „Ausgrenzung“ (2,8 %) mit dem Thema Rechtsextremismus konfrontiert.

- Dass deutlich mehr als ein Drittel der Befragten, den lokalen Medien (Frage 3.9) einen eher unzureichenden Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus zuschreiben (39,7 %). Nur ein gutes Viertel (26,5 %) erlebt dies als tendenziell ausreichend.

Die Betrachtung der ausgewerteten Daten soll hier aus zeitlichen Gründen auf die relevantesten Aspekte der Erhebung beschränkt werden, da eine komplexere Betrachtung den hier leistbaren Umfang überschreiten würde. Die verwendete Datengrundlage stammt aus der computergestützten Auswertung mit dem System EvaSys und ist im Anhang IV zu finden.

An der Befragung haben mit 58,7 Prozent deutlich mehr Frauen als Männer teilgenommen. Die Altersverteilung ist auffallend ausgewogen: 28,2 Prozent waren unter 30 Jahre alt, 25,4 Prozent. der Befragten waren zwischen 31 und 50 Jahre alt und immerhin 38,0 Prozent waren zwischen 51 und 65 Jahre alt. Mitbürger im Rentenalter (über 65) konnten zu unserem Bedauern allerdings nur im geringen Umfang erreicht werden (8,5 %).

Erstaunlicherweise arbeiten lediglich 8,1 Prozent der Befragten bei einer öffentlichen Behörde, bzw. nur 3,2 Prozent in einer „sozialen Einrichtung“ oder 6,5 Prozent bei einem Freien Träger der Wohlfahrtspflege. Die Majorität der Befragten (71 %) machten keinerlei Angaben zum Arbeitgeber bzw. nutzten das Feld „Sonstiges“ (Frage 2.3). Bei diesen Antworten wird sehr häufig „Schule“, „In der Schule“, „Ich bin Schüler“ oder „Gymnasium“ genannt, so dass wir davon ausgehen können, dass doch recht viele Schüler und Lehrer erreicht wurden. Dies lässt ebenso darauf schließen, dass mit dem Fragebogen auch ein junges Teilnehmerfeld erreicht wurde.

Auf die Frage „Was leistet ihre Einrichtung/Institution gegen Rechtsextremismus?“ (Frage 2.4), bei der natürlich Mehrfachnennungen möglich waren, antworteten alle Befragten (n = 71), aber es wird deutlich, dass zumindest in der subjektiven Wahrnehmung keineswegs in allen Einrichtungen und Institutionen genug gegen Rechtsextremismus geleistet wird.

Immerhin 56,3 Prozent geben an, dass ihre Einrichtung „Demokratie- und Toleranzerziehung“ leistet und fast jeder Zweite (49,3 %) der Befragten sagt, dass ihre Institution „interkulturelles Lernen“ als Aufgabe leistet. Jeweils ca. ein Drittel der Befragten (35,2 %) geben an, dass ihre Einrichtung „antirassistische Bildung“ anbietet bzw. einen Beitrag zur „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ leistet. Nur in jeder fünften Einrichtung/Institution wird zur „geschichtlichen Identität“ gearbeitet. Es folgt „Interreligiöses Lernen“ mit 12,7 Prozent sowie mit nur noch 4,2 Prozent die wichtige Aufgabe der „Opferberatung“. Zur Vollständigkeit sei erwähnt, dass 18,3 Prozent die offene Rubrik „Sonstiges“ angekreuzt haben. Hier erfolgt unter anderem der Hinweis auf diverse schulische Projekte und Aktivitäten, wie „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule gegen Rassismus, für Toleranz!“

Auch zur Frage nach den Zielgruppen waren selbstverständlich Mehrfachnennungen möglich. Hier liegt erwartungsgemäß der Fokus bei Kindern und Jugendlichen mit immerhin 64,8 Prozent. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten arbeiten mit Erwachsenen (36, 6 %) bzw. jeweils bis zu knapp

einem Drittel aller Befragten arbeiten mit Eltern (31,2 %), Migranten (28,2 %) und Erziehern bzw. Lehrern (32,4 %) als Zielgruppen zusammen. Nur eine geringere Anzahl der Angebote findet für ältere Menschen statt (21,2 %). Dieses Ergebnis korreliert eventuell mit der oben erwähnten Tatsache, dass für die vorliegende Erhebung nur wenige Menschen über 65 Jahren erreicht wurden.

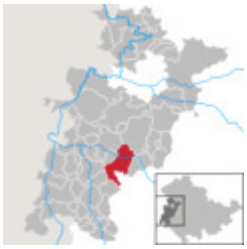
Ein zentraler Aspekt unserer Befragung, der genauer betrachtet werden soll, ist mit der Fragestellung 2.1 verbunden. Hierbei wurde gefragt, wie hoch die Befragten die Gefahr des Rechtsextremismus im Wartburgkreis einschätzen. Immerhin 61 Teilnehmer kreuzten hierzu eine Antwort an: Im Gesamtergebnis ergibt sich wiederum ein genau durchschnittlicher Mittelwert von 3,0. Die differenzierte Betrachtung offenbart, dass jeweils 11,5 Prozent der Befragten die Gefahr als hoch und sehr hoch einschätzen. Während eine große Anzahl der Befragten (42,6 %) die Gefahr als durchschnittlich einschätzen, glauben etwas mehr als ein Drittel, die Gefahr des Rechtsextremismus im Wartburgkreis sei niedrig (32,8 %) oder sogar sehr niedrig (1,6 %).
Die folgenden Städte und Gemeinden wurden als besonders geprägt durch rechtsextreme Aktivitäten eingeschätzt, wobei jeder Befragte bis zu drei Orte benennen konnte (Frage 3.1):

Stadt Bad Salzungen		**11 Nennungen**
Verwaltungsgemeinschaft Dermbach:		**10 Nennungen**
davon: Urnshausen	4 Nennungen	
Dermbach	3 Nennungen	
Wiesenthal	3 Nennungen	
(Stadt Eisenach		9 Nennungen)
Stadt Bad Liebenstein		**3 Nennungen**
Gemeinde Schweina		**3 Nennungen**
Stadt Geisa		**2 Nennungen**
Gemeinde Dorndorf		**2 Nennungen**
Verwaltungsgemeinschaft Barchfeld		**2 Nennungen**
davon: Barchfeld	2 Nennungen	
Verwaltungsgemeinschaft Vacha		**2 Nennungen**
davon: Vacha	2 Nennungen	
Gemeinde Leimbach		**2 Nennungen**
Gemeinde Wutha-Farnroda		**2 Nennungen**

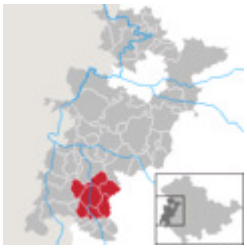
Darüber hinaus wurde ganz allgemein der Nordkreis mit zwei Nennungen bedacht.
Es wurden auch andere Gemeinden und Städte aus Thüringen (u. a. Suhl, Jena, Weimar, Gera,

Erfurt, Rudolstadt und Schmalkalden) und der Bundesrepublik Deutschland (Berlin, Dresden, München und Würzburg) angegeben. Dies dürfte ursächlich mit der nicht eindeutigen Formulierung der Fragestellung 3.1 zusammen hängen (vgl. Anhang).

Lassen wir das durchaus interessante Ergebnis von Eisenach außen vor, da die kreisfreie Stadt nicht zum Wartburgkreis gehört, so wird durch die graphische Darstellung der meistgenannten Orte durchaus ein räumlicher Schwerpunkt für rechtsextreme Aktivitäten im Kreisgebiet sichtbar:



Lage: Bad Salzungen (n = 11)



Lage: VG Dermbach (n = 10)

Lage: Bad Liebenstein (n = 3)

Lage: Schweina (n = 3)

Die nächste Frage deren Auswertung hierzu in Korrelation betrachtet werden sollte, ist die Frage 3.5 auf unserem Fragebogen: „Kennen Sie markante Treffpunkte der rechtsextremen Szene im Wartburgkreis?“ Hierfür wurden insgesamt 64 Aussagen getroffen. Aber lediglich acht der Befragten (12,5 %) gaben hierbei an, dass Sie markante Treffpunkte der rechtsextremen Szene im Wartburgkreis kennen würden. Konkret benannt wurden die folgende Orte bzw. Städte (Frage 3.6):

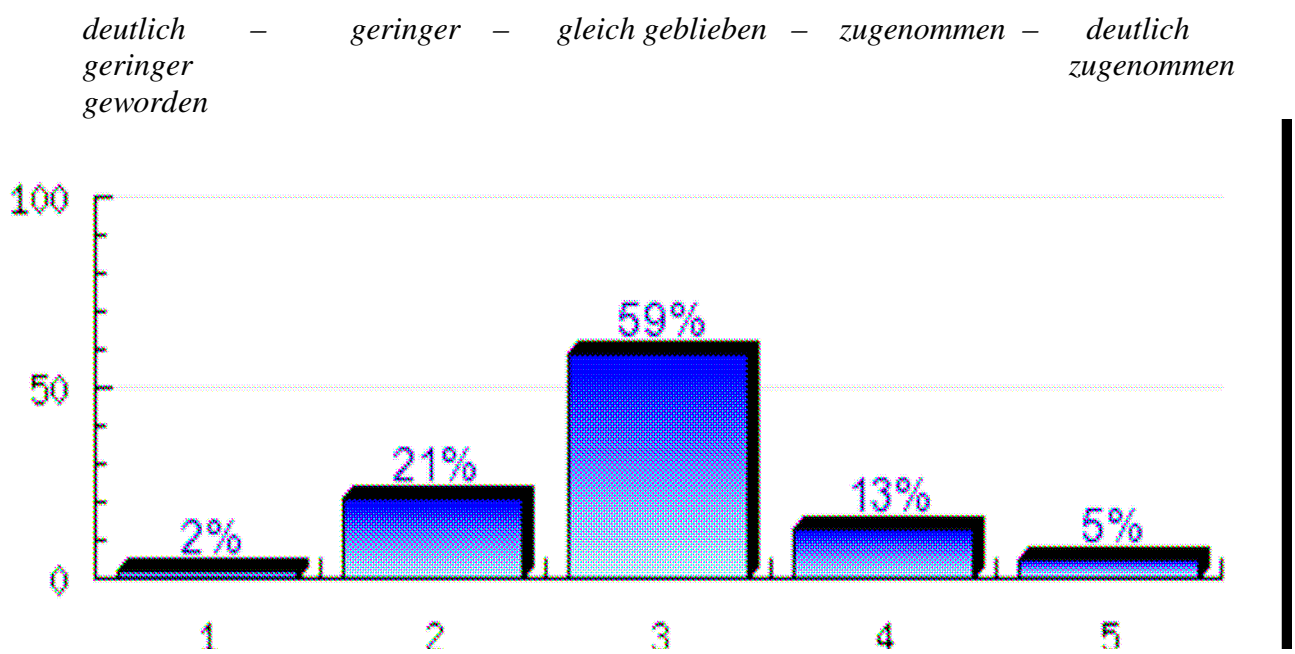
- Bad Salzungen
- Barchfeld
- Marksuhl
- Vacha
- Leimbach
  (hier mehrfach genannt: das Wohnhaus eines NPD-Mitgliedes in der Teichstraße)
- und die Vereinshäuser der „Stahlpakt“-Vereinigung

Die Aussagekraft dieser Ergebnisse ist natürlich nicht annähernd repräsentativ. Zum Teil werden die zuvor genannten Ergebnisse jedoch tendenziell erhärtet. Der Stahlpakt-Motorclub Thüringen wiederum distanziert sich auf seiner Homepage ausdrücklich „von jeder Form rechter Gesinnung“.

Die Frage nach den Veränderungen bezüglich rechtsextremer Gewalt in den letzten Jahren wurde

von 61 Befragten beantwortet.

Das Ergebnis visualisiert folgende Graphik:



Graphik 02: *Ergebnisse zur Fragestellung 3.7 (n = 61)*

Das Ergebnis zeigt, dass offensichtlich weder eine signifikante Zunahme noch eine spürbare Abnahme rechtsextremer Gewalttaten wahrgenommen wird (Mittelwert 3,0).

Aus Graphik 02 geht hervor, dass von den zur Verfügung stehenden Antwortkategorien, mit 59 Prozent, also deutlich mehr als die Hälfte der Teilnehmer an der Fragebogenaktion der Ansicht sind, dass das Ausmaß rechtsextremer Gewalt im Wartburgkreis gleich geblieben ist. Lediglich 13 Prozent der Befragung sagen aus, dass das Ausmaß rechtsextremer Gewalt zugenommen hat. Nur 5 Prozent schätzen, dass das Ausmaß rechtsextremer Gewalttaten im Wartburgkreis deutlich zugenommen hat. Andererseits sagen 23 Prozent der Befragten, dass die rechtsextreme Gewalt in den letzten Jahren sogar zurückgegangen sei.

Als weiterer Aspekt der Auswertung sollte eine generelle Bewertung der bisherigen Arbeit der Initiativen und Akteure im Kampf gegen den Rechtsextremismus betrachtet werden (Frage 4.2). Immerhin über ein Viertel der Befragten (28,6 %) bewertet die bisherige Kooperation als unterdurchschnittlich. Exakt 22,2 Prozent schätzen die bisherige Kooperationsform bereits als gut ein. Nur zwei der Befragten bezeichnet die bisherige Situation als sehr gut. Aus dem Ergebnis geht hervor, dass von den möglichen Antworten, die Antwort „durchschnittlich“ am häufigsten ausgewählt wurde, was 46,0 Prozent entspricht. Daraus ist abzuleiten, dass über drei Viertel die Initiativen gegen Rechtsextremismus in ihrer Wirkung eher schlecht bis bestenfalls befriedigend

einschätzen (74,6). Hier ist somit zweifelsfrei nach intensiveren und effektiveren Kooperations- und Aktionsformen für mehr Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu suchen.

Mit am dringlichsten - im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus - ist also die Gründung eines Bündnisses für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, um unter anderem eine Effizienzsteigerung bezüglich der gemeinsamen Bemühungen gegen die Gefahr der zunehmenden Akzeptanz rechten Gedankenguts in der Mitte unserer Gesellschaft zu erreichen.

Rechte Orientierungen setzen sich stets aus mehreren Komponenten zusammen. Deshalb wurde auch nach den speziellen Komponenten gefragt und danach, in welchem Ausmaß diese in der subjektiven Wahrnehmung relevant sind (Fragen 3.10 bis 3.20). Hierbei ist die Höhe des Mittelwertes von entscheidender Bedeutung (vgl. Anlage IV).

Hier zunächst in tabellarischer Form die Einzelergebnisse der befragten speziellen Komponenten:

Fragestellung		
➢ 3.10	Nationalismus	Mittelwert: 3,8
➢ 3.11	Antisemitismus	Mittelwert: 3,3
➢ 3.12	Fremdenfeindlichkeit	Mittelwert: 4,2
➢ 3.13	Rassismus	Mittelwert: 3,8
➢ 3.14	Sexismus	Mittelwert: 2,5
➢ 3.15	Gewaltakzeptanz	Mittelwert: 3,5
➢ 3.16	Verharmlosung der NS-Zeit	Mittelwert: 3,5
➢ 3.17	Abwertung sozial Schwacher/ Minderheiten	Mittelwert: 3,5
➢ 3.18	Homophobie	Mittelwert: 2,9
➢ 3.19	Ablehnung Andersdenkender	Mittelwert: 3,4
➢ 3.20	Befürwortung einer Diktatur	Mittelwert: 3,0

Wenn wir uns die Mittelwerte im Ergebnis anschauen, stellen wir fest, dass dieser Mittelwert mit 4,2 bei dem Item 3.12 „Fremdenfeindlichkeit“ mit deutlichem Abstand am höchsten ist (mw = 4,2),

gefolgt von den Items 3.13 „Rassismus“ und 3.10 „Nationalismus“ mit einem Mittelwert von jeweils 3,8.

Im Ergebnis unserer Evaluation folgen mit einem ebenfalls recht hohen Mittelwert die Items 3.16 „Verharmlosung der NS-Zeit“, 3.15 „Gewaltakzeptanz und 3.17 „Abwertung sozial Schwacher/

Minderheiten“ (jeweils mw = 3,5). Es folgen das Item 3.19 „Ablehnung Andersdenkender“ (mw = 3,4) sowie mit einem Mittelwert von 3,3 das Item 3.11 „Antisemitismus“.

Mit deutlichem Abstand folgt mit einem durchschnittlichem Mittelwert das Item 3.20 „Befürwortung einer Diktatur“ (mw = 3,0).

Relativ niedrige Mittelwerte stehen bei dem Item 3.18 „Homophobie“ (mw = 2,9) und bei dem Item 3.14 „Sexismus“ (mw = 2,5) zu Buche. Offensichtlich spielen diese sexuellen Komponenten in Bezug auf die Einschätzung von rechten Orientierungen eine weniger gravierende Rolle. Aber auch die anderen Umfrageergebnisse zu dieser Einzelfrage bezüglich der spezifischen Komponenten rechter Orientierung sind durchaus interessant.

Besonders interessant ist natürlich unsere Frage 3.21 nach den Ursachen rechtsextremer Einstellungen. Hierzu wurden von allen Teilnehmern (n = 71) auch Kreuze auf dem Fragebogen gesetzt, wobei hier wiederum Mehrfachnennungen möglich waren. Als bedeutsamste Ursache von rechtsextremen Einstellungen schätzen die Befragten die Motive „Zukunftsangst“ (64,8 Prozent) und „hohe Arbeitslosigkeit“ (54,9 Prozent), während die Motivlagen „Überfremdung“ und „zu viele Ausländer in Deutschland“ mit 23,9 Prozent bzw. 22,5 Prozent als deutlich geringer eingeschätzt werden.

Jedenfalls scheint es durchaus klare Vorstellungen bezüglich der Ursachenzusammenhänge von rechtsextremen Einstellungen zu geben. Diese tendenziellen „Meinungen“ im lokalen Kontext wissenschaftlich zu verifizieren, könnte eine interessante weiterführende sozialwissenschaftliche Forschungsaufgabe sein.

Die Antworten und Anmerkungen der an unserer Befragung teilnehmenden Bürger enthalten überhaupt eine Vielzahl von Vorschlägen und Überlegungen. Sie deuten auf ein beachtliches zivilgesellschaftliches Potential hin. Dies belegt nicht zuletzt die Tatsache, dass fast alle Befragten (97,0 Prozent) der Überzeugung sind, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Gruppen der Gesellschaft zu finden sind (Frage 3.23).

Interessante Ergänzungen zu dieser wichtigen Fragestellung bezüglich der Ursachen von rechtsextremen Einstellungen sind auch die unter Sonstiges (3.22) direkt abgegebenen persönlichen Antworten. Immerhin 14,1 Prozent der Befragten haben hierzu eigene Vorstellungen formuliert, die sich mit den folgenden Items zusammenfassen lassen:

- Mangelnder Bildungsstand
- Nicht vorhandene Perspektiven
- Ungenügende geschichtliche Aufarbeitung
- Primitive Klitterung geschichtlicher Ereignisse

- Informationsdefizit/Unwissenheit
- Schwieriges soziales Umfeld
- Mangelnde Intelligenz
- Bequemlichkeit
- Gruppenzwang
- Wertewandel
- Zu wenig persönlicher Kontakt mit Ausländern
- Politikverdrossenheit

Nimmt man das Reproduktions-Modell von Wilhelm Heitmeyer (vgl. oben) als Strukturierungshilfe, dann lassen sich die Vorschläge und Überlegungen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen – folgendermaßen systematisieren:

- **Alle Zielgruppen besser erreichen (Jugendliche, Familien usw.):**

Einbeziehung von diversen Elterninitiativen

Elternbildung/intergenerative Bildung

Zusammenarbeit mit Schulen verbessern/Grundschulen erreichen

Verantwortliche für Demokratiepädagogik an jeder Schule

Schulleiter intensiver in die Aktivitäten einbinden

Jugendeinrichtungen erhalten

Generationsübergreifende Projekte

Lokalgeschichtliche Ansätze stärker nutzen

- **Die Schweigespirale und Normalisierung aufbrechen:**

Sensibilisierung in der Mitte der Gesellschaft notwendig

Politisierung vermeintlich „unpolitischer“ Vereine

Die stille Akzeptanz der Nazis muss durchbrochen werden

In die Offensive gehen: Möglichst wenig geduldete Präsenz den Rechten

ermöglichen

Und zuvorderst: Uns selbst überprüfen, z. B. die Alltagssprache

- **Öffentliche Diskurse von Eliten und Medien zum Thema:**

Lokalpresse darf Situation nicht ausblenden bzw. verharmlosen

Lokale Verantwortungsträger sensibilisieren (z. B. rechtliche Möglichkeiten)

Verantwortungsträger in den Kommunen sollen mehr „Flagge zeigen“

Sachlich/fachlich kompetente Auseinandersetzung: Keine Überdramatisierung

Sachkundige Information über rechte Positionen und Absichten

Bessere Information bei Veranstaltungen gegen Rechts

Nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Rechtsextremismus

„Parteiengezänk“ im Kampf gegen Rechts endlich beenden

Extremismusbegriff klären (vgl. Presseerklärung von Ministerin Taubert)

- **Weitere Ideen, welche realisiert werden sollten:**

Interkulturelle Bildung in den Verwaltungen/Schulen

Bessere Einbeziehung der Kulturszene des Landkreises

Segregation in den Städten verhindern: Gute Kommunalpolitik!

Engere und öffentlichkeitswirksamere Zusammenarbeit aller Akteure

Zusammenarbeit/Erfahrungen mit anderen Initiativen intensivieren

Aus dieser unkommentierten Aufzählung lassen sich einige Aufgaben erkennen, welche für die Erarbeitung eines Lokalen Aktionsplanes (LAP) im Wartburgkreis von Bedeutung sind. Ansatzpunkte und Ideen gibt es offensichtlich reichlich, wie das vorliegende Ergebnis unserer Situations- und Ressourcenanalyse beeindruckend dokumentiert.

3.4 Ergebnisse des LAP-Workshops

Am 28. November 2011 fand die Auftaktveranstaltung zum Lokalen Aktionsplan des Wartburgkreises statt. Gut 60 interessierte Bürgerinnen und Bürger nahmen daran teil. Der große Zuspruch verdeutlichte das offenkundige Bedürfnis, sich gemeinsam darüber zu verständigen, wie ein tragfähiges Konzept zur Stärkung von Demokratie und zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus mit Inhalt erfüllt werden kann. Wie ernst es allen Beteiligten damit ist, zeigte sich auch darin, dass der Landrat des Wartburgkreises Herr Reinhard Krebs zu den Teilnehmern sprach. Mit eindringlichen Worten trug er eine Resolution des Kreistages vor. Vor dem Hintergrund des rechtsextremistischen Terrors erinnerte er daran, was passiert, wenn der Gefahr einer Verletzung von Bürger- und Menschenrechten nicht rechtzeitig entgegen getreten wird. Sein Bekenntnis, alle jene demokratischen Kräfte zu unterstützen, die sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus engagieren, wurde von den Teilnehmern der Auftaktveranstaltung als große Ermutigung empfunden. Anschließend versammelten sich die Teilnehmer in Arbeitsgruppen, wobei 4 thematische Schwerpunkte zur Auswahl standen:

Bildung & Erziehung

Sport& Kultur

Politik, Gesellschaft & Religion

Medien (fand nicht statt)

Im Folgenden soll es nicht darum gehen, die Vielzahl der konkreten Vorschläge bzw. Projektideen zu referieren. Vielmehr sollen einige wesentliche Grundgedanken herausgehoben werden, die für die inhaltliche Ausgestaltung des LAP von zentraler Bedeutung sind:

Ganz offenkundig herrschte große Übereinstimmung im Hinblick auf die Notwendigkeit, das lokalspezifische Wissen über rechtsextremistische Aktivitäten zu vertiefen. Nur auf dieser Grundlage lässt sich – so der Grundtenor – offenkundig eine geschärfte Problemsensibilität erreichen, die wiederum Nachhaltigkeit sowie Verbindlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort ermöglicht. Gleichzeitig wurde immer wieder betont, wie wichtig es in diesem Zusammenhang ist, die Zivilgesellschaft zu stärken und „Demokratie lebbar“ zu machen.

Einige der vorgestellten Best-Practise-Beispiele (z. B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“) enthalten auch Anregungen, die genau in diese Richtung verweisen. Hierzu gehört auch die immer wieder angemahnte bessere Vernetzung der beteiligten Akteure. Noch zu viele Aktivitäten laufen aneinander vorbei. Hier bedarf es mehr inhaltlicher Abstimmung, um die Ressourcen und spezifischen Kompetenzen zu bündeln. Nur auf diese Weise kann man sichtbar „Flagge zeigen“. Generationsübergreifende Projekte, die Intensivierung internationaler Kontakte

(Städtepartnerschaften) sowie die gemeinsame Teilnahme „junger und älterer Demokraten“ an wichtigen Gedenkfeiern, könnten ein erste Schritt sein. Auch die Unterstützung, Gewinnung und Förderung von Ehrenamtlichen in den Vereinen – eines der Fundamente einer lebendigen Zivilgesellschaft – müsste im LAP einen angemessenen Platz finden. Das trifft auch auf eine wirksame „externe“ Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Aktivitäten bzw. Ansichten in den verschiedensten Bereichen (Sport, Familie, Geschichte, Region usw.) zu. Dabei wird es vor allem auch um einen Gedankenaustausch darüber gehen, wie solche Auseinandersetzungen so zu führen sind, dass die Beteiligten nicht überfordert werden und dennoch die erforderliche öffentliche Auseinandersetzung nicht gescheut wird.

Ein letzter Grundgedanke darf nicht unerwähnt bleiben: die eindringliche Mahnung, den LAP nicht an kleinlichen Befindlichkeiten zwischen den relevanten Akteuren selbst scheitern zu lassen. Oberste Prämisse müsse es sein, die Demokratiefähigkeit der im Lokalen Aktionsplan involvierten Akteure nicht in Frage zu stellen. Das wiederum verlangt Geduld, Kompromissbereitschaft und die Tugend „nicht alles in die Waagschale zu werfen“. Alles in allem war in den Workshops zu spüren, dass die Beteiligten in den LAP große Hoffnungen setzen und bereit sind, sich hierzu mit vielfältigen Ideen einzubringen.

4. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse zu verallgemeinern und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten, ist nicht ganz einfach. Erinnert werden muss zudem daran, dass vor allem Einschätzungen von jenen Akteuren erfasst wurden, die bereits – in welcher Weise auch immer – für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen sensibilisiert sind. Nicht erfasst wurden dagegen die politischen Einstellungen und Mentalitäten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Landkreis selbst.

Gleichwohl soll bereits an dieser Stelle ein aus unserer Sicht zentraler Befund herausgehoben werden:

Bei den befragten Akteuren sowie in den durchgeführten Workshops gibt es ein Bewusstsein dafür, dass über eine gelingende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor allem „vor Ort“ entschieden wird. So lesen sich die uns gegenüber artikulierten Vorschläge durchaus auch als erste Impulse für die Erarbeitung einer komplexen kommunalen Handlungsstrategie. Eine für einen lokalen Aktionsplan tragfähige Motivation der Akteure vor Ort kann ebenfalls konstatiert werden.

Nun dürfte es vor allem darauf ankommen, wie man die unterschiedlichen Akteure in die Erarbeitung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes im Wartburgkreis so einbinden kann, dass diese Motivation produktiv und Ziel führend genutzt werden kann. Dies wird aber nur möglich sein, wenn der gemeinsame Verständigungsrahmen breit genug ist und die Mitarbeit nicht an zu viele Voraussetzungen geknüpft ist. Das wiederum verlangt von allen beteiligten demokratischen Akteuren genau das, was im Mittelpunkt des LAP stehen soll: Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit!

Ausgehend von diesem grundsätzlichen Befund sowie vor dem Hintergrund der gewonnenen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in anderen Kommunen lassen sich einige grundsätzliche Handlungsempfehlungen ableiten:

a) Ein kommunales/landkreisbezogenes Leitbild formulieren.

Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf die Entwicklung von Leitbildern für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit angewiesen. Es definiert jene zentralen Werte, auf deren Grundlage die Bürger zusammenleben wollen. Ein solches Leitbild bildet einen Verständigungsrahmen und schafft mehr Handlungssicherheit. Es erschöpft sich zudem nicht im Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern steht – gerade weil die Frage des demokratischen Zusammenlebens im Zentrum steht – für eine

langfristige und nachhaltige Demokratiestärkung. Wie Untersuchungen belegen, hängt zivilgesellschaftliches Engagement ganz erheblich davon ab, welche Sichtweisen (Rahmungen) im Hinblick auf die rechtsextremistische Herausforderung dominiert (vgl. Strobl/Lobermeier 2010: 308). Es macht eben einen erheblichen Unterschied, ob die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Aktivitäten unter der Prämisse einer Störung der öffentlichen Ordnung oder aber als unvereinbar mit einer demokratischen Kultur geführt wird.

Erste Ansätze für ein solches von allen demokratischen Kräften getragenes Leitbild einer Vitalisierung demokratischer Grundwerte finden sich bereits in den Gründungsdokumenten des Bündnisses für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“.

Durch den komplexen Zusammenhang von Sozialraum und Demokratieentwicklung, der in einem solchen Leitbild zum Ausdruck kommt, werden Diskussionsprozesse angeregt, die

} zur Sensibilisierung derjenigen beitragen können, die bisher keine und/oder nur unzureichende Wahrnehmung der Demokratie gefährdenden Aktivitäten des Rechtsextremismus haben;
} eine möglichst von allen Beteiligten getragene Verständigung über die realen Problemsituationen sowie lokalen Herausforderungen befördern und
} jene ermutigen und stärken, die sich auch bisher schon für Demokratie und Menschenrechte engagiert haben (vgl. Borstel 2004: 242).

b) Das Interesse an der Region als Quelle demokratischen Engagements nutzen und stärken.

Die in den Interviews enthaltenen Ideen und Ansätze z. B. zu lokalen Geschichtswerkstätten (Buch des Erinnerns, Internetplattform Volksgräberfürsorge usw.) gilt es aufzugreifen. Gerade weil Heimat in der rechtsextremen Szene vereinnahmt wird, darf sie nicht den Rechten überlassen bleiben. Heimat stiftet nicht nur emotionale Verbundenheit, sondern dient auch der Erinnerung an die Konsequenzen Demokratie gefährdender Entwicklungen. Zugleich ergibt sich hier eine Gelegenheit zum intergenerativen Lernen.

c) Die offensive Auseinandersetzung mit den Themen der Rechten stärken und dem von rechts betriebenen „Ideologiekampf“ (B. Wagner) nicht ausweichen.

Es darf nicht sein, wie in vielen Interviews bemängelt, dass die rechten Aktivisten Deutungshoheit gewinnen oder zumindest dieser Eindruck entstehen kann. Die „Wortergreifungsstrategie“ (Reif-Spirek) der Rechten und die Umdeutungsversuche sozialer Themen dürfen nicht wortlos hingenommen werden. Vielmehr gilt es, diese Themen aufzugreifen und aus einer demokratischen

Perspektive heraus zu bearbeiten. Das freilich setzt eine genauere Kenntnis über die rechtsextremen Akteure und deren programmatische Aktivitäten voraus. Dem in den Interviews konstatierten Sachverstand der Rechten muss der Sachverstand – auch ein externer – der demokratischen Kräfte entgegengesetzt werden. Die Möglichkeiten hierzu sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

d) Das lokale Engagement gegen den Rechtsextremismus durch gemeinsam erarbeitete und kontinuierlich fortgeschriebene Situationsbeschreibungen befördern.

Demokratische Gegenwehr entwickelt sich nur, wenn Problemlagen benannt werden. Die Angst vor Imageverlust, wenn öffentlich über rechtextreme Aktivitäten berichtet oder ihnen offensiv entgegengetreten wird, wird auch in den Interviews deutlich. Gleichzeitig liefern die Interviews aber auch genügend Belege dafür, dass gerade die Problemwahrnehmung gestärkt werden kann. Ganz offenkundig verfügen die Interviewten auch über genaue Informationen, was in ihrem konkreten Sozialraum abläuft. Oft werden sie mit Ereignissen und Stimmungen konfrontiert, die einen inhaltlichen Bezug zum Thema Rechtsextremismus haben. Das daraus entstehende Kommunikationsbedürfnis wird bislang jedoch nicht ausreichend befriedigt. Und auch die Bündelung solcher Beobachtungen steht erst am Anfang.
Der LAP könnte hier wichtige Impulse für eine solche Schärfung der Problemsicht von „innen“ heraus liefern. Er könnte z. B. Strukturen (Anlaufpunkte, Gesprächsrunden) anbieten, in denen Bürger ihre Beobachtungen einbringen können. Aus einer solchen, von vielen Bürgern getragene und kontinuierlich fortgeführten Problembeschreibung, erwachsen konkrete vor Ort zu bewältigende demokratische Herausforderungen. Dadurch verbreitert sich die Basis für zivilgesellschaftliches Engagement.

e) Zivilgesellschaftliches Engagement auf der Grundlage eines konkreten sozialräumlichen Wissens zur Qualität des Zusammenlebens im Wartburgkreis entwickeln.

Insgesamt gesehen verfügen die befragten Akteure durchaus über Vorstellungen zu den Ursachen rechtsextremer Einstellungen und Aktivitäten. Daraus werden Konsequenzen für eine aktive Auseinandersetzung gezogen, die jedoch noch recht allgemein gehalten sind. Sicher ist es z. B. richtig, auf mehr Bildung oder Prävention zusetzen. Wenn aber diese grundsätzliche Forderung nicht auf ganz konkrete Bedürfnisse bzw. Problemlagen zugeschnitten wird, dann bleibt oft nur allgemeine Belehrung übrig. Gebraucht wird also ein empirisch abgesichertes sozialräumliches

Wissen über jene Bedingungen (Ängste, Erfahrungen, Probleme), an denen Rechtsextreme anknüpfen können.

Eine besondere Rolle dürfte in diesem Zusammenhang insbesondere der folgende Aspekt spielen: „Wie können präventiv sensibel die subjektiven Empfindungen, Ängste etc. im jeweiligen Sozialraum zum öffentlichen Thema gemacht werden, so dass nicht erst im Nachhinein, also nach Konflikten oder gar Gewalt interveniert wird – und dann in erster Linie ordnungspolitisch durch Polizei oder Justiz“ (Marth 2008: 195).

Gleichzeitig geht es darum, durch solche lokalen Analysen auch einen Einblick in mögliche Gefühle politischer Macht- und Einflusslosigkeit zu gewinnen. Gerade in einer Stadt, in der rechte NPD-Mitglieder im Stadtrat sitzen und sich als Alternative zu demokratischen Parteien zu profilieren suchen, ist die sensible Kenntnisnahme von Nöten der Bürger eine Demokratie fördernde Notwendigkeit. „Ansonsten droht die Gefahr, dass die lokale Deutungsmacht der demokratischen Parteien weiter zurückgeht und damit rechtsextremer und rechtspopulistischer Agitation neue Räume eröffnet werde“ (Marth et al. 2010: 78).

f) Die lokalen Eliten für den LAP gewinnen und deren Einflusskraft für eine Stärkung des demokratischen Klimas nutzen.

Hierzu gehören Unternehmer und Gewerbetreibende genauso wie Vertreter von Justiz, Medien, Kirchen sowie Kommunalpolitiker. Sie halten sich bislang noch zu sehr zurück und werden in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bzw. dessen Resonanzboden kaum wahrgenommen. Im Rahmen des LAP sollte deshalb darüber beraten werden, wie dieses bislang brachliegende Potential in Präventions- und Interventionsstrategien einzubeziehen ist. Erste Erfolg versprechende Erfahrungen (z. B. Praktika von Migranten in Unternehmen) liegen bereits vor.

g) Den hohen Stellenwert von Vereinen und Verbänden im kommunalen Leben für die Förderung demokratischer Grundwerte nutzen.

Hier gibt es noch große Reserven. Man hat den Eindruck, dass sich viele dieser von einem hohen ehrenamtlichen Bürgerengagement getragenen Vereine noch zu häufig als „unpolitisch“ verstehen. Im LAP sollte deshalb ein Diskussionsprozess angestoßen werden, der Mindeststandards der demokratischen Mitverantwortung gegen rechts definiert. Dabei wird darauf zu achten sein, dass diese Positionierung zur Zivilcourage von Realismus getragen wird und die Ehrenamtlichen nicht überfordert. Es wäre schon viel erreicht, wenn diesbezügliche Erfahrungen aus anderen Kommunen

– gerade auch aus Thüringen – bzw. Bundesländern zur Kenntnis genommen werden.
Gerade wenn es darum geht, in bestimmten Milieus Alternativen zu rechtsextremistischen Angeboten bereit zu stellen, sind „milieunahe“ Akteure zwingend erforderlich. Ansonsten drohen Aktivitäten und Projekte, so gut sie auch gemeint sind, zur politischen Selbstvergewisserung der Engagierten herab zu sinken.

h) Den Zusammenhang von Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt zur zentralen inhaltlichen Achse des LAP machen.

Eine solche Orientierung trägt dem Befund Rechnung, dass sich rechtsextreme Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Vorstellung einer homogenen und deshalb von fremden Kulturen bedrohten Gesellschaft ergeben. Dieses Bedrohungsgefühl gegenüber „Fremden“ verallgemeinert sich zur Ungleichwertigkeit auch anderer Gruppen: Behinderte, Obdachlose, Langzeitarbeitslose. Folglich sollte sich ein demokratisches Gemeinwesen, das „Gleichwertigkeit anstrebt und ihre Gruppen vor Vorurteilen und Diskriminierungen schützen möchte, … sich endgültig von der Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft verabschieden“ (Deutsche Zustände 10/Presseinformation). Es dürfte eine spannende Frage und Herausforderung sein, wie sich im Rahmen des LAP solche Erfahrungen organisieren lassen, in denen kulturelle Vielfalt nicht als Gefährdung, sondern umgekehrt als Bereicherung des Zusammenhalts eines Gemeinwesens erfahrbar wird. Die in den Interviews enthaltenen Gedanken u. a. zur Intensivierung Interkultureller Arbeit zielen genau in diese Richtung.

i) Die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft und die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind ohne den Aufbau sowie die Aufrechterhaltung eines dichten Netzwerkes zwischen den Akteuren nicht zu haben.

Ein wichtiges Ergebnis der vorliegenden Studie besteht bekanntlich in der Erkenntnis, dass es Defizite im Hinblick auf Vernetzung, Einbeziehung und gemeinsames Agieren zivilgesellschaftlicher Akteure gibt. Eine solche Vernetzungsarbeit braucht nicht nur Zeit, sondern verlangt auch nach einer Vertrauen stiftenden Kooperations- und Diskussionskultur, in der unterschiedliche Positionen ausgehalten werden und Verständigung auf gemeinsames Handeln gelingt.
Das verlangt zu lernen, dass die eigenen Sichtweisen nicht alternativlos durchgesetzt und die

Wahrnehmungen anderer Akteure ignorieren. Hier besteht zwischen den verschiedenen Akteuren des Landkreises noch ein erheblicher Diskussionsbedarf. Eine Klärung sollte dabei u. a. in folgenden Fragen vorangetrieben werden:

} Welche Aktionsformen sind im Kampf gegen den Rechtsextremismus mehrheitsfähig?

} Wie lassen sich Berührungsängste zwischen den Akteuren des Netzwerkes abbauen?

} Wo müssen lieb gewonnene Sichtweisen relativiert werden und wo ist eigene Lernbereitschaft gefragt?

} Wie lässt sich das Engagement „linker“ Akteure mit den Vorstellungen einer eher „bürgerlichen Mitte“ so verbinden, dass weder eine bloße Auseinandersetzung auf der Straße noch eine Scheu vor demokratischer Gegenwehr oder gar Angst vor „Imageschaden“ entsteht?

Ohne eine Beantwortung dieser zentralen Fragen wird es schwerlich gelingen, das vorhandene zivilgesellschaftliche Potential auszuschöpfen und zu stärken.

j) Ein lokaler Handlungsplan muss durch konkrete Leitlinien und Zielstellungen untersetzt werden.

Der demokratische Aufruf zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus droht zur Leerformel zu werden, wenn es keine projekt- und themenspezifischen Angebote gibt. Bürger und Bürgerinnen wollen sich nicht im Dauerengagement befinden, sondern engagieren sich für konkrete, d. h. sie selbst betreffende Fragen eines toleranten und solidarischen Zusammenlebens. Hierzu bedarf es gemeinsam erarbeiteter und orientierender Leitlinien. Solche Leitlinien könnten, wenn man z. B. die Interviews zugrunde legt, u. a. sein:

Stärkung der Erinnerungskultur

Zivilcourage gegen rechtsextremistische Aktivitäten im öffentlichen Raum

ein Landkreis, in dem Demokratie und Toleranz sowie Weltoffenheit zu Hause sind

eine offensive Auseinandersetzung mit den Themen der Rechtsextremisten

sensibel auf Gefährdungen der demokratischen Kultur reagieren

soziale Integration und Chancengleichheit durch den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur sichern.

Diese Leitlinien selbst sind wiederum mit konkreten Zielstellungen bzw. Maßnahmen zu untersetzen. Erste Ideen wurden hierzu bereits in den Interviews bzw. in den Workshops unterbreitet. So könnte z. B. die Zielstellung bei der Stärkung der Erinnerungskultur in der „Förderung eines geschichtlichen Bewusstseins über die Gefahren einer Beschädigung

demokratischer Kultur und Menschenwürde“ sein. Eine konkrete Maßnahme wäre dann z. B. die Herausgabe bzw. Weiterführung eines „Buches der Erinnerung“.

Abschließend sollen nochmals einige zentrale Schlussfolgerungen deutlich heraus gehoben werden:

In den Strategien zur Auseinandersetzung müssen die für Landkreis und Kommunen typischen Beziehungsgeflechte eine stärkere Berücksichtigung finden. Externer Sachverstand und Interventionsstrategien, die sich in anderen Milieus bewährt haben, sind nicht so einfach zu übertragen. Eine Skandalisierung von außen wird den lokalen Besonderheiten nicht gerecht und ist kaum geeignet, die örtliche Zivilgesellschaft und deren Akteure für die Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus zu mobilisieren. Das bedeutet nicht, wie in den Interviews immer wieder betont, dass externer Sachverstand nicht gebraucht und gewünscht wird. Aber dieser Sachverstand hat sich vor allem im Kontext des konkreten Sozialraumes – hier des Wartburgkreises – zu bewähren.

Um die Chancen zur erfolgreichen Zurückdrängung des Rechtsextremismus weiter zu erhöhen, sollte weiter an einer gemeinsamen handlungsleitenden Problemdiagnose gearbeitet werden. Im Kern geht es dabei um die Beantwortung folgender Fragen: „Wird der Rechtsextremismus vorrangig als gewaltorientiertes Phänomen wahrgenommen? Wo sind die Anknüpfungspunkte an die lokale politische Kultur und Kooperation mit Eliten möglich? Welche Defizite im Ort werden von rechtsextremen Akteuren genutzt?“ (D. Borstel/G. Heinrich 2010: 512). Je fundierter diese Fragen beantwortet werden, um so klarer können gemeinsam getragene Gegenstrategien entwickelt werden.

Wie bereits erwähnt, gibt es ein recht stark verankertes lokales Identitätsbewusstsein. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und der Stolz auf die Region besitzen durchaus eine zivilgesellschaftliche Komponente. Diese lässt sich sowohl gegen einen von außen eindringenden Rechtsextremismus mobilisieren, als auch gegen Aktivitäten eines lokal verankerten Rechtsextremismus in Stellung bringen, der als Imageverlust für Städte bzw. Kommunen wahrgenommen wird. Zwar wird das als Gegenstrategie allein nicht ausreichen – ein guter Beginn für bislang eher abseits stehende Bürgerinnen und Bürger dürfte es aber allemal sein!

5. Schlussbemerkungen

Die hier vorgelegten Ergebnisse der Problem- und Ressourcenanalyse für den Wartburgkreis sind nicht der Endpunkt. Sie dokumentiert die Ausgangssituation – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Vor allem versteht sich diese Analyse aber als eine Aufforderung, in einem lebendigen öffentlich geführten Diskurs weiter über die Frage: „In welchem sozialen Klima wollen die Bürgerinnen und Bürger des Wartburgkreises leben?“ nachzudenken. Die Chancen, diese Frage aus einer Perspektive der Demokratie, der Toleranz und einer Kultur der Anerkennung heraus zu beantworten, stehen dabei – ohne vorhandene Schwierigkeiten und weiteren Klärungsbedarf ignorieren zu wollen – durchaus gut.

Wie gezeigt werden konnte, verfügt der Landkreis nämlich über eine ganze Reihe von Ressourcen und Voraussetzungen, um im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes den Einfluss rechtsextremistischer Einstellungen und Aktivitäten zurückzudrängen und ein von demokratischen Werten getragenes Zusammenleben zu befördern. Nun wird es darauf ankommen, die bei vielen Akteuren zu beobachtende Aufbruchstimmung in ein „Netzwerk des vertrauten Miteinanders“ (D. Borstel) einfließen zu lassen. Das wird seine Zeit brauchen und ist auf Personen angewiesen, die zu einem dauerhaften Engagement bereit sind. Ein solches Engagement ist freilich „nur dann zu erwarten, wenn es als emotional befriedigend und bereichernd erlebt, wenn also Selbstwirksamkeit erfahren wird. In diesem Zusammenhang ist eine positive und wertschätzende Grundhaltung besonders wichtig“ (Strobl/Lobermeier 2010: 315).

In der Auftaktveranstaltung zum Lokalen Aktionsplan, bei der Gründung des Bündnisses für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ sowie in den ersten Beratungen des Begleitausschusses zum LAP war von dieser Grundhaltung schon etwas zu spüren. Auch die breite Unterstützung bei der Anfertigung der Problem- und Ressourcenanalyse sowie das spürbare Interesse an den dabei gewonnenen Ergebnissen lassen diesen Schluss zu.

Für alle Beteiligten heißt es nun, den Lokalen Handlungsplan mit konkreten Projekten und Maßnahmen zu untersetzen. Spätestens dann wird sich zeigen, wie ernst es den Bürgerinnen und Bürgern mit einem demokratischen, solidarischen und toleranten Wartburgkreis ist, in dem Rechtsextremismus sowie Antisemitismus und Rassismus keinen Platz haben.

Es wird an ihnen liegen, ob das vom Bündnis für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Wartburgkreis formulierte Selbstverständnis zu einer gelebten Praxis wird:

„Der Wartburgkreis soll ein Ort sein, an dem Jede und Jeder, unabhängig von Herkunft, Religion, Weltanschauung und Sprache die gleichen Rechte auf Teilhabe am lokalen gesellschaftlichen Leben hat. Der Wartburgkreis will als tolerante, offene und internationale Region Allen ein Zuhause sein, die in ihrer Unterschiedlichkeit dieses Gemeinwesen in respektvollem und solidarischem Miteinander gestalten.“

Anhang

Seite

I. Der Interview-Leitfaden für die qualitativ-narrativen Experten-Interviews 54

II. Paraphrasierte Zusammenschnitte der qualitativen Experten-Interviews 56

III. Der eingesetzte EvaSys-Fragebogen als Erhebungsinstrument der quantitativ-empirischen Befragung 90

IV. Computergestützte Ergebnisse der quantitativ-empirischen Befragungen (Zusammenfassung konservativ und Internet-gestützt) 93

Anhang I

Der Interview-Leitleitfaden für die qualitativ-narrativen Experten-Interviews

Der Wartburgkreis sowie die Stadt Bad Salzungen beteiligen sich am Bundesprogramm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. In diesem Zusammenhang sind fundierte Einschätzungen sowie sozialräumliche Analysen zu rechtsextremen Gruppierungen/Aktivitäten erforderlich. Gleichzeitig sollen zivilgesellschaftliche Defizite in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufgezeigt werden. Hierzu sollen Experteninterviews durchgeführt werden.

Wir freuen uns, dass Sie sich bereit erklärt haben, für ein solches Interview zur Verfügung zu stehen. Die Anonymität wird auf jeden Fall gewahrt.

Prof. Dr. Thomas Weil **Dr. Dr. Holger Koch**

:::

1. In vielen Städten und Gemeinden gibt es mittlerweile öffentliche Räume, in denen Rechtsextreme das soziale Klima dominieren und die von potenziellen Opfern gemieden werden.

Gibt es auch in Bad Salzungen sowie im Wartburgkreis solche „Angsträume“?
Wenn ja, wo befinden sie sich?

2. Events, Szeneläden und Treffpunkte spielen eine zentrale Rolle, um den „rechten Lebensgefühl“ Ausdruck zu verleihen und den Fortbestand rechter Szenen zu sichern.

Wie sieht es mit solchen „Erlebniswelten“ im Landkreis aus?
Sind Ihnen besondere Aktivitäten (Konzerte/Demonstrationen/Anwerbung von Jugendlichen) bekannt?
Wo halten sich die Rechtsextreme auf?
Gibt es regionale „Hochburgen“?

3. Im Bemühen um gesellschaftlichen Einfluss setzen rechte Akteure im Alltagsleben von Kommunen an. Sie greifen Problemfelder auf, skandalieren Versäumnisse und versuchen, sich als „normale Bürger“ zu präsentieren.

Auf welche Methoden und Themen greifen rechte Akteure zurück, um sich in der Bevölkerung ins Gespräch zu bringen?
Lassen sich da in den letzten Jahren Veränderungen erkennen?

4. Politische Aktivitäten der Rechten Akteure können sich mit Einstellungen in der Bevölkerung verbinden und dadurch eine „feindselige“ Normalität schaffen.

Wie schätzen Sie das Ausmaß dieser Einstellungen (Beispiel: Abwertung schwacher Gruppen/ Fremdenfeindlichkeit/Demokratiefeindlichkeit) ein?
Welche Rolle spielen dabei Ängste und Bedrohungsgefühle?

5. Gibt es in Bad Salzungen und im Landkreis Anzeichen für eine Akzeptanz rechtextremer Einstellungen?

Wenn ja, nennen und beschreiben Sie solche Anzeichen.

6. Rechtsextreme Einstellungen sind mit der Akzeptanz von Gewalt verbunden.

Wie schätzen Sie Entwicklung von Qualität und Quantität dieses Gewaltpotenzials im Landkreis ein?
Sind Ihnen gewaltbereite Gruppen/Cliquen mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt? Wenn ja, welche?

7. Wie gehen die lokalen Medien mit Thema „Rechtsextremismus“ um?

Wird dieses Thema ausreichend behandelt?

8. Es gibt im Landkreis bereits zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Aktivitäten.

Kennen Sie die Akteure/Initiativen?
Reichen diese Aktivitäten aus Ihrer Sicht aus?
Was sollte sich ändern, wo sehen Sie Ressourcen?
Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

9. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus ist auf unterschiedliche Akteure angewiesen.

Was leistet Ihre Einrichtung/Institution in der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Aktivitäten?
Werden Sie in Ihrem Tätigkeitsfeld mit rechtsextremen Einstellungen/Aktivitäten konfrontiert?

10. Der Wartburgkreis wurde durch das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ in die Entwicklungsphase eines lokalen Aktionsplanes aufgenommen.

Welche konkreten Erwartungen verknüpfen Sie/Ihre Einrichtung mit dem Lokalen Aktionsplan?

Anhang II

Paraphrasierte Zusammenschnitte der qualitativen Experten-Interviews

Interview Nr.: 01

Leitender Mitarbeiter einer Polizeidienststelle (PI)

Interviewfrage 1

Zunächst einmal beziehen sich meine Einschätzungen nur auf den südlichen Wartburgkreis. Und hier kann ich sagen: solche Angsträume gibt es hier nicht. Es gab in der Vergangenheit sicherlich einige subjektiv empfundene regionale Schwerpunkte für Ängste, die aber nichts mit den Aktivitäten von Rechtsextremen zu tun hatten. Hier handelt es sich aber um mehr Probleme des Zusammenlebens, oft ausgelöst durch Migrationsprobleme, wobei es hier vorwiegend um Probleme dieser Gruppen untereinander ging. Insgesamt sind die aber nicht polizeilich relevant. Auch freie Kameradschaften gibt es nicht mehr, insbesondere ist hier keine Skinheadszene alter Prägung zumindest nicht mehr öffentlich oder polizeilich wahrnehmbar. Mit was wir es hier vor allem zu tun haben, ist eigentlich mehr ein organisatorisch gebundener Rechtsextremismus, der gut vernetzt und sehr rege agiert. Im Wartburgkreis gibt es einen der leistungsstärksten Kreisverbände der NPD, der es zumindest bei den Kommunalwahlen geschafft hat, soviel Stimmen bei der Bevölkerung zu erzielen, dass die NPD in den Kreistag und ins Stadtparlament von Eisenach einziehen konnte und dort parlamentarisch überaus rege ist.

Interviewfrage 2

So wie landesweit festzustellen, gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Aktionen wie z. B. „Schulhof CD“. In den Wahljahren nimmt die Intensität von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zu. In Vacha fand mehrfach eine symbolträchtige Veranstaltung zum 09.11. mit dem Slogan „Die Mauer in den Köpfen muss weg“ statt. Regelmäßig gab es im Wahljahr Infostände der NPD in der Innenstadt von Bad Salzungen, danach nur noch sporadisch. Obwohl in der Regel vor dem Eingang des größten Einkaufszentrums platziert, finden sie aber insgesamt gesehen wenig Anklang. Ohne massive Gegenproteste der demokratischen Kräfte fehlt ihnen hier das Podium, um richtig wahrgenommen zu werden. Die lokalen demokratischen Kräfte handeln hier in der Regel sehr verantwortungsbewusst. Es wird hier sehr genau abgewogen, ob man nicht erst durch massive Gegenveranstaltungen die notwendige Bühne für die Rechten schafft, um hier öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten.

Und um hier gleich auf ein Problem einzugehen: ich bin sehr dafür, demokratische Flagge gegenüber den Rechten zu zeigen. Aber Versammlungsrecht ist nun mal Versammlungsrecht und daran muss man sich halten. Da reicht es nicht aus zu sagen, wir sind doch aber die Demokraten. Gerade demokratische Akteure, insbesondere z. B. auch aus dem Antifa-Spektrum, kennen oft diese Regeln nicht oder fühlen sich an diese gesetzlichen Vorgaben nicht gebunden. Man kann nicht erwarten, dass wir als Polizei mit demonstrieren. Die Demonstrationsfreiheit, auch der anderen, ist nun mal ein hohes grundgesetzlich geschütztes Gut. Gerade demokratische Kräfte in ihrem Engagement gegen Rechts müssen sich den demokratischen Spielregel unterwerfen, so wie jeder andere Bürger auch.

Die Logik des Protestes ist zwar zum einem, dass man dem Rechtsextremismus demokratisch etwas entgegensetzt, allerdings damit auch erst die Bühne für eine öffentliche Wahrnehmung schafft, dass die Rechten überhaupt da waren. Ohne den demokratischen Protest wäre in der Regel gar keine Öffentlichkeitswirksamkeit der Veranstaltung der Rechten feststellbar gewesen. Hier ist ein verantwortungsbewusstes Handeln der lokalen Bündnisse und eine Fall-zu-Fall-Entscheidung erforderlich, ob man eine Gegenveranstaltung auf die Beine stellt oder nicht. Das gelingt momentan in der städtischen Ordnungspartnerschaft gegen Extremismus sehr gut.

Interviewfragen 3 und 4

Man tut sich sehr schwer mit solchen Initiativen der Rechten. Man muss sich das mal vorstellen: Da bitten die Rechten den Landrat einmal darzulegen, wie es um die Versorgung mit Obst an den Schulen aussieht. Da profiliert man sich als „Kümmerer“ von Kindern und Jugendlichen. Da steht man dann als Vertreter der anderen demokratischen Parteien vor der Frage, warum man nicht eigentlich selber auf dieses Thema gekommen ist und sieht sich vor dem schwierigen Spagat, zwar eigentlich für den Inhalt der Initiative zu sein, aber keinesfalls mit den Rechten oder gar für einen der von den Rechten eingebrachten Antrag zu stimmen. Da bringt man die demokratischen Parteien ganz schön in Erklärungsnot, so nach dem Motto: Wenn ihr ablehnt, dann seid ihr gegen die Kinder! Mein Eindruck ist überhaupt, dass die Rechten viel Vorbereitungszeit in ihre parlamentarische Arbeit investieren, sich zudem intellektuelle Unterstützung von „außen“ holen. Das sollte man nicht unterschätzen. Ein anderes klassisches Thema der Rechten, nämlich Fremdenfeindlichkeit, ist ihnen hier in gewisser Hinsicht abhanden gekommen. Sicher sind wie überall der Bundesrepublik da Ressentiments in der Bevölkerung geblieben. Aber allein schon die sehr unterdurchschnittliche Ausländerquote an der Wohnbevölkerung des Wartburgkreises bietet kaum Ansatzpunkte.
Insbesondere gibt es im südlichen Wartburgkreis kein Asylbewerberheim mehr.
Dies ist im Nordteil anders, denn dort gibt es mit Gerstungen noch ein solches Heim. Dort gab es Auftritte der NPD mit der provozierenden Absicht, die Bewohner über Möglichkeiten der finanziellen Förderung bei freiwilliger Rückkehr von Asylbewerbern zu informieren. Nicht zuletzt muss man auf die Internetseiten und die Öffentlichkeitsarbeit der Rechten verweisen. Ein Beispiel dafür ist insbesondere der „Wartburgkreisbote“, der von den Rechten herausgegeben wird und schon mal ungefragt in den privaten Briefkästen landet.

Interviewfrage 5

Man nimmt sich ganz bewusst und selektiv der Sorgen sozial Schwächerer und aber auch leichtgläubigeren Gruppen der Bevölkerung an. Dort versucht man dann plakative Lösungen anzubieten. Und dann denken solche Gruppen: wenn die uns das versprechen, dann sollten wir denen vielleicht ein Stück folgen. Das ist eine Strategie, die auch schon in der Weimarer Republik zielführend war. Ein Großteil derer, die ihr Kreuz bei den Rechten gemacht haben, sind damit aber nicht automatisch gleich Nazis. Es sind einfach oft Unzufriedenen. Und viele von denen sagen sich: ich kann die anderen Parteien einfach nicht mehr wählen, die haben mich enttäuscht und deshalb brauchen sie einen Denkzettel. Welche Dimensionen das annehmen kann, zeigen z. B. Kommunalwahlen. Da gibt es Kandidaten der Rechten, die in ihrem Ortsteil in der Rhön regional gut verwurzelt sind und die auf gut 25 % der Stimmen kommen in ihrem Ortsteil. Aber deshalb kann man nicht sagen, dass diese 25 % alle Rechtextreme sind.

Interviewfrage 6

Offene Gewalt bei der Durchsetzung seiner politischen Ziele ist seit Jahren nicht mehr feststellbar gewesen. Das war noch vor einigen Jahren deutlich anders. Ich persönlich kenne die Vita von einigen Rechtsextremen im Nordkreis ziemlich genau. Schon durch deren Herkunft aus den freien Kameradschaften war da ein hohes Gewaltpotential zu erkennen. Dafür sind einige bestraft worden, auch zu Haftstrafen. Inzwischen haben sich diese Leute weiterentwickelt. Einigen von denen kann man im Hinblick auf Versammlungsrecht kaum etwas vormachen.
Da ist ein Lernprozess eingetreten. Vielleicht dämmert es ihnen, dass man mit offener Gewalt keine Sympathisanten gewinnen kann. Irgendwie haben sie das Gewaltpotential unter Kontrolle, auch wenn man natürlich nicht in deren Köpfe reinschauen kann.

Interviewfrage 7

Medien haben eine ähnliche Rolle wie die Polizei. Sie dürfen sich nicht vereinnahmen lassen. Sie sind positiv neutral, was nicht unparteilich im Sinne demokratischer Werte meint. Nicht jedes Stöckchen, das die Rechten hinwerfen, muss die Presse unbedingt aufheben. Das würde denen nur ein Maß an Öffentlichkeit verschaffen, was sie nicht verdienen. Zu größeren Aktivitäten und vor allem zum Protest gegen rechts wird kompetent berichtet. Überhaupt besitzen regionale Medien eine große Verantwortung. Sie vor allem wissen, weil sie eben vor Ort sind, um die „Feinheiten“, die konkreten Hintergründe von bestimmten Ereignissen. Das ist bei der überregionalen Presse oft nicht der Fall. Da wird doch oft sehr pauschal und plakativ berichtet.
Die Stadt Eisenach kann davon ein Lied singen. Da bleibt dann bundesweit als Botschaft in der Medienwelt nur der Aufmarsch der Rechtsextremen, Gewalt und der Einsatz der Polizei übrig. Und das, was Eisenach ausmacht, nämlich Kulturerbe usw. wird in den Hintergrund gedrängt. Gerade für Bad Salzungen mit seinem Standbein Kur- und Bäderbetrieb wäre ein solches Bild verhängnisvoll. Und gerade deshalb sind die regionalen Medien in der Pflicht, was nicht Schönreden der Situation bedeutet, wohl aber Sachlichkeit und konkretes Faktenwissen.

Interviewfrage 8

Da gibt es vor allem die städtische Ordnungspartnerschaft gegen Extremismus. Da ist die Polizei von Anfang an mit präsent. Uns geht es dabei vor allem darum, unsere polizeiliche Rolle verständlich zu machen. Da sollen die Regeln transparent gemacht werden, in denen sich auch der demokratische Protest zu bewegen hat. Und wir machen deutlich, warum wir die Versammlungsfreiheit der anderen Seite – der Rechten – schützen müssen. Mit der lokalen Bevölkerung, egal aus welchem politischen Lager der demokratischen Kräfte auch immer, funktioniert das auch ganz gut. Da hat man begriffen, dass man ansonsten die Polizei in Handlungszwänge bringt, die wir eigentlich gar nicht wollen. Deshalb möchte ich auch nicht den mehr für Unkenntnis sprechenden Slogan von zu gereisten Protestlern hören „Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten“. Denn das tun wir nicht. Was wir schützen, ist das verfassungsmäßig verbriefte Versammlungs- und Demonstrationsrecht eines jeden Bürgers, dem nicht die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen wurden. Und wenn eine Versammlung nun einmal von einem Bürger aus dem rechten Spektrum angemeldet wurde, so lautet unser gesetzlicher Auftrag nun einmal, auch dessen Grundrecht vor Störungen zu schützen und notfalls auch durchzusetzen, sofern mit rechtswidrigen Aktionen dagegen vorgegangen wird.
Demokratie kann nur funktionieren, wenn die verfassungsmäßig verbrieften Rechte für jedermann gelten und nicht die Polizei ein Wahlrecht hat, ob der Demonstrant, der eben dieses verfassungsrechtlich verbriefte Recht wahrnimmt, dem Polizeibeamten genehm ist oder ob er sich gar mit dessen Forderungen identifizieren kann.

Interviewfrage 9

Klassische Aufklärungsarbeit, wie z. B. an Schulen, machen wir nicht. Dazu sind wir schon personell nicht in der Lage. Was wir tun, ist bei Demonstrationen für Sicherheit zu sorgen. Oder eben im Vorfeld geplanter Gegendemonstrationen zu informieren und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Protest in friedlichen Bahnen verbleibt. Das klappt, wie bereits angedeutet, auf lokaler Ebene schon recht gut. Schwieriger ist das bei der überregionalen Protestszene. Die sind den Veranstaltern zunächst einmal oft willkommen, weil man ja dann in der Überzahl gegenüber

den Rechten ist. Aber dann merkt man doch oft sehr schell, welche Geister da gekommen sind. So hatte im Wahljahr die städtische Ordnungspartnerschaft gegen Extremismus zusammen mit den Stadtratsfraktionen gegen einen Wahlkampfauftritt der NPD auf dem Marktplatz Bad Salzungen zum Protest aufgerufen, um hier Flagge zu zeigen. Neben den demokratischen Kräften kam es aber dann zum Auftreten von anderen Kräften, überwiegend von außerhalb, die sich als „Schwarzer Block“ gerierten. Und dann hatte man das Gefühl, dass der Protest den eigentlichen Akteuren aus der Hand genommen wird und es zur Eskalation kommen könnte. Und dann müssen wir als Polizei wieder eingreifen und werden in eine Rolle gedrängt, die wir gar nicht einnehmen wollen. Hier besteht also weiter Klärungsbedarf und wir werden auch weiterhin gegenüber den Akteuren des lokalen Bündnisses Aufklärungsarbeit leisten.

Interviewfrage 10

Ich habe es erst kürzlich auf einer Veranstaltung des Bündnisses gesagt, dass wir uns dem Namen „Lokales Bündnis“ verpflichtet fühlen sollten. Dass dieses Bündnis aber auch wirklich lokal bleibt. Das bedeutet zunächst einmal darüber nachzudenken, wie man die lokale Bevölkerung noch stärker in Aktionen gegen rechts einbinden kann. Das gelingt aber nur, wenn der Protest in friedlichen gesetzlichen Bahnen verläuft. Ferner habe ich in diesem Rahmen gesagt, dass ich bei solchen Protestaktionen, sofern sie denn vom Bündnis im Einzelfall für erforderlich gehalten werden, gerne 16.000 Bad Salzunger Bürger auf den Straßen sehen würde. Was wir aber definitiv nicht brauchen – und so denkt die Mehrheit der demokratischen Kräfte – sind „Chaoten“ wie in dem vorstehenden Beispiel geschildert.
Denn es sind diese reisenden Chaoten, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was sie möglicherweise eigentlich wollen: sie machen die Rechten zu Opfern und schrecken die Öffentlichkeit ab. Mit einer solchen Opferrolle können die Rechten gut leben und die ihnen sogar helfen kann, neue Wähler und Sympathisanten zu gewinnen. Auf eine solche Art von „Gästen“ und deren Unterstützung können wir hier im Wartburgkreis also verzichten. Also noch einmal: der Schwerpunkt sollte wirklich auf „lokal“ liegen und die lokalen Akteure ansprechen!
In einer der letzten Zusammenkünfte hatte einer der Mitorganisatoren des vorstehenden Protestes gegen die Wahlkampfveranstaltung der NPD auf dem Bad Salzunger Marktplatz sinngemäß gesagt: „Aus tiefster Überzeugung bin ich der Meinung, dass es richtig war, bei dieser Veranstaltung als Demokrat Flagge zu zeigen, aber ich habe mich geschämt, neben diesen Leuten zu stehen, die vermeintlich mit mir auf der gleichen Seite stehen. Genau dieser Effekt hält viele Demokraten davon ab, gegen die Rechten deutlich Flagge zu zeigen, denn man möchte eben nicht mit dem Chaot, der in der gleichen Demonstration auftritt, in einen Topf geworfen werden, dann bleiben sie lieber zu Hause.

Interview Nr. 02:

Mitarbeiterin der Stadtverwaltung (IB)

Interviewfragen 1und 2

Also Rechte dominieren vor allem in Eisennach. Das ist sicher eine Hochburg. Ansonsten agieren die Rechten mehr oder minder verteilt. Eine größere Gruppe gibt es z. B. in Leimbach. Aber Angstraum würde ich das nicht nennen. Da gibt es keine Übergriffe; sie sind aber durchaus präsent. Dazu tragen sicherlich auch Szeneläden mit bei, z. B. in der Leimbacher Straße. Aber da kenne ich mich ehrlich gesagt nicht so aus.

Interviewfragen 3 und 4

Na die greifen zunächst einmal Dinge auf, wo man wirklich den Finger drauflegen sollte. Das sind Schulen, Kindergärten, Schulspeisung, Schulnetzplanung usw.. Gerade in letzter Zeit haben die Rechten hier viele Anträge gestellt. Ganz offenkundig thematisieren sie soziale Probleme und mahnen Verbesserungen an – aber immer nur für die Deutschen. Ein Antrag wurde eingebracht mit dem Ziel, die Ausländerbeauftragte solle doch in Rückkehrbeauftragte umbenannt werden. Folglich werden auch Anträge, die den Betrieb des Asylbewerberheimes betreffen, permanent abgelehnt. Dafür will man bessere Informationen darüber, wie Asylbewerber Geld für das Verlassen von Deutschland bekommen können.

Interviewfrage 5

Besonders anfällig sind sicherlich sozial Schwache. Die nehmen uns die Arbeit weg, nutzen soziale Systeme aus, so wird argumentiert. Das stimmt ja irgendwie auch, sagen dann einige. Und das kommt auch von Leuten, von denen man das kaum vermutet. Also nicht nur sozial Schwache sind offenkundig anfällig. Das strahlt bis weit in die Gesellschaft hinein, wie man so schön sagt. Einiges schwelt aber auch schon seit einigen Jahren. Vor allem in Wohngebieten, in denen sich sozial Schwächere und Aussiedler konzentrieren. Die Konflikte, die dabei auftreten, sind aber nicht immer gleich rechts motiviert. Aber ein Konfliktpotential gibt es schon, das dann oft eine ethnische Dimension bekommt oder so interpretiert wird. Einmal abgesehen davon, dass es auch unter Aussiedlern durchaus fremdenfeindliche Tendenzen gibt. Der Aktionsplan müsste auch dagegen etwas tun.

Interviewfrage 6

Ich denke, Gewalt hat – zumindest ist das mein Eindruck – zugenommen. Diese Gewalt richtet sich dabei vor allem gegen Linke. Das hat also eine politische Dimension bekommen. Man attackiert jene, von denen Gegenwehr ausgeht. Vor allem bei Aufmärschen der Rechten spürt man etwas von diesem Gewaltpotential.

Interviewfrage 7

Die lokalen Medien bieten den Rechten eindeutig keine Plattform. Dafür haben die ihre eigene Zeitung. Berichte über rechtsextremistische Aktivitäten hat immer etwas mit einer Gradwanderung zu tun: nicht unnötig eine Plattform und Aufmerksamkeit liefern und dennoch so berichten, dass demokratisches Engagement gefördert wird.

Interviewfrage 8

Die Stadt selbst engagiert sich ja schon mehrere Jahre. Da gibt es z. B. die Ordnungspartnerschaft

gegen Extremismus. Damit bin ich selbst nicht so recht glücklich, weil ich Linksextremismus hier nicht zu erkennen vermag. Da bin ich mit dem neuen Bündnis für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ schon glücklicher. Dieses Bündnis vereinigt verschiedene Akteure: von den demokratischen Parteien bis zu den Kirchen. In Zukunft wird es darauf ankommen, die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bringen und das Ganze mit zivilgesellschaftlichem Inhalt zu füllen. Eine erste Bewährungsprobe deutet sich übrigens schon an. Für nächsten September hat die NPD hier einen Jugendtag beantragt. Dem wird sich das Bündnis entgegenstellen. Wir hoffen, dass es dabei eine breite Unterstützung der Bevölkerung gibt. Das dies gar nicht so einfach sein wird, zeigen Bespiele aus der jüngeren Vergangenheit. In Vacha z. B. hatte voriges Jahr ein breites Bündnis zu einer Gegendemo aufgerufen. Die Vachaer selbst haben sich daran aber nicht beteiligt. Wir gucken lieber weg, das alles läuft sich tot – so war in etwa die Parole. Weggucken ist aber falsch, man darf sich vor Nazis nicht verstecken. Von diesem Geist sollte das Bündnis getragen werden und mit dieser Botschaft müssen wir die Bevölkerung gewinnen.

Interviewfrage 9

Wir bieten vor allem Integrationshilfe für ausländische Mitbürger an. Gute Kontakte haben wir zu den Aussiedlern, schwerer ist das schon im Hinblick auf andere Gruppen mit Migrationshintergrund. Da müssen wir unsere Aktivitäten sicherlich noch verstärken. Ich denke da zum Beispiel auch an die ethnische Ökonomie, also an kleine Gewerbetreibende. Auch was den Kontakt zu Frauen anbetrifft, so z. B. im Frauenzentrum, können wir noch zulegen.

Interviewfrage 10

Hohe Erwartungen verknüpfe ich damit. Insgesamt engagieren sich noch zu wenige unserer Mitbürger im Kampf gegen rechts und für ein tolerantes Miteinander. Wie können wir die Leute besser erreichen und sensibilisieren? Hierfür brauchen wir noch viele kluge Ideen. Man muss raus und mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Denn das muss ein richtiges Bündnis werden und nicht nur die üblichen Akteure umfassen. Das muss wirklich aus der – wie man so schön sagt – aus der Mitte der Gesellschaft heraus kommen. Wenn uns das gelingt, dann wäre das ein großer Erfolg.

Interview Nr. 03:

Mitarbeiterin der Volkshochschule (VHS)

Interviewfragen 1 und 2

Dazu ist mir eigentlich nichts bekannt. Ich wüsste nicht, dass ich Angst hätte, irgendwo hin zu gehen. Was vielleicht Angst macht, das sind Probleme im Zusammenleben von Menschen. So zum Beispiel in bestimmten Wohngegenden. Dass man sich dort belästigt fühlt oder möglicherweise abends nicht gern spazieren geht. Aber die haben weniger etwas mit dem Thema Rechtsextremismus zu tun. Und sind sicherlich auch keine Angsträume.

Interviewfrage 3

Wir hatten vor einem halben Jahr ein paar Flugblätter der Rechten. Da waren eben die üblichen Überschriften: Ausländer, Politikerschelte usw.. Ich bin mir nicht sicher, ob solche grobschlächtigen Parolen wirklich greifen. Irgendwie wirkt hier alles unpolitischer, ruhiger und – mir fällt kein besserer Begriff ein – kuscheliger. Das ist weniger konfliktreich und die Leute haben andere Probleme.

Interviewfrage 4 und 5

Es gibt Leute, die sicherlich ansprechbar sind und die ihre Antennen ausfahren, wenn die entsprechenden Parolen kommen. Also wenn ich zum Beispiel arbeitslos bin und dann jemand kommt und sagt: die Ausländer nehmen euch die Arbeit weg. Extrem ist es auch im Vorfeld von Wahlen. Da kocht regelrecht vieles hoch und findet Anklang. Aber das hält sich nicht. Und was z. B. Jugendliche anbetrifft: da fehlt es den Rechten schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung an Nachwuchs. Es gibt wenige jungen Leute, die sich für die Parolen der Rechten begeistern lassen. Überhaupt scheint mir das „hiesige Volk“ ein bisschen politisch träge zu sein. Das hat nicht unbedingt etwas mit Desinteresse zu tun. Da gibt es eine große Anzahl von Pendlern, die die ganze Woche unterwegs sind. Das sind nicht die Gruppen, die man so einfach ansprechen oder mobilisieren kann. Oder vereinnahmen schon gar nicht.

Interviewfrage 6

Dazu kann ich wenig sagen. Nach meiner subjektiven Wahrnehmung und auch der von Freunden sind mir solche Gewalttaten oder Übergriffe nicht bekannt.

Interviewfrage 7

Für mein Empfinden spielt dieses Thema in den Medien eine untergeordnete Rolle. Aber mehr aus dem Grunde, weil hier in dieser Region des Wartburgkreises das Potential der Rechten nicht so ausgeprägt ist. Das ist nicht so martialisch wie woanders. Deshalb finde ich die Berichterstattung durchaus als angemessen.

Interviewfragen 8 und 9

Rechtsextremismus ist kein eigenständiges Thema bei uns. Für uns steht das Integrationsthema im Mittelpunkt unserer Arbeit. Das ist unser Beitrag zur Auseinandersetzung, weil natürlich jede Verbesserung der Integrationschancen den Rechten die Grundlagen für ihre Parolen entzieht. Was uns Sorgen macht ist aber auch, dass wir für Arbeitslose oder ALG-II-Empfänger immer weniger Maßnahmen anbieten können – weil da bezahlt werden muss. Hier müsste, gerade im Hinblick auf die präventive Auseinandersetzung mit rechten Parolen – auch mehr geschehen. Immerhin geht es um Teilhabe und Integration von allen. Was wir brauchen ist ein Klima der Integration, und das reicht von einer sensiblen Behördenkultur bis zum gegenseitigen Umgang in den Geschäften.

Interviewfrage 10

Wir werden uns daran aktiv beteiligen, zumal wir bereits gute Erfahrungen im Hinblick auf eine gelungene Integrationsförderung gemacht haben. Da fällt mir vor allem unser Sprachpraktikum für ausländische Mitbürger ein, das wir vor einiger Zeit dank der Unterstützung des

Volkshochschulverbandes durchgeführt haben. Das Praktikum wurde für sechs Wochen bei ortsansässigen Firmen durchgeführt. Viele Firmen waren zunächst skeptisch, solche Menschen zu nehmen. Zum Schluss war das aber für alle eine wirkliche Bereicherung. Da wurden regelrecht Berührungsängste abgebaut, und zwar auf allen Seiten. Das wurde dafür sensibilisiert, dass Integration auch eine Sache der Wirtschaft ist. Und wenn 95 % der Firmen, die sich am Praktikum beteiligt haben, es wieder tun würden, dann ist das doch wirklich ein Erfolg. Leider konnte an diesen Erfahrungen im letzten Jahr durch fehlende finanzielle Mittel nicht angeknüpft werden. Ich kann mir deshalb vorstellen, dass für eine solche nachhaltige und nachweisbare Erhöhung von Integrationschancen der LAP hilfreich sein kann. Es wäre jedenfalls gut, wenn unsere Erfahrungen mit dem Sprachpraktikum nicht verloren gehen. Das wäre eine ganz konkrete Erwartung an den Lokalen Aktionsplan.

Interview Nr. 04:

Mitarbeiterin des Jugendamtes Wartburgkreis (JA)

Interviewfrage 1

Angsträume im eigentlichen Sinne haben wir hier sicherlich nicht. Es gab eine ähnliche Tendenz aber schon mal im Jugendbereich. Einzelne Jugendeinrichtungen werden oft von bestimmten Gruppen dominiert, die das als ihr Wohnzimmer betrachten. Da kommen dann andere nicht mehr rein. Da haben wir interveniert. Und sicher gibt es einige Orte, in denen die Rechten auftreten. Aber die sind nicht die Mehrheit. Eine aktive Auseinandersetzung, und das scheint mir das Problem zu sein, findet aber nicht bzw. nur sehr selten statt. Na ja, und Angst machen manchmal einfach bestimmte Jugendgruppen. Aber das hat mehr mit dem Auftreten zu tun, weniger mit politischen Überzeugungen.

Interviewfrage 2

Im Nordkreis gab es einmal eine Kneipe, in der Versammlungen der Rechten stattgefunden haben. Das wurde aber schnell beendet. Eine Hochburg ist der Dermbacher Raum. Dort haben 23 % die NPD gewählt. Das ist schon beachtlich. Alles junge, intelligente Leute.

Interviewfrage 3

Welche Problemfelder die Rechten aufgreifen, dafür will ich ein Beispiel geben. Das betrifft die Auseinandersetzung um die Schulnetzkonzeption. Da sollte z. B. eine Grundschule geschlossen werden. Da tritt ein Vertreter der Rechten im Kreistag ans Mikrofon und berichtet von einem Besuch der Schule und den Sorgen der betroffenen Eltern. Die waren die ersten, die vor Ort waren. Da waren 50 Eltern anwesend, die für den Erhalt der Schule plädierten. Die haben alle zu den Ausführungen Beifall geklatscht. Und warum: da hätte einer wenigstens einmal den Eltern aus der Seele gesprochen und nicht nur über Geld und Investitionsbedarf. Und solche Beispiele lassen sich fortsetzen. Die nehmen sich der Themen Schulgeld und Fahrtkosten an, fordern den Erhalt von Jugendeinrichtungen – da werden ständig Anträge gestellt. Die bringen sich wirklich ein. Und dem muss man sich doch stellen! Was mich so aufregt, sind die altbekannten Rituale. Wenn von denen einer spricht, dann wird ignoriert. Da verlässt man den Saal. Aber man sollte sich lieber inhaltlich auseinandersetzen. Die Bühne Kreistag sollte zur aktiven Auseinandersetzung genutzt werden: was die Rechten dort sagen, darf doch nicht einfach so im Raum stehen bleiben. Betroffen machen

sollte, dass Eltern denen Beifall zollen und warum sie das tun. Da hat sich in den letzten Jahren bei den Rechtsextremen wirklich ein Wandel vollzogen. Die bringen eine Zeitung heraus, in der einige Dinge stehen, denen man zunächst einmal zustimmen könnte. Dem muss man sich doch stellen. Kurz: die Zeit der Glatzen und Springerstiefel ist vorbei. Wer das nicht begreift, unterschätzt die wirklichen Herausforderungen.

Interviewfragen 4 und 5

Zunächst einmal gibt es da zwei Gruppen. Wahlergebnisse machen deutlich, dass die Altersgruppen der über 65-Jährigen offenkundig anfällig sind. Viele der Älteren machen das bewusst. Und da gibt es dann noch Jugendliche. Aber da geht es weniger um Hitler oder die Reichskriegsflagge und so. Der Anklang, den die Rechten finden, hat seine Ursache mehr in dem Image: wir sind anders, wir wollen besser sein als die Etablierten. Zudem haben die Rechten gelernt. Die kennen sich mit neuen Medien aus. Das macht Eindruck. Und nicht vergessen darf man, dass die Rechten natürlich auch so etwas wie einen Kult der Stärke betreiben. Ich meine Waffenverherrlichung und bestimmte soldatische Tugenden. Auch über diese Schiene kann man Jugendliche ansprechen. Da gibt es aber auch noch durchaus Tendenzen der Behindertenfeindlichkeit. So nach dem Motto: die „Bekloppten“ bekommen etwas und wie nicht. Man merkt das auch, wenn z. B. geistig behinderte Jugendliche in Jugendeinrichtungen sind. Da gibt es schon Konflikte, wo man dann rechtsextremes Gedankengut spürt. Also Tendenzen der Abwertung von sozial Schwachen, die durchaus Anklang finden.

Interviewfrage 6

Für den Jugendbereich generell hat das sicher zugenommen. Ich denke da z. B. auch an Mobbing und Gewalt im Internet bzw. auf Handys. Was ganz konkret das rechtsextremistische Gewaltpotential anbetrifft, so lässt sich das schwer einschätzen.

Interviewfrage 7

Da gibt es eine Initiative der STZ gegen rechts. Die berichten auch auf eine bestimmte Art über rechte Straftaten. Da wird nur gesagt, dass es Straftaten gibt. Da muss nicht in der Zeitung stehen, dass dort und dort eine Reichskriegsflagge gezeigt wurde. Da steht nur: fünf rechtsextreme Straftaten. Da wird auch keine Region genannt. Diese Art von Anonymisierung hat sich bewährt, um keine Anhänger anzuziehen oder Aufmerksamkeit zu erzeugen. Insgesamt also kein Aktionismus. Aber auch kein Zweifel an der zentralen Botschaft: wir sind gegen rechtsextremes Gedankengut.

Interviewfragen 8 und 9

Wir müssen mehr aufklären und die Leute aufrütteln. Dabei können viele Organisationen noch mehr tun und vor allem kontinuierlich. Demos allein reichen nicht aus. Was uns konkret anbetrifft, sind wir ja eigentlich ständig mit solchen Problemen konfrontiert. Und da bieten wir schon einiges an. Das reicht von Antigewaltprogrammen bis hin zur Sensibilisierung von Jugendeinrichtungen für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Gedankengut. Deshalb stellen wir selbst auch zunehmend ganz konkrete Anforderungen an diesbezügliche Weiterbildungsveranstaltungen. Nur konkrete sozialräumliche Kenntnisse machen uns kompetent. Da brauchen wir weniger allgemeine Erkenntnisse; die helfen uns oft wenig vor Ort. Kurz: im Hinblick auf die wirksame Auseinandersetzung mit den Themen der Rechten hier vor Ort besteht noch Handlungsbedarf. Hier müssen wir noch zulegen.

Interviewfrage 10

Zwei Stichworte fallen mir hier zunächst ein: Nachhaltigkeit und weniger Aktionismus. Es muss ein Aktionsplan sein, der wirklich von allen Akteuren getragen und mit Leben erfüllt wird. Und das Ganze muss konkret und abrechenbar sein. Wir dürfen uns nicht blamieren. Einzelkämpfertum ist hier fehl am Platze. Wir müssen also genau überlegen, was wir den einzelnen Akteuren zumuten können und was wir von ihnen verlangen. Der LAP ist eine Art Nagelprobe für die Demokratie. Und da dürfen wir uns nicht blamieren. Da stehen alle in der Pflicht und das muss allen klar sein.

Interview Nr. 05:

Mitglied des SPD-Kreisvorstandes (S)

Interviewfrage 1

Solche Angsträume gibt es hier nicht.

Interviewfrage 2

Wir haben hier zwei ganz hartnäckige Vertreter der NPD. Die haben auch den Einzug in den Kreistag geschafft. Die haben einen intensiven Wahlkampf geführt und in manchen Dörfern der Rhön mehr Stimmen eingefahren als die SPD. Die sind noch relativ jung, so Mitte 20, intellektuell und engagiert. Das ist schon eine Herausforderung für das demokratische Immunsystem, so will ich das mal nennen. Es gibt öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, so um den 09.11. herum und zum Volkstrauertag. Gleichzeitig gibt es Infostände. Auch im Internet sind sie präsent. Und im Kreistag bringen sie regelmäßig Anträge und Anfragen ein. Zugleich sind die Rechten gut vernetzt und holen sich externen Sachverstand ein.

Interviewfragen 3 und 4

Das ist z. B. das Asylbewerberheim Ausländerwohnheim in Gerstungen. Da waren die Herren von der NPD auch vor Ort. Und haben dann im Kreistag versucht, damit Politik zu machen. Also so nach dem Motto: dafür wird zu viel Geld ausgegeben und dieses Geld fehlt uns beim Erhalt von Schulen und Turnhallen für unsere Kinder. Überhaupt konzentrieren die Rechten sich verstärkt auf das Thema Schule. Und dann ist da noch die so genannte demografische Katastrophe. Da werden nun wirklich massive Bedrohungsängste geschürt. So nach dem Motto: in 20 Jahren sind wir Deutschen im eigenen Lande in der Minderheit.

Und nicht vergessen darf man die gängige Parole: die etablierten Parteien haben versagt. Das findet durchaus eine gewisse Zustimmung in der Bevölkerung. Da ist ein schleichender Prozess zu beobachten, auch wenn man sich mit Bekannten unterhält. Also nicht bloß eine Außenseitermeinung.

Interviewfrage 5

Ich denke vor allem an Jugendliche in den so genannten prekären Lebenslagen. Oft haben sie keine gute Bildung, sind arbeitslos oder in wenig qualifizierten Bereichen tätig. Aber etwas anderes ist wichtig. Ich unterhalte mich oft mit Leuten. Und die bestätigen mir, dass die Leute von der NPD es sehr gut verstehen, ihre Parolen an den Mann zu bringen. Die bringen Dinge wirksam – aus ihrer Sicht natürlich – auf den Punktringen. Das machen die schon sehr geschickt.

Interviewfrage 6

Ich kann das schwer einschätzen. Ich wohne auf einem kleinen Dorf und da ticken die Uhren etwas anders. In Eisenach dagegen ist das sicherlich anders.

Interviewfrage 7

Ich finde schon, dass die Medien das ganz gut machen. Da wird nicht über jedes noch so kleine Ereignis mit rechtsextremem Hintergrund berichtet. Das wird außen vorgelassen. Und auch über die Aktivitäten der Rechten im Parlament wird nicht berichtet. Das bringt natürlich die Rechten auf die Barrikade. Die treiben eine regelrechte Medienschelte.

Interviewfrage 8

Im Zusammenhang mit diesem Engagement drängen sich schon einige Fragen auf. Ist Ignorieren z. B. wirklich richtig? Kann man so einfach sagen, dass wir die Anständigen sind? Man muss z. B. auch hinterfragen, warum unsere Gegenwehr nicht so erfolgreich ist. Nehmen Sie die Gegendemo in Vacha. Das war sicherlich kein Erfolg. Was also noch wichtiger ist: wir brauchen Gegenwehr mit mehr Zustimmung der einheimischen Bevölkerung. Mit welchen Aktionen macht man das? Muss es immer eine Gegendemo sein? Stellen Sie sich einmal das Bild vor: auf der einen Seite Gruppen, die lautstark durch die Straßen ziehen. Und diejenigen, gegen die man Gegenwehr organisiert, treten in Schlips und Kragen auf. Das ist schon oder kann für viele Bürger irritierend sein. Das Lautstarke muss nicht immer eine Werbung für die Demokratie sein. Das schreckt viele Bürger ab.

Interviewfragen 9 und 10

Durch unsere politische Arbeit sind wir natürlich präsent. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz wurde von uns maßgeblich mit initiiert und vorangetrieben. Insgesamt müssen die sprichwörtlichen dicken Bretter gebohrt werden. Da ist Langfristigkeit angesagt und kontinuierliches Arbeiten. Vor allem muss die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verstärkt werden. Ich denke da zum Beispiel – weil mich das selbst immer beeindruckt und geprägt hat – auch an Gedenkstättenpädagogik. Noch sind wir aber in der Findungsphase. Die anfängliche Begeisterung muss gehalten werden. Und vor allem muss sich die Basis verbreitern; wir brauchen noch mehr Mitstreiter.

Interview Nr. 06:

Bürgermeister einer Gemeinde und Kreistagsabgeordneter (GK)

Interviewfragen 1 und 2

Angsträume, wenn überhaupt, beziehen sich wohl mehr auf große Städte. Also z. B. möglicherweise auf Eisenach. Was mich beunruhigt, ist etwas anders. Das sind die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen. Da zeigt sich ein gefestigtes Wählerpotential, eine regelrechte Stammwählerschaft. Und die Aktiven und die Wortführer sitzen mittlerweile im Kreistag.

Interviewfrage 3

In der rechten Szene scheint man begriffen zu haben, dass man allein mit dem Thema Ausländer nicht punkten kann. Mittlerweile geht es vor allem um die Themen Schule, Jugend und soziale Probleme im weitesten Sinne. Und was da vorgetragen wird, ist durchaus durchdacht. Die informieren sich, schieben sich Begründungen aus anderen Kreisverbänden der NPD zu und mobilisieren externen Sachverstand.

Interviewfragen 4, 5 und 6

Offene Gewalt oder gewaltbereite Gruppen vermag ich nicht auszumachen. Auch hier dürfte etwas anderes viel brisanter sein. Es gibt durchaus eine Empfänglichkeit bzw. Akzeptanz rechtsextremer Sichtweisen. So z. B. bei Jugendlichen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden. Für die erscheinen die Rechten oft als „Aufbäumer“, als welche, die Widerstand leisten und zudem noch jung sind. Die kennen sich in Jugendszenen aus. So etwas spricht an. Und da gibt es natürlich auch ältere Leute. Dort speist sich die Ansprechbarkeit vor allem aus Enttäuschungen und dem Gefühl der Benachteiligung. So ein Gemisch nach dem Motto: alle etablierten Parteien haben versagt.

Interviewfrage 7

Es gibt keine Berichterstattung über das, was im Kreistag von den Rechten kommt. Auch über Aktivitäten in Städten und Gemeinden wird nicht berichtet. Das finde ich gut. Die Rechten bekommen dadurch keine Bühne. Denn es wäre aus meiner Sicht falsch, durch eine übertriebene Berichterstattung den Rechten ein Publikum zu verschaffen. Aber nur ignorieren geht auf die Dauer natürlich auch nicht. Hierzu müsste man sich einmal grundsätzlich verständigen. Vielleicht wäre das schon ein Thema für den Aktionsplan und unser gemeinsames Bündnis.

Interviewfrage 8

Die geeigneten Mittel zu finden, um den Rechtsextremen wirkungsvoll begegnen zu können, ist eine wirkliche Herausforderung. Da sind wir doch bislang eher Reagierende. Generell brauchen wir eine Verständigung darüber, wie wir noch gezielter und nachhaltiger agieren können. Mit welchen Schwerpunkten wollen wir das tun? Da besteht noch zu wenig Klarheit und Einheitlichkeit in der Strategie.

Interviewfrage 9

Einen wachen Blick für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus haben. Das ist ein Teil meiner Verantwortung als Bürgermeister. Für mich heißt das zum Beispiel, sich um die Belange von Jugendlichen zu kümmern. Dass ich mit ihnen das Gespräch suche. Und da merkt man dann sehr schnell, dass man gute Argumente braucht, um dem Anspruch der Rechten „Die Rechten haben Recht“ begegnen zu können. Um denen das Wasser abzugraben, reichen bloße Rhetorik und Rituale nicht aus. Da bedarf es einer durchdachten Kommunalpolitik in der erlebbar wird, dass wir etwas z. B. für Jugendliche tun.

Interviewfrage 10

Ein Konzept muss her, das z. B. Standards formuliert, wie wir die Auseinandersetzung führen wollen. Wie geht man mit einer Partei um, die zwar antidemokratische Ideen vertritt, aber dennoch gewählte Vertreter im Parlament hat? Die Teilnehmer des Aktionsplanes müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Das heißt aber auch, dass man eigene Profilierungswünsche hinten an stellt. Selbstdarstellung ist da fehl am Platze. Keine Alleingänge und sich an Absprachen halten. Hier muss Kultur eingeübt werden. Und wir brauchen Ideen, wie wir Sympathisanten der Rechten zurückgewinnen können.

Interview Nr. 07:

Leiterin einer sozialen Einrichtung in Bad Salzungen (LS)

Interviewfragen 1 und 2

Solche Räume und Treffpunkte oder sogar Hochburgen sind mir persönlich nicht bekannt. Ab und zu hört man einmal etwas, so z. B. von Leimbach oder der Leimbacher Straße hier in Bad Salzungen. Aber wie gesagt, da kann ich wenig dazu sagen.

Interviewfrage 3

Das ist immer besonders vor Wahlen ausgeprägt. Da stehen die dann vor den Kaufhallen als Gentleman, gut gekleidet und versuchen ihr Gedankengut an den Mann zu bringen. Solche Themen sind z. B. Hartz IV und Rente. Das sind Themen in der Bevölkerung, die heiß diskutiert werden. Viele fühlen sich ungerecht behandelt. So nach dem Motto: es muss ja einem erst schlecht gehen oder Aussiedler sein, ehe man hier Hilfe bekommt. Da ist eine hohe Unzufriedenheit spürbar, an der die Rechten anknüpfen.

Interviewfragen 4 und 5

Ja, das sind die in irgendeiner Form Benachteiligten. Die wir eigentlich auffangen müssten und die Hilfe bräuchten. Und diese Gruppen versuchen die Rechten zu ködern. Eine Zielgruppe – da kenne ich mich ziemlich gut aus – sind die Senioren. Denn da gibt es doch einige, die Auffassungen vertreten, die inhaltliche Berührungspunkte zu den Rechten aufweisen. Die sind da ganz rigoros. So z. B. auch in der Abwertung von Hartz-IV-Empfängern. Die sagen dann z. B. „wer arbeiten will, der findet auch Arbeit“. Die bekommen Geld und tun nichts. Warum geht man eigentlich arbeiten, wenn man dann kaum mehr hat als jene, die ihr Geld vom Amt bekommen. Daran knüpfen die

Rechtsextremen an, weil sie eine Wertschätzung von Arbeit propagieren. Ich hatte erst vor kurzem ein Gespräch mit einer Rentnerin. Die hat ihr ganzes Leben hart gearbeitet. Kriegt jetzt knapp 650 Euro Rente und hat noch zwei Nebenjobs, um über die Runden zu kommen. Und das mit 70 Jahren. Wenn die erzählt, dann beginnt das große Geschimpfe und die Wut unter den anderen Zuhörern. Da kann man oft schwer dagegen halten. Und da greifen dann die rechten Parolen.

Interviewfrage 6

Gewaltbereitschaft ist sicherlich noch vorhanden, auch wenn sich das schwer einschätzen lässt. Im Stadtbild hat sich das schon geändert. Springerstiefel usw. sieht man kaum noch. Da fallen doch Schmierereien mehr auf. Eine Form von Vandalismus, die aber nicht unbedingt einen rechtsextremen Hintergrund hat.

Interviewfrage 7

Mein Eindruck ist, dass nur zu bestimmten Anlässen berichtet wird. Ich denke, da sollte aber kontinuierlicher berichtet werden. Immerhin ist das ein Thema, das uns alle angeht. Hier wünsche ich mir eine kontinuierlichere Auseinandersetzung. Und nicht erst dann berichten, wenn die Rechten im Anmarsch sind. Oder sogar alles ignorieren, was ich als grundlegend falsch erachte.

Interviewfrage 9

Beispielsweise durch Sprechstunden für Spätaussiedler. Gleichzeitig leisten wir ganz konkrete Aufklärungsarbeit. So zum Beispiel bei unseren Rentner, die oft schlecht informiert sind und dadurch viele falsche Vorstellungen von dem haben, wie es Aussiedlern geht. Da wird vieles einfach so geschwätzt. Und das versuchen wir zu korrigieren. Das ist wichtig, weil ja die Rechten oft an solchen Vorurteilen anknüpfen.

Interviewfragen 8 und 10

Vor allem erwarte ich neue Impulse für eine bessere Integration und eine Kultur des Miteinanders. Wo man voneinander lernt, wo man Berührungsängste abbauen kann. Und es braucht abgestimmter Programme für unterschiedliche Zielgruppen. Da gibt es schon gute Ansätze und auch das typische Konkurrenzdenken zwischen einzelnen Akteuren ist in den letzten Jahren schon weniger geworden. Grundsätzlich muss man sagen, dass – im Vergleich zu Weimar oder auch Erfurt – wir hier weniger vom Rechtsextremismus betroffen sind. Aber das hat durchaus Gründe. Für mich der wichtigste Grund ist, dass es unter den etablierten Parteien doch eine gemeinsame Grundposition zu dieser Thematik gibt. Das hat was mit dem demokratischen Bekenntnis gegen rechts zu tun. Und das lässt sich weiter ausbauen. Da wird, da bin ich mir sicher, der LAP eine wertvolle Hilfe sein. Und, auch wenn ich mich wiederhole, wir müssen uns stärker den Senioren widmen.

Interview Nr. 08:

Vorsitzende eines Sozialverbandes (SV)

Interviewfragen 1 und 2

Angsträume kenne ich persönlich nicht. Was die Aktivitäten der Rechten anbetrifft, da fallen mir die Versuche ein, z. B. Material für Jugendliche in den Schulen zu verteilen. Auch der Wartburgkreisbote lag schon in meinem Briefkasten. Und nicht zu vergessen sind natürlich die Aufmärsche zum Volkstrauertag. Da wird viel über Heldentum räsoniert. Auch in Vacha formiert man sich zum 09.11., was vor dem Hintergrund eines jüdischen Friedhofes schon eine Provokation ist. In Leimbach gab es mal eine Gruppe, aber das ist wohl vorbei.

Interviewfrage 3

Da spielen soziale Themen schon eine wichtige Rolle. Bei manchem Flugblatt dachte ich im ersten Moment, dass das von den Linken kommt. Aber dann wird schnell deutlich, um was es geht. Da wird dafür plädiert, dass z. B. ausländische Mitbürger keine sozialen Leistungen bekommen. Mittlerweile haben sie auch den Sprung in den Kreistag geschafft. Aber da kenne ich mich nicht so aus.

Interviewfragen 4 und 5

Es gibt natürlich Menschen, die dafür empfänglich sind. Da sind zunächst einmal ältere Menschen. Da gibt es schon solche Sprüche wie „das hätte es früher nicht gegeben“. Und dann gibt es Gruppen, die oft in einer sehr schwierigen sozialen Situation sind. Und die springen dann natürlich auf solche Parolen an, dass – wenn man z. B. Geld bei den Ausländern spart – irgendwie alles besser würde. Aber ich muss auch sagen, dass wir uns mit manchen Themen auch schwer tun und sie den Rechten überlassen. Nehmen wir mal die Formulierung „Ich bin stolz auf unser Land“. Da muss man aufpassen, dass man da nicht gleich in die rechte Ecke gestellt wird. Ich selbst bin stolz darauf, was wir hier alles geleistet haben. Und das muss man doch sagen können. Wir sollten das den Rechten nicht überlassen. Wir sollten den Inhalt von „Stolz“ selbst definieren. Wenn wir das machen, dann würde der eine oder andere vielleicht nicht zu den Rechten wechseln. Und dann würde sogar die Demokratie gestärkt werden.

Interviewfrage 6

Da lassen sich schon Veränderungen ausmachen. Ich habe es selbst erlebt was es heißt, Angst vor den Rechten zu haben. 1992 war ich Zeuge, wie eine Gruppe von Rechten aufmarschiert ist. Die haben einen jungen Mann gesucht, einen Linken. Die haben die ganze Familie zusammengeschlagen und gedroht, dass Kind der jungen Familie umzubringen. Da wurde gegrölt und man hatte eine Art Uniform an. Diese offene Gewalt gibt es heute hier nicht mehr. Die Rechten treten da mit Schlips und Anzug auf. Da erkennt man im ersten Moment gar nicht, dass es sich um Rechtsextreme handelt.

Interviewfrage 7

Ausgewogen ja, aber sicherlich nicht genügend. Greifen von selbst nicht die Thematik auf. Ich halte das für falsch. Ignorieren und nicht darüber berichten, hat doch nichts gebracht. Man muss

sich auseinandersetzen, nur dann kann man was erreichen. Mich bewegt z. B., was gerade junge Leute so zwischen 18 und Mitte 20 zu den Rechten zieht. Darüber muss man sich doch unterhalten. Und mit einigen kann man durchaus ins Gespräch kommen. Also mehr inhaltliche Auseinandersetzung auch in der Presse.

Interviewfrage 8

Da würde ich mir mehr Leidenschaft und inhaltliche Auseinandersetzung wünschen. Vor allem, wie ich schon andeutet habe, eine Verständigung darüber, wie wir Möglichkeiten entwickeln können, um an Zweifler in der rechten Szene heran zu kommen. Denn die sind doch keine homogene Gruppe.

Interviewfrage 9

Wir machen Betreuungsbesuche. Da kommen wir oft ins Gespräch und werden da schon mit Sichtweisen konfrontiert, die nicht gerade demokratisch sind. Da suchen wir schon die Auseinandersetzung und kneifen nicht. Auch wenn das natürlich nicht im Vordergrund steht.

Interviewfrage 10

Da habe ich schon klare Vorstellungen. Da muss manches neu durchdacht werden. Und vor allem muss es weiter und besser gelingen, der Mehrheit deutlich zu machen, dass es sich bei den Rechten um ein bedenkliches Potential handelt. Und das gerade deshalb gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte erforderlich ist. Da gibt es doch ganz andere Themen, als z. B. nach Linksradikalen zu suchen. Einige habe ich angedeutet. Menschen wollen Wurzeln, Stolz und eine Identität haben. Die Rechten haben das begriffen und appellieren daran, so an Heimat und Nation. Aber wir sollten den Menschen Wurzeln geben und den Rechten diese Begriffe aus der Hand nehmen. Wie machen wir das? – das würde ich zum Beispiel im Bündnis für „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ diskutieren.

Interview Nr. 09:

Mitarbeiterin der Ausländerbehörde des Wartburgkreises (AB)

Interviewfragen 1 und 2

Vor Jahren gab es sicherlich solche Orte. Doch das Erscheinungsbild in der Szene hat sich gewandelt. An der Kleidung kann man eine rechtsextremistische Gesinnung heute nicht mehr festmachen. Da hat sich der Zwirn ganz schön gewandelt. Und trotzdem findet natürlich Ausgrenzung statt. Nur viel subtiler, feinmaschiger. Da gibt es Läden, die signalisieren das Ausländern schon. So mit Aufklebern wie Black out – Get out. Und da wird schon einmal eine Dunkelhäutige gefragt, ob sie denn das nicht verstanden hätte. Auch in Fitnessstudios oder bei Securityfirmen kann man solche Tendenzen beobachten. Aber dass es nun Straßenzüge gibt, wo Angst herrscht, das gibt es sicherlich nicht.

Interviewfrage 3

So richtig habe ich das nicht verfolgt. Dass die Rechten aber im Gespräch bei der Bevölkerung sind und offenkundig Anklang finden, zeigt sich schon bei den Ergebnissen der Wahlen. In

Barchfeld war es z. B. ganz schön krass, wie viele Stimmen – gerade von jungen Leuten – die Rechten da bekommen haben.

Interviewfragen 4 und 5

Man kann das an jedem Stammtisch festmachen. Abgewertet werden vor allem Ausländer und oft auch sozial Schwache. Das fällt mir vor allem bei der älteren Generation auf. Da spürt man schon die Abwertung von Ausländern, Homosexuellen. Wie können Männer zusammenleben und sogar ein Kind adoptieren? Was man da hört, darüber bin ich schon ziemlich erschrocken. Da wird offenkundig aber auch viel von Generation zu Generation weiter gegeben. Und anfällig für rechtsextreme Parolen sind natürlich jene, die in prekären Lebenssituationen sind. Das merke ich immer wieder. Da ist viel Voreingenommenheit, wenig Kenntnis. Vielleicht hat das mit unserem ländlichen Raum zu tun: vorgefasste Meinungen, wenig Kontakte mit anderen Lebensstilen. Da wird Normalität schon einmal ganz eng definiert, was dann wiederum sehr schnell in Abwertung umschlagen kann. Und das kommt den Rechten zu gute.

Interviewfrage 6

Das kann ich schwer einschätzen. Nach meinen Empfindungen ist das alles viel subtiler geworden. Man gibt Zeitungen heraus, ist in Sportvereinen usw. präsent. Die Argumente der Rechten erscheinen so offenkundig normal, dass sie Anklang finden. Da bedarf es offener Gewalt offenkundig nicht. Da sind Masken der Friedfertigkeit und die dahinter stehenden Absichten sind nicht so offenkundig erkennbar. Da ist doch blanke Gewalt viel eindeutiger.

Interviewfrage 7

Die hat natürlich eine große Verantwortung. Wie schnell ist, wenn man nicht sachkundig informiert, eine Meinung erzeugt. Da muss, denke ich, manchmal noch ausgewogener und differenzierter berichtet werden. So z. B. wenn über Schicksale von Asylbewerbern berichtet wird. Aber insgesamt gesehen hat die Presse viel gelernt und macht ihren Job doch recht gut.

Interviewfrage 9

Wir sind ja eine nur kleine Behörde. Die Zahl der ausländischen Mitbürger ist überschaubar. Und die werden durch uns zunächst einmal fach- und sachkundig beraten und bekommen Unterstützung. Allein dadurch leisten wir einen Beitrag zur besseren Integration und zum Abbau von Vorurteilen. Gleichzeitig versuchen wir aber, auch noch mehr zu machen. Wir sind Teil des Netzwerkes Integration im Wartburgkreis. Da organisieren wir Interkulturelle Wochen, Wanderausstellungen usw.. Vor allem geht es aber darum, das Netzwerk selbst zu verbreitern. Und das heißt, gerade die ausländischen Mitbürger noch stärker mit einzubeziehen. Die haben ja ihre eigenen Netzwerke – ob nun die Vietnamesen, Türken oder Aussiedler. Da ist schwer ranzukommen. Und da stehen wir noch am Anfang.

Interviewfragen 8 und 10

Wir werden an den Werkstätten im Rahmen des LAP teilnehmen. Hoffen auf weniger Bürokratie, so dass wir rasch reagieren können und gute Ideen unkompliziert umsetzen können. Und ein schlagkräftiges Bündnis muss natürlich prinzipielle Dinge klären. Zum Beispiel, was wir unter Integration verstehen wollen. Ist jemand integriert, wenn er deutsch genug ist oder verstehen wir darunter etwas anders? Da würde ich schon gern im Bündnis diskutieren. Wenigstens im Bündnis sollte hier Klarheit bestehen.

Interview Nr. 10:

Direktorin einer Grundschule (GS)

Interviewfragen 1 und 2

So etwas ist mit nicht bekannt. Werbekampagnen fallen mir da schon eher auf. Und dass es oft junge gutgekleidete Leute sind. Präsent ist man zudem bei bestimmten Anlässen, so z. B. beim Volkstrauertag. Der wird benutzt, um Aufmerksamkeit zu gewinnen und sich ins Gespräch zu bringen.

Interviewfragen 3 und 4

Das sind Arbeitslosigkeit und Hartz IV. Und natürlich die sogenannte Ausländerproblematik. Wie weit solche Mentalitäten der Rechten oft verbreitet sind, zeigt sich z. B. darin, dass da ausgegrenzt wird. Da wird schon darauf geachtet, dass Kinder nicht in unsere Schule eingeschult werden, nur weil es dort Aussiedlerkinder gibt. Anfällig sind oft jene Gruppen, die keine Lobby haben. Und wenn da jemand kommt, wo ich den Eindruck habe, dass die mich ernst nehmen, dann kann man da schon Einfluss gewinnen. Das birgt Gefahren in sich. Da müsste man mehr präventiv wirken.

Interviewfragen 5 und 6

Da weiß ich insgesamt zu wenig. Ich habe kaum Kontakt zu solchen Milieus. Und da ist vieles sehr verdeckt.

Interviewfrage 9

Mit Rechtsextremismus haben wir direkt wenig zu tun. Da sind unsere Kinder noch zu klein. Wir machen aber viel auf dem Gebiet der Gewaltprävention. Uns geht es dabei darum, sie gegen Gewalt zu wappnen. Das verstehen wir hier unter zivilgesellschaftlichem Engagement.

Interviewfrage 10

Der LAP sollte gerade den Kindern große Aufmerksamkeit widmen. Nur starke Kinder werden starke Erwachsene, die gegen Intoleranz immun sind. Dafür müssen wir Angebote schaffen. Und da geht es weniger um einzelne große Veranstaltungen. Da muss mehr Kontinuität entstehen. Was wir brauchen, ist ein verlässliches und stabiles Umfeld. Wo man sich wohlfühlen kann und wo man eingebunden ist. Diese Erkenntnis müsste weiter gefördert werden. Und es wäre schön, wenn wir im Rahmen des lokalen Aktionsplanes darüber diskutieren könnten. Wie schaffen wir gelebte Toleranz? Das ist für mich eine zentrale Frage.

Interview Nr. 11:

Leitender Mitarbeiter eines Freien Trägers der Jugendhilfe (JH)

Interviewfragen 1 und 2

Solche Angsträume sind mir nicht bekannt. Besondere Aktivitäten und regionale Schwerpunkte sind dagegen schon zu erkennen. Wenn man von den Wahlen ausgeht, dann dürfte vor allem Bernshausen eine Rolle spielen. Soviel wie ich weiß, haben hier über 15 % rechts gewählt. Da kann man schon von einer Hochburg sprechen. Da hängt sicherlich auch damit zusammen, dass dort Mandatsträger der NPD wohnen.

Interviewfrage 3

Die versuchen vor allem, mit regionalen Themen zu punkten. Da wird natürlich auch an bestimmten Versäumnissen oder einem gewissen Unvermögen etablierter Lokalpolitik angesetzt. Das fing vor ein paar Jahren mit Abwasserproblematik an. Heute sind noch weitere soziale Themen dazu gekommen. Ein Schwerpunkt ist da z. B. die Schulproblematik, einschließlich des Schulessens. Und nicht zu vergessen natürlich das vermeintliche Ausländerproblem, wo fleißig Vorbehalte geschürt werden. Also in der Art, dass das alles Kriminelle sind. Da merkt man insgesamt zunehmend den Anspruch der Rechten, die Gesellschaft aktiv zu verändern. Das sind z. T. sehr junge Leute, die zunächst mal wenig mit den Schlägertypen von früher zu tun haben. Das sind Saubermänner, intellektuell und politikinteressiert.

Interviewfragen 4 und 5

Ich beobachte, dass bestimmte „Tabuworte“ wieder in Mode kommen. Das Wort Neger zum Beispiel oder die Abwertung von Juden. Da war man früher schon mal sensibler. Auch wenn das nicht immer einen rassistischen Hintergrund haben muss, manchmal eher unreflektiert oder auch aus einer gewissen Unbedarftheit heraus passiert. Aber da scheint sich insgesamt etwas zu verschieben. Und zwar nicht nur begrenzt auf bestimmte Gruppen, sondern im Hinblick auf alle Gesellschaftsschichten. Das betrifft auch die Abwertung ausländischer Mitbürger.

Interviewfrage 6

Das kann ich schlecht einschätzen. Da bin ich zu wenig informiert. Ich glaube aber nicht, dass es hier ständig gewalttätige Auseinandersetzungen gibt.

Interviewfrage 7

Zu viel wird sicherlich nicht berichtet. Ganz offenkundig will man den Rechten wohl mit ihren Themen nicht zu viel Aufmerksamkeit zukommen lassen. Ich halte das nicht unbedingt für sinnvoll. Solche Aktionen wie „Nazis raus“ sind mir zu plakativ und haben selbst schon manchmal Stammtischniveau. Da würde ich auch von der Presse mehr Argumentationshilfe und Tatsachenreichtum. Also z. B. einmal deutlich machen, wie viele Ausländer es denn nun wirklich in Thüringen gibt und dass da von Überfremdung nun wirklich nicht zu reden ist.

Interviewfrage 8

Mir fällt auf, dass es da oft Ressentiments gibt unter den Leuten, die bei solchen Aktivitäten mitmachen. So zum Beispiel gegenüber den Linken. Da sind sich viele, die eigentlich engagiert sind, einfach nicht grün. Da ist immer die These, dass wenn wir etwas gegenüber den Rechtsextremen tun, dann müsse das doch auch gegenüber den Linksextremisten gelten. Wenn ich über Aktivitäten gegen rechts berichte, muss ich mir immer das anhören. Das ist ein richtiges Totschlagargument. Da werden aber Dinge vermischt, die nicht zu einer effektiven Zusammenarbeit beitragen. Freilich müssen die Voraussetzungen für Zusammenarbeit und Engagement geklärt werden. Das läuft in anderen Kreisen schon viel besser. Da ist man schon viel weiter. Hier besteht bei uns in dieser Hinsicht noch erheblicher Klärungsbedarf.

Interviewfrage 9

Das ist unterschiedlich. Wir bieten, mit Unterstützung von anderen Einrichtungen des Landes, Bildungsveranstaltungen an. Ansonsten ist unser eigener Beitrag bislang etwas dürftig. Da bin ich bei uns der Einzige, der an diesem Thema wirklich dran ist. Schon allein dadurch, weil ich mit Jugendlichen arbeite. Was nicht heißt, dass Rechtsextremismus ein Jugendthema ist. Da biete ich den Schulen entsprechende Veranstaltungen an. Aber insgesamt müssen wir hier noch zulegen. Unsere Verantwortung geht ja über seelsorgerische Arbeit hinaus, das kann man ja nicht strikt voneinander trennen. Da wäre es hilfreich, wenn wir uns auf Themen verständigen könnten, für die wir uns besonders kompetent fühlen.

Interviewfrage 10

Ich erwarte vor allem, dass wir uns über eine angemessene Diskussionskultur verständigen. Die Rechten zu verteufeln, dass ist das eine. Warum hört man denen aber zu? Gegen Rechtsextremismus zu sein, klingt immer wieder gut. Das ist aber manchmal auch die Botschaft, dass es da Akteure gibt, die das schon irgendwie machen. Wir brauchen aber die Unterstützung der Bürger. Das wiederum setzt voraus, dass die Bürger auch zur Sprache kommen. Also nicht nur ins Gespräch kommen, sondern auch zur Sprache kommen lassen! Jeder hat doch schon seine Erfahrungen gemacht. Auch ich, und nicht nur gute z. B. mit ausländischen Mitbürgern. Aber über solche Erfahrungen muss man doch sprechen dürfen. Da beobachte ich oft die Angst und die Frage, ob man das denn sagen dürfe. Ich kann ja mit Argumenten auch die Leute platt machen, kann sie verängstigen. Ich merke das deutlich bei Gesprächen im Bekanntenkreis. Das Thema Rechts ist da fast ein Tabu. Da klingt man sich aus oder signalisiert, dass man seine Meinung nicht sagt. Aber wenn sich die Leute abschotten, nicht über ihre Ängste und Erfahrungen reden, wie wollen wir dann Einsichten verändern und mehr Menschen mobilisieren? Darüber würde ich gern einen Meinungsaustausch führen. Darin sehe ich übrigens eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des lokalen Aktionsplanes.

Interview Nr. 12:

Bürgermeister einer Stadt im Wartburgkreis (BW)

Interviewfragen 1 und 2

Solche Angsträume sind bei uns, soweit ich das einschätzen kann, nicht vorhanden bzw. wahrnehmbar. Auch was die so genannten Erlebniswelten angeht, dürfte das eher marginal sein.

Zwar dürfte es einige Textilgeschäfte geben, die Marken vertreiben, die für die Rechte Szene von Interesse sind – aber das ist wohl eher die Ausnahme. Im Raum Bad Salzungen, genauer in einer Nachbargemeinde, wohnt der Kreisvorsitzende der NPD. Da entwickelt sich so eine Art Treffpunkt, weil sich dort Anhänger der Rechten öfters sammeln. Aber im Sinne von Hochburgen würde ich das alles nicht einordnen.

Interviewfrage 3

Also dieses Ringen um gesellschaftlichen Einfluss – das haben wir auch wahrgenommen. Es gibt von Zeit zu Zeit z. B. Infostände in der Nähe von Einkaufszentren. Dort tritt man sehr „gepflegt“ auf. So wie der nette Nachbar von nebenan. Und die verstehen es durchaus, sich zu präsentieren. Einige haben studiert, sind gebildet. Die Zeit der Springerstiefel ist vorbei. Besonders aktiv sind die Rechten im Kreistag. Dort werden Themen in die Debatte geworfen, die eine soziale Dimension haben und zugleich populistisch sind: in jeder kleinen Gemeinde einen Einkaufsladen, frisches Obst in den Grundschulen oder Überprüfung von Kindergärten und Schulen auf chemische Belastungen. Oder man fordert den Abriss leer stehender Häuser, die das Stadtbild verschandeln. Gleichzeitig greifen sie bestimmte Ereignisse auf, um sich öffentlich zu zeigen. So, wenn z. B. Bundeswehrsoldaten gefallen sind. Da gibt es Schweigemärsche. Auch der Volkstrauertag wird als Heldengedenktag missbraucht. Insgesamt gesehen habe ich den Eindruck, dass die NPD versucht, sich als „unverbraucht“ darzustellen und sich als Gegensatz zu den so genannten „Etablierten“ zu präsentieren. Das kann und kommt gerade bei Jugendlichen offenkundig recht gut an.

Interviewfragen 4 und 5

Einen solchen Zusammenhang gibt es. So musste z. B. der Landkreis die Entscheidung treffen, eine Schule in einer kleinen Gemeinde zu schließen. Da haben sich die Rechten an die Seite der betroffenen Eltern gestellt. Besonders deutlich wird das natürlich auch bei Wahlen und der Zustimmung, die man da von der Bevölkerung bekommt. Immerhin war diese Zustimmung so groß, dass man in den Kreistag eingezogen ist. Und hätten die Rechten auch in unserer Stadt Kandidaten aufgestellt, dann wären sie mit Sicherheit auch in den Stadtrat eingezogen. Es ist zu befürchten, dass sie das beim nächsten Mal schaffen werden – wenn nicht die Bevölkerung über deren wahren Ziele aufgeklärt wird. Das ist eine große demokratische Herausforderung.

Interviewfrage 6

Das lässt sich schwer einschätzen. Aus unserer Sicht hat es nicht zugenommen. Das heißt nicht, dass dieses Gewaltpotential nicht vorhanden ist. Aber offen zum Ausdruck kommt es nicht. Sicherlich gab es da auch schon mal im Rahmen eines Stadtfestes Auseinandersetzungen zwischen Aussiedlern und Einheimischen. Das hatte aber keinen ausländerfeindlichen Hintergrund, sondern bewegte sich mehr im Kontext von Alkohol und der damit oft verbundenen Aggressivität. Aber selbst das ist nicht typisch für unsere Stadt.

Interviewfrage 8

Bei sämtlichen Bündnissen und Initiativen sehe ich ein großes Problem. Die relevanten Akteure stehen unter großer Zeitnot. Viele, ob nun Stadträte oder Bürgermeister, übernehmen diese wichtigen Aufgaben zusätzlich. Das geht auf Dauer an die Substanz. Es fehlt an engagierten Bürgern, denen man auch einmal die Leitung übergeben kann und selbst nur begleitend wirkt. Freilich sind wir ein Stück daran auch selbst schuld. Zurzeit wird ja ein neues Bündnis für Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit auf den Weg gebracht. Bei der Auftaktveranstaltung

waren viele interessierte Bürger anwesend. Und was passiert? Da wird erst einmal langatmig um den Namen des Bündnisses gestritten und das typische Parteiengezänk ausgetragen. Da wurden Bürger so vergrault, dass viele gesagt haben: das muss ich mir nicht antun, da gehe ich nicht noch mal hin. Nun gut, bei der nächsten Veranstaltung hat sich das Klima schon gebessert. Aber es zeigt sich, wie schwer man sich offenkundig tut, selbst bündnisfähig zu sein. Doch daran führt kein Weg vorbei, wenn wir das neue Bündnis auf breite Schultern stellen wollen.
Und was konkreten Handlungsbedarf betrifft, kann ich nur immer wieder betonen: Die wichtigste Zielgruppe der NPD im Landkreis sind nach meiner Beobachtung junge Leute. Da tauchen die Werber der NPD z. B. vor dem Gymnasium auf und verteilen CDs. Oder man klickt sich auf die Internetplattform ein und wirbt dort. Gerade vor diesem Hintergrund wäre die Beschäftigung mit geschichtlichen Themen besonders wichtig, um gerade Jugendliche zu immunisieren. Da haben wir die vorhandenen Möglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Ich denke da z. B. an den Volksbund Kriegsgräberfürsorge. Dort gibt es ein Internetforum, das helfen soll, den gefallenen oder verschollenen Menschen ein Gesicht zu geben. Eine Erinnerungsarbeit, die an das Schrecken erinnern will und die für eine demokratische Zukunft unverzichtbar ist. Hier sehe ich ein zivilgesellschaftliches Potential im Kampf gegen rechtsextremistisches Gedankengut. Und gerade weil hier die neuen Medien genutzt werden, könnte das für junge Leute von Interesse sein und sie zu aktiven Mitstreitern werden lassen.

Interviewfrage 9

Wir engagieren uns z. B. sehr stark bei geschichtlichen Themen. So haben wir ein Gedenkbuch über jene 49 jüdischen Bürger herausgegeben, die deportiert und in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Auf diese Weise geben wir dem Grauen der NS-Zeit ein Gesicht. Zugleich beteiligen wir uns tatkräftig an der Aktion Stolpersteine. Da stehen wir erst am Anfang. Das wäre übrigens auch ein Projekt, an dem sich junge Leute stärker beteiligen könnten. Hier würde ich mir auch konkrete Unterstützung vom LAP wünschen. Ich denke da an Schulprojekte und Gedenkstättenpädagogik. Gerade vor dem Hintergrund, dass die NPD im nächsten Jahr hier ihr Landesjugendtreffen abhalten will, sind wir gefordert. Und nicht zu vergessen ist natürlich, dass vor allem eine gute und durchdachte Kommunalpolitik, die sich der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger verpflichtet fühlt und sich deren Sorgen annimmt, Demokratie fördernd ist. Das gräbt den Rechten das Wasser ab.

Interviewfragen 7 und 10

Natürlich, insbesondere erhoffe ich mir Anregungen, wie man den populistischen Anträgen der NPD besser entgegen treten kann – und zwar mit Argumenten. Manchmal denkt man bei den von der NPD eingebrachten Beschlussvorlagen: warum sind wir eigentlich nicht auf diese Ideen gekommen? Irgendwie haben die durchaus ein Gespür dafür, was die Menschen bewegt.
Ich hatte ja schon angedeutet, dass man dabei ziemlich professionell vorgeht. Der Wartburgkreisbote der NPD erreicht eine beachtliche Anzahl von Bürgern. Da wird eine Sprache gesprochen, die durchaus anspricht. Wie kann man dieser Beeinflussung begegnen, wenn nur noch 30 % der Bevölkerung eine Tageszeitung haben? Dafür brauchen wir Ideen. Unser Wartburgkreisjournal ist z. B. nicht gerade ein Paradebeispiel für offensive und ansprechende Medienarbeit. Das ist doch eher stinklangweilig. Deshalb nochmals: wir brauchen neue und vor allem wirksame Methoden der politischen Kommunikation mit den Bürgern. Gerade das Problembewusstsein im Hinblick auf die wahren Ziele der NPD ist bei vielen Bürgern nämlich nicht besonders ausgeprägt. Da herrscht doch oft die Meinung: das ist doch alles nicht so schlimm. Wie lässt sich diese Sichtweise korrigieren? Da wünsche ich mir einen regen Gedankenaustausch.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

Und wenn wir da keine Antworten finden, werden die Argumente der Rechten Spuren in der Bevölkerung hinterlassen, die die Hemmschwellen weiter senken werden, rechts zu wählen.

Interview Nr. 13:

Vorsitzender einer Verwaltungsgemeinschaft (VG)

Interviewfragen 1 und 2

Solche extremen Auswüchse im Sinne von Angsträumen oder Hochburgen haben wir nicht. Das heißt nicht, dass es nicht Personen gibt, die solche Ansichten vertreten. Aber die erkennt man nicht unbedingt an Springerstiefel oder an irgendwelchen typischen Symbolen. Das kommt doch eher schleichend daher. Man merkt das z. B. deutlich in normalen Alltagsgesprächen. Da gibt es die Kommentare gegen bestimmte Gruppen, da werden Judenwitze wieder rausgeholt. Oder ich erlebe es, dass man in einer Versammlung mit solchen Formulierungen wie „das hätte es 33 nicht gegeben“ konfrontiert wird. Wie geht man dagegen an? Da gibt es schon eine große Unsicherheit, solchen Äußerungen zu begegnen.

Interviewfrage 3

Man versucht, den Bürgern einfache Antworten für komplizierte Probleme zu vermitteln. Antworten, die dann jeder versteht und beim Bürger dann die Frage aufkommt: wenn das so einfach ist, warum machen dann die Politiker das nicht? Und viele, die vielleicht schon lange arbeitslos sind, springen natürlich auf solche einfachen Antworten – wie z. B. Arbeit für Deutsche. Einfache Antworten sind dann natürlich auch bequem, weil man sich hinter ihnen trefflich verstecken kann und sich den eigenen Versäumnissen nicht zu stellen braucht. Also mangelnder Ausbildungsreife oder geringer Qualifikation. Aber wie auch immer: man darf die Themen nicht den Rechten überlassen. Und vor allem selbst rechtzeitig Themen ins Spiel bringen. Man muss sich das mal vorstellen: da machen die Rechten – nicht die demokratischen Kräfte – den Vorschlag für ein Kinderparlament. Da sieht man erst einmal alt aus.

Interviewfragen 4, 5 und 6

Die Aktivitäten finden durchaus Anklang und sind nicht unbedingt auf bestimmte Gruppen begrenzt. Das zieht sich schon durch alle Gesellschaftsschichten hindurch. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass wir es bei den Rechtsextremen nicht mit einem losen Haufen zu tun haben. Da ist schon Struktur und die haben natürlich auch ihre Köpfe. Und die wissen durchaus, wie man Botschaften unters Volk bringt. Da wird natürlich oft auch das Gefühl vermittelt, dass man gebraucht wird und Anerkennung bekommt. Eine Anerkennung, die der eine oder andere eben nicht von der Gesellschaft, in der Arbeit oder von der Familie erhält. Das Gewaltpotential lässt sich dagegen schwer einschätzen. Offen gewaltbereite Gruppen jedenfalls agieren hier nicht.

Interviewfrage 7

Das ist eine schwierige Herausforderung. Es geht um den Spagat zwischen Information und den Rechten keine Plattform zu geben. Ich weiß, dass sich manche eine ständige Auseinandersetzung wünschen. Ich finde aber, die lokalen Medien machen das ganz gut und haben die richtige Balance gefunden. Totgeschwiegen wird das Thema Rechtsextremismus jedenfalls nicht.

Interviewfrage 9

Meine Pflicht ist es aufzuklären. Damit meine ich, den Tendenzen der Verharmlosung und der Verherrlichung der NS-Zeit zu begegnen. Dieses Wachhalten der Erinnerung ist eine Sache, die kontinuierlich betrieben werden muss. Und das kann nur im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure – also von Schule, Elternhaus, Kommunalpolitik und Gesellschaft – funktionieren. Ich weiß noch selbst, wie mich Erinnerungskultur geprägt hat, als ich mit 14 Jahren in Buchenwald war. Deshalb sollte man auch keine ideologischen Barrieren aufbauen, so nach dem Motto: in der DDR war das Pflicht, also taugt das nichts. Was soll das? Für eine solche lebendige Erinnerungskultur werde ich mich immer stark machen.

Interviewfragen 8 und 10

Es ist zu begrüßen, dass man sich den Problemen mit dem Rechtsextremismus stellt. Und sicher ist da erst mal gut, wenn bestimmte Aktionen stattfinden. Aber das reicht nicht aus, wenn man von „oben“ etwas aufstülpt. Das wirkt nicht selten künstlich und trägt auf Dauer nicht. Viel wichtiger ist es, die schon vorhandenen Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements – sei es die Feuerwehr, der Kindergarten oder der Jugendclub – zu stärken. Geben wir also den Bürgern das notwendige Handwerkszeug mit einem solchen LAP in die Hand und sie werden etwas Sinnvolles daraus machen. Und zwar deshalb, weil es von den Bürgern selbst gewollt ist. Das wächst von unten und sichert deshalb Nachhaltigkeit. Also: weniger reflexhaftes Reagieren auf bestimmte Ereignisse und dafür mehr Kontinuität. Und, was man noch in diesem Zusammenhang unbedingt erwähnen muss: Demokratie muss erlebbar sein. Hier sind die politischen Eliten gefordert. Anstelle von Demokratierhetorik muss Demokratie erlebbar sein. Und zwar vor Ort. Das hat freilich auch mit einem Politikstil zu tun, der Vertrauen wieder zurückholt und Demokratiedistanz überwinden hilft. Das ist ein wirksamer Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Interview Nr. 14:

Mitglied Stadtratsfraktion SPD (RS)

Interviewfrage 1

Im Wohngebiet Allendorf auf der 101, gegenüber von der Bundeswehr (ein alter Garagenkomplex) findet sich ein solcher Treffpunkt. Dieser ist aber relativ weit weg von der Stadt, also sind die Anwohner nicht betroffen. In Bad Salzungen und näherer Umgebung gibt es eigentlich keine Hochburgen von Rechtsextremisten. Es gibt zwar dort Anzeichen dafür, die Polizei ist zum Beispiel dort auch schon aktiv gewesen, weniger wegen Rechtsextremismus, eher wegen Vandalismus.

Interviewfrage 2

Als Hochburg allgemein im Wartburgkreis käme auf jeden Fall Eisenach in Frage. Wahrscheinlich wegen der Infrastruktur, denn es ist auch per Autobahn gut zu erreichen. Ein Treffpunkt der Rechtsextremisten wäre dort eventuell im Wohngebiet Nord, wo genau ist aber unbekannt.

Interviewfrage 3

Durch Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen. Das letzte Fest, das von Rechtsextremisten organisiert wurde, war in Sondershausen und was immer wieder gern besucht wird, sind Veranstaltungen am 09. November. Letztes Jahr war an diesem Tag eine Demonstration in Vacha mit Musik und transparenten Fahnen. Weiterhin gibt es immer wieder von der NPD einen Infostand, oftmals am Goethepark-Center und teilweise auf dem Platz an den Beeten. Auch zum Volkstrauertag sind zu den Veranstaltungen meistens zwischen 10 und 20 Personen aus den Kreisen der NPD vertreten. Ich weiß nicht, inwiefern die Schulen darauf aufmerksam machen, aber eigentlich werden auch immer Schüler erwartet, ganz einfach um das einmal zu erleben und um eine demokratische Einheit zu bilden. Sie greifen Probleme auf, die durch momentane große Parteien nicht gelöst werden konnten. Was die NPD noch anspricht, ist die Rolle der Frau. Sie wollen im Prinzip die Frau wieder aus dem Arbeitsmarkt herauslösen und wieder „nach Hause bringen“. Weiterhin greift die NPD die Globalisierung stark an. Das „Hausfrauenimage“ ist eine schwierige Frage und die Globalisierung ist auch heute nicht wegzudenken. Gerade diese Globalisierung bringt natürlich auch diese Probleme, wie zum Beispiel mit Griechenland oder Italien. Deswegen sagen auch viele, die DM war besser. Das sind alles Sachen, bei denen die NPD, oder auch andere Rechtsextremisten, auf die Meinung der Leute eingeht. Betreffs Ausländerfeindlichkeit sind wir hier in unserem Raum nicht betroffen, dann doch eher die Großstädte betroffen.

Interviewfrage 4

Die Masse der Menschen reagieren eher auf dieses Globalisierungsthema sensibel, als z. B. „behinderte Menschen gehören nicht in das Straßenbild“. Somit ist die Globalisierung eigentlich die größte Gefahr in Bezug auf die NPD, denn es ist zu komplex um von allen auch wirklich verstanden zu werden. Aber es ist ein Thema was schwer einschätzbar ist, wenn man nicht alle Zusammenhänge kennt. Ängste spielen dabei eine große Rolle. Das zieht sich dann aber durch alle Themen, wie zum Beispiel um den Arbeitsplatz, materieller Verlust usw..

Interviewfrage 5

Reiner Rechtsextremismus tritt hier selten auf. Aber die Infostände der NPD werden von den Menschen kaum wahrgenommen. Angenommen, die stehen von um 10.00 Uhr bis um 12.00 Uhr, dann sind das vielleicht sechs Leute, die dann wirklich mit denen auch mal ins Gespräch kommen. Der Rest dreht ab und sie nehmen nicht einmal einen Flyer in die Hand. Also eine große Akzeptanz ist hier in Bad Salzungen noch nicht vorhanden.

Interviewfrage 6

Jugendliche (aus allen sozialen Schichten) sind besonders ansprechbar. Die Älteren haben die Erfahrung ja schon mal in jüngeren Jahren mit einer anderen Partei gemacht, somit sind diese „geheilt“. Der Umgang mit unserer eigenen Geschichte ist eher schlecht, so dass den Jugendlichen die Aufklärung fehlt. Vielmal ist auch das private Umfeld schuld, zum Beispiel die Eltern oder Großeltern. Die Erfahrung bei uns in Bad Salzungen hat gezeigt, dass es nicht die Rechtsextremisten sind, die als erste zu Gewalt greifen, sondern eher angereiste Linksextremisten. Die Erfahrung haben wir hier schon einmal in Bad Salzungen gemacht und da war es definitiv der Gegenpart, die Linksextremisten. Damals war es so, auf dem Markt standen die NPD und als demokratische Kräfte alle Parteien der Stadt und eine Gruppe von Linksextremisten, also

Gegendemonstranten und die waren die, die wirkliches Gewaltpotential hatten. Also ich muss wirklich sagen, sie haben aus der Vergangenheit gelernt, so dass sie sich bei öffentlichen Anlässen, soweit es geht, an die Gesetze (Versammlungsrecht) halten. Im Fall von Bad Salzungen sind es die Linksextremisten, die am ehesten gewaltbereit sind. Wie es in anderen Städten ist, kann ich nicht sagen. Ein einfaches Ignorieren bringt mehr als eine Auseinandersetzung.

Interviewfrage 7

Die Medien spielen eine sehr große Rolle. Momentan wird es aber eher verschwiegen. Die Presse hält sich hier in Bad Salzungen sehr zurück. Wir haben als Stadt auch eine überparteiliche Zusammenarbeit gegen Extremismus, wo eben alle Parteien, Polizei, beide Kirchen und die Schulen mit integriert sind. Wenn wir erfahren, dass eine größere Veranstaltung ist, dann sprechen wir auch mit der Presse ab, wie wir damit umgehen. Momentan ist es so, dass die Presse mitzieht und nichts veröffentlicht. Aufklärungsmäßig behandeln sie es nicht ausreichend.

Interviewfragen 8, 9 und 10

Nun ja, ein wichtiger Akteur ist z. B. MOBIT, aber auch das Landeskriminalamt. Insgesamt denke ich, dass ein NPD-Verbot sicher sinnvoll wäre. Und was wir selbst tun können, ist mehr Aufklärung und ein kompetenter Umgang mit unserer eigenen Geschichte. Da erwarte ich auch vom LAP einen wirksamen Beitrag.

Interview Nr. 15:

Vertreter Stadtratsfraktion Freie Wähler (RF)

Interviewfrage 1

Nein, hier direkt sind sie mir nicht bekannt. Aber Eisenach ist eine Anlaufstelle für solche Angsträume.

Interviewfrage 2

In den letzten Jahren sind mir keine Veranstaltungen aufgefallen, die großes Aufsehen erregt haben.

Interviewfrage 3

Es kommt auf das Alter an. Als die NPD hier in Bad Salzungen zur Kreistagswahl Flyer verteilt hat, waren es vorwiegend die Älteren, die sie mitnahmen. Vor allem sprechen sie soziale Themen an, wie Arbeitslosigkeit.

Interviewfrage 4

Das ist sehr schwierig einzuschätzen. Unzufriedenheit würde ich es eher nennen, weil man immer anderen die Schuld für die eigene Situation geben will. Hier in unserem Fall ist das der Staat.

Interviewfrage 5

Das Problem ist, dass sie viele soziale Themen aufgreifen, wie beispielsweise das Grundeinkommen. Das ist sehr fatal. Man erkennt heute rechte Menschen nicht mehr an der Glatze und an der Bomberjacke. Sie verpacken gefährliche Themen und bringen sie schonend rüber. Vor allem die untere Schicht (z. B. Arbeitslose) und die Älteren sind meiner Meinung nach anfällig.

Interviewfrage 6

Gewaltpotenzial gibt es sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten. Hier fällt es kaum auf.

Interviewfrage 7

Sie ignorieren es oder behandeln es nicht ausreichend. Erst wenn etwas passiert, wird berichtet. Das muss aber früher und kontinuierlicher geschehen.

Interviewfrage 8

MOBIT ist mir bekannt, die sich allerdings eher hilflos verhalten. Der gute Ansatz besteht, aber solange die Partei NPD nicht verboten wird, kann es keine richtigen Programme gegen rechts geben.

Interviewfrage 9

Ich persönlich werde kaum damit konfrontiert. Aber am Ende muss der Staat etwas dagegen tun. Weder die Kirche noch die Bevölkerung kann etwas tun.

Interviewfrage 10

Eigentlich keine. Ich sehe es als eine Art Beschäftigungstheorie, denn eigentlich wird er, wie die vielen Projekte vorher auch, nichts bewirken.

Interview Nr. 16:

Stadtratsmitglied der Fraktion DIE LINKE (RL)

Interviewfrage 1

In Bad Salzungen sind mir keine bekannt, aber im Wartburgkreis gibt es zwei oder drei Städte, die solche Hochburgen darstellen. Zum Beispiel in der Nähe von Eisenach, wo weiß ich allerdings nicht genau.

Interviewfrage 2

Sicher gibt es Konzerte und Demonstrationen, da sind mir aber persönlich keine im Umkreis bekannt.

Interviewfrage 3

Sie sprechen die Leute an, die wirklich solche Probleme haben, wie Lehrstellensuche, oder auch Arbeitslosigkeit. Besonders im Problemfeld Jugend, weil diejenigen, die kein Ziel vor Augen haben, sind auch leicht beeinflussbar. Das ist genau das, was sie ansprechen. Dann verkünden sie ihre Parolen, die ja anfangs recht gut klingen, was aber dahinter steckt, hinterfragt kaum jemand. Sie greifen vor allem soziale Themen auf. Veränderungen, die ich feststellen kann sind, dass der Intellekt der “rechten Gesinnung“ zunimmt.

Interviewfrage 4

Man versucht, Sympathien zu erreichen. Es wird nicht gleich gesagt „Ich bin gegen Ausländer“ usw., sondern es werden Missstände aufgeführt. So zum Beispiel Existenzangst oder Zukunftsängste.

Interviewfrage 5

Natürlich, Anzeichen dafür gibt es. Das zeigt sich schon darin, dass sie sich für den Stadtrat aufgestellt haben.

Interviewfrage 6

Ein paar wenige Leute sind vom Intellekt her sehr hochstehend, alles andere sind Mitläufer. Mitläufer sind immer zu Gewalt bereit. Sie reagieren immer so, wie die Obrigkeiten das sagen und je mehr es werden, desto schlimmer wird das.

Interviewfrage 7

Man kann nicht intensiv genug damit umgehen. So gesehen berichtet man immer irgendwie zu wenig.

Interviewfrage 8

Ich kenne viele Diskussionskreise. Durch diese Diskussionen erhält man viele Informationen. Ich kenne auch ein paar Anwälte, die in die Gymnasien gehen und über dieses Thema aufklären. Man sollte über Veranstaltungen die Jugendlichen ansprechen, zum Beispiel über Musik. Und dann sollte man mit den Jugendlichen diskutieren.

Interviewfrage 9

Nun, in meiner Partei gibt es viele Aktivitäten, die sich dieser Thematik annehmen. Ich denke, dass es keine Partei gibt, die sich so engagiert mit rechter Gesinnung auseinander setzt.

Interviewfrage 10

Aufklärung über die wirklichen Ziele der Rechten und mehr Unterstützung, die den lokalen Besonderheiten hier im Wartburgkreis Rechnung trägt.

Interview Nr. 17:

Lehrer an einem Gymnasium (LG)

Interviewfrage 1

In Bad Salzungen gibt es einen bestimmten Jugendclub, wo sich Rechte treffen, aber auch in Merkers treffen sie sich.

Interviewfrage 2

Mir fällt in diesem Zusammenhang nur Eisenach an, wo auch ab und zu Aktionen von rechts laufen.

Interviewfrage 3

In erster Linie bei sozialen Brennpunktthemen. Man versucht, sich durch Spielfeste für die ganze Familie oder durch Nachhilfe ins Gespräch zu kommen, welche kostenlos angeboten werden. Sie sind dort, wo geholfen werden kann – und die Menschen sehen das als Normalität an, als Aktivität einer demokratisch zugelassene Partei und denken nicht darüber nach. Alle gucken weg.

Interviewfrage 4

Die Demokratie versagt, denn die Menschen geben dem Staat die Schuld, dass sie keine Arbeit finden und suchen Trost bei der NPD. Das Schlimme ist, dass dadurch die Demokratie Schaden nimmt.

Interviewfrage 5

Leider schon, denn gerade die Großeltern haben Einfluss durch Erfahrung. Da gibt es doch Demokratiedefizite, die weitergegeben werden. Und das Schlimme ist: selbst der Staat unterstützt in gewisser Weise die Ausbreitung solcher Ideen, denn die Mittel für Plakate kommen vom Steuerzahler.

Interviewfrage 6

Kann ich schwer einschätzen. Was ich aber sagen kann ist, dass Gewalt hier bei uns generell nicht für gut befunden. Und ich denke, dass man Flagge zeigen und etwas dagegen tun muss, wenn man etwas von dieser Gewalt mitbekommen sollte.

Interviewfrage 7

Viel zu wenig. Auch viele Lehrer schauen einfach weg und reden nicht mit den Schülern darüber. Dabei müssen gerade sie wissen, was los ist – denn sonst greift die NPD zu.

Interviewfrage 8

Es gibt ein paar, doch man sollte die Programme weiter ausbauen. Denn nur so kann von zivilgesellschaftlichem Engagement gesprochen werden.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

Interviewfrage 9

Unsere Schule ist „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ und wir versuchen durch Projekttage aufzuklären.

Interviewfrage 10

Zum einen sollten gerade die Schulen ihren Einsatz gegen rechts verstärken. Das kann z. B. durch eine Initiative deutlich gemacht werden, wie wir das in unserer Schule tun. Dann muss für Projekttage und Aufklärung gesorgt werden. Am Besten aber von Fachleuten. Nicht von Lehrern, die versuchen, das Problem zu ignorieren. Dann muss das Elternhaus angesprochen werden und zum Schluss muss die Kommunalpolitik mehr auf junge Menschen zu gehen und sie mehr mit einbeziehen.

Interview Nr. 18:

Mitglied eines Bürgerbündnisses (MB)

Interviewfragen 1 und 2

So stark dominierte Angsträume gibt es nicht. Höchstens in Dorndorf. Da gibt es einen Motorradclub, der sehr aktiv ist. Aber sonst agiert die Szene doch eher im Versteckten. In Bad Liebenstein bauen sie gerade eine Gruppe auf. In Schweina werden mittlerweile Häuser ersteigert. Und in Leimbach hat der Kreisvorsitzende der NPD ein großes Grundstück. Da werden Jugendliche mit Bier und Bratwurst geködert. Und vor allem sind sie in den Feuerwehren sehr aktiv. Die Freundin vom Kammler ist da z. B. für die Kinder zuständig. Und da ärgere ich mich schon, dass da nicht die Satzung der Landesfeuerwehr übernommen wird. Da steht nämlich drin, dass Rechtsextreme dort nichts zu suchen haben. Na ja, und auch vor den Schulen sind sie durchaus aktiv. Da brauche ich nur an die Aktion Ostereier erinnern.

Interviewfrage 3

Na, die fahren voll auf das Thema Soziales ab. Vor allem Schule spielt eine große Rolle. Also z. B. das Schulessen oder die Forderung, die Schulsporthallen auch am Sonntag für Kinder zu öffnen. Neuerdings wurde auch das Thema Windräder aufgegriffen. So nach dem Motto: Windräder an der Wartburg verbieten, weil sonst ein Stück Heimat verloren geht. Und da gibt es natürlich die Autos mit den Aufklebern „Tod den Kinderschändern“. Nicht vergessen darf man auch die geschürte aggressive Stimmung gegen die Linken. Da wird Bad Salzungen schon mal zur kommunistischen Hochburg erklärt.

Interviewfragen 4 und 5

Akzeptanz lässt sich schon feststellen. Das Thema Kinderschänder habe ich schon erwähnt. Auch die Polemik gegen Asylbewerber findet durchaus Zustimmung. Da spürt man eine Neiddebatte, die fleißig geschürt wird. Die brauchen doch kein Geld, wird da verkündet. Und da werden als Beweis Fotos gemacht, um zu zeigen, dass die Handys haben. Aber es trifft auch die Tafel, weil da recht viele Migranten sich Lebensmittel holen. Die wollen nicht arbeiten, wird dann verkündet. Das trifft schon irgendwie den Nerv derer, die selbst wenig haben oder verdienen. Und das reicht weit in die Bevölkerung hinein, diese abwertende Neidmentalität.

Interviewfrage 6

Das ist sehr schwierig einzuschätzen. Ich denke, da gibt es so was wie eine Arbeitsteilung. Die beiden Vertreter im Kreistag stehen mehr für den schleichenden Prozess des Kampfes um Einfluss. Und dann gibt es auch vereinzelte aggressive Mitglieder oder Jugendliche in dieser Szene. Aber da bin ich doch etwas überfragt, um das alles genauer einzuschätzen. Wenn ich ehrlich bin, stehe ich erst am Anfang entsprechender Beobachtungen.

Interviewfrage 7

Ich halte es für bedenklich, dass insgesamt gesehen bislang so wenig berichtet wird. Ich halte nicht viel von der Begründung, dass man den Rechten keine Plattform geben möchte. Totschweigen ist nicht der richtige Weg. Aufklärung ist mehr denn je notwendig. Einen ersten Schritt in diese Richtung sind wir deshalb vor kurzem gegangen. Wir haben nämlich die Presse gebeten, die Arbeit des Bürgerbündnisses redaktionell zu begleiten. Wir sind da auf Zustimmung gestoßen, was ich richtig klasse finde.

Interviewfrage 8

Die bisherigen Aktivitäten reichen bei weitem nicht aus. Da dominiert doch bislang eher eine Beschwichtigungsstrategie. Viele Bemühungen, den Rechten aktiv entgegenzutreten, werden belächelt oder sogar schlecht geredet. Ja manchmal sogar kriminalisiert oder als Demotourismus abgewertet. Nächstes Jahr findet hier der Jugendtag der NPD statt. Auch da hat man sich noch nicht über eine aktive Gegenwehr verständigen können. Im Gegenteil! Da gibt es Stimmen, die darauf hinauslaufen, diesen Aufmarsch eher passiv hinzunehmen. Da sollten wir uns doch ein Beispiel an Eisenach nehmen. Da hat sogar der Bürgermeister aus Gera an einer Demo gegen die Nazis teilgenommen. So etwas finde ich klasse und das zeigt, wohin wir auch hier kommen müssen.

Interviewfrage 9

Als Mitglied eines Gemeinderates werde ich schon mit rechtsextremistischen Einstellungen konfrontiert. Und natürlich auch im Kreistag, weil da ja die NPD vertreten ist. Deshalb ist es ja auch so wichtig, dass unser Bündnis für Demokratie und Toleranz ins Laufen kommt. Da müssen alle mit einbezogen werden. Wir haben uns jetzt eine Arbeitsgrundlage gegeben und sind dabei, Arbeitsgruppen zu bilden. Die sollen sich mit ganz konkreten Fragen im Hinblick auf den Rechtsextremismus im Landkreis beschäftigen. Denn über vieles, was hier abläuft, haben wir bislang zu wenige Informationen. Die Arbeitsfähigkeit eines Bündnisses, das ist Konsens, muss über Sacharbeit hergestellt werden. Da darf es nicht zu kleinlichen parteipolitischen Auseinandersetzungen kommen. So etwas schadet dem Bündnis und auch der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Uns geht es um die Sache.

Interviewfrage 10

Mit großen Erwartungen. Ich hoffe, dass wir wirklich eine solide Aufklärung hinkriegen. Wir brauchen zudem Ideen, wie wir noch besser Jugendliche erreichen und mit einbeziehen können. Und: das Thema Rechtsextremismus muss stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Da darf nicht herumgeredet werden. Da muss man sich klar positionieren und Schluss machen mit Beschwichtigungen. Wie man das alles so hinkriegt, dass unsere Demokratie gestärkt wird – für all das erhoffe ich mir viele brauchbare Anregungen und gemeinsames Handeln.

Interview Nr. 19:

Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit (JE)

Interviewfragen 1 und 2

Solche Angsträume kenne ich nicht. Auch Szeneläden und besondere Treffpunkte im Sinne von Hochburgen kann ich nicht erkennen.

Interviewfrage 3

Das ist schwer einzuschätzen. Natürlich greifen die das Thema Arbeitslosigkeit auf, weil das nun mal viele Menschen bewegt. Auch zu bestimmten Anlässen treten sie auf. So z. B. zum Volkstrauertag. Aber das wirkt doch eher unscheinbar.

Interviewfrage 4

Zwei Gruppen sind da von Interesse, mit denen ich in meiner Arbeit konfrontiert werde. Es gibt einmal Jugendliche, die eher durch Nichtwissen bestimmte rechtsextremistische Anschauungen vertreten. Richtige Rechtsextreme sind das aber nicht. Das ist nicht fest ideologisch verankert. Die wissen manchmal noch nicht einmal, was bestimmte Zeichen wirklich bedeuten. Das sind mehr Mitläufer. Und da gibt es einige unter den Aussiedlerjugendlichen, die schon mal Adolf Hitler und die SS gut finden. Eine kleine Gruppe ist das zwar nur – aber immerhin. Man darf das also nicht auf Deutsche allein reduzieren. Wir müssen uns offensichtlich auch stärker auf die Aussiedlerjugendlichen konzentrieren.

Interviewfrage 5

Da gibt es keine besondere Anfälligkeit. Wenn ich an die Jugendlichen denke, die sind doch weitestgehend unpolitisch. Die sind vielleicht durch Musik beeinflussbar, aber doch nicht durch irgendwelche Aktivisten der NPD. Wenn die kommen, da würde doch kaum ein Jugendlicher zuhören. Und was die ältere Generation anbetrifft: die haben möglicherweise solche Ansichten. Aber sich öffentlich dazu bekennen, das machen die natürlich nicht.

Interviewfrage 6

Die Gewaltbereitschaft hat abgenommen. Das war schon einmal schlimmer. Aber diese Gewalt war und ist nicht vordergründig rechtsextremistisch ausgerichtet. Es gab mal Gewaltbereitschaft, die von den älteren Jugendlichen auf die jüngeren weiter gegeben wurde, aber auch das ist weniger geworden. Die heutigen 15- bis 20-jährigen Jugendlichen sind da viel ruhiger. So z. B. bei den Aussiedlern.

Interviewfrage 7

Da könnte sicherlich mehr passieren. Ich meine im Sinne von Aufklärung und nicht alles einfach nur aufbauschen. So ein Schlagwortjournalismus, der schadet eigentlich nur. Vor allem gilt es, die Jugendlichen besser anzusprechen.

Interviewfragen 8 und 9

Wir haben keine feste rechtsextremistische Szene. Das Thema wird natürlich immer mal wieder aufgegriffen. So z. B. vor Wahlen setzen wir uns schon mit den Wahlprogrammen der Parteien – auch dem der NPD – auseinander. Wenn es wirklich mal brennt, greifen wir auch auf Angebote anderer Einrichtungen zurück. Da muss nicht noch ein zusätzliches Angebot gemacht werden. Da investiere ich dann lieber in Drogenprävention usw.. Also insgesamt sehe ich kaum Defizite, weil einfach der Bedarf nicht so da ist.

Interviewfrage 10

Ich denke, das Thema Integration sollte unbedingt im Mittelpunkt stehen. Wir hatten hier ja schon Zeiten, in denen Aussiedler oder Migranten sich in einem Wohngebiet konzentrierten. Das hat zu massiven Konflikten geführt und die Stadt hat dadurch viel verloren. Da gab es acht Dönerläden und deutsche Gaststätten mussten zumachen. Das kann doch nicht Integration sein! Wir brauchen also ein Integrationskonzept, das langfristig angelegt ist. Vielleicht kann man sich im Rahmen des LAP einmal darüber austauschen, wie man an Menschen anderer Kulturen besser herankommt. Wie sich Gräben und Abschottung überwinden lassen. Und wo deutlich wird, dass dies nicht nur eine Aufgabe der Deutschen ist. Da stehen auch die Migranten selbst in der Pflicht, sich ordentlich zu integrieren. Dafür brauchen wir Ideen und Anregungen, aber auch deutliche Worte.

Interview Nr. 20:

Kreistagsmitglied der CDU-Fraktion (KC)

Interviewfragen 1 und 2

So etwas ist mir nicht bekannt. Zwar hört man immer wieder mal von bestimmten Treffpunkten. So soll es z. B. in Mosbach eine Gaststätte geben, wo es wohl hin und wieder zu Treffen von Rechten kommt. Aber von Hochburgen zu sprechen – soweit würde ich für unseren Landkreis nicht gehen.

Interviewfrage 3

Durch die Kreistagtätigkeit haben wir ja direkten Kontakt mit bestimmten Themen, die von den Vertretern der NPD eingebracht werden. Die sind da durchaus rege. Und es sind Themen, die man nicht so einfach ignorieren kann. Da geht es um Schulnetzplanung, um sicheren Transport von Kindern in ihre Schulen. Oder um die Idee, die Turnhallen am Sonntag für nicht in Vereinen organisierte Kinder zu öffnen. Erst bei der Diskussion der Vorschläge merkt man dann aber sehr schnell, um was es wirklich geht: nämlich um Selbstdarstellung und die Absicht, sich bei der Bevölkerung ins Gespräch zu bringen. Und die sind nicht dumm. Da muss es ein Netzwerk geben. Die Anträge sind professionell geschrieben und vorgetragen. Die wissen sehr genau, was abläuft. Und manchmal hat man sogar das Gefühl: Donnerwetter, das hätte aber auch uns einfallen können. Überhaupt ist es eine schwierige Problematik, wie man mit diesen Anträgen umgeht. Sie einfach nur zu ignorieren, geht auf Dauer sicherlich nicht.

Interviewfragen 4 und 5

Sicherlich gibt es solche Gruppen, die möglicherweise besonders anfällig sind. Ich persönlich denke da z. B. an die Gruppe der 50-Jährigen, die berufstätig sind. Und da hört man schon einmal

solche Sätze wie: das hätte es früher nicht gegeben. Oder: bei den Hartz-IV-Empfängern wird das Geld zum Fenster rausgeworfen. Also solche Grundparolen sind es, die darauf hindeuten, dass es solche Stimmungen gibt.

Interviewfrage 6

Ich kann das aus meiner Wahrnehmung heraus schwer einschätzen. Ich glaube aber nicht, dass rechtsextreme Gewalt irgendwie zugenommen hat. Natürlich gibt es hin und wieder Auseinandersetzungen, aber die sind weniger politisch motiviert. Aber vielleicht fehlt mir da auch das notwendige Wissen, um das genauer einschätzen zu können.

Interviewfrage 7

Rechts taucht in der Berichterstattung über den Kreistag nicht auf. Das empfinde ich als wohltuend, weil den Rechten damit keine zusätzliche Plattform gegeben wird. Das macht die lokale Presse also durchaus gut. Wenn es, wie aktuell, zu schweren Verbrechen aus der rechtsextremen Szene kommt, dann wird freilich ausführlich berichtet.

Interviewfrage 8

Da wäre vor allem das neue Bündnis zu nennen, das sich am Eisenacher Vorbild orientiert. Dort schließen sich Menschen zusammen, die sagen: jetzt wird es ernst und deshalb muss gehandelt werden. Und da wird auch schnell eine gemeinsame Sprache gefunden. Natürlich wurden wir noch nicht mit wirklich schwierigen Situationen konfrontiert. Vielleicht steht uns die Nagelprobe noch bevor und da wird sich zeigen, wie effektiv unser Bündnis funktioniert. Bis dahin muss aber noch ein schwieriger Punkt besser geklärt werden: die Haltung zur Gewalt. Ich kenne Vertreter der Linken, die eindeutig auch Gewalt von links verurteilen. Die finden dann natürlich auch Akzeptanz im Bündnis. Das Bekenntnis zu Gewaltfreiheit muss ganz klar die Grundlage des Bündnisses sein. Da besteht sicherlich noch weiterer Klärungsbedarf.

Interviewfrage 9

Fraktion und Kreisverband ermutigen ihre Mitglieder, sich aktiv an bestimmten Veranstaltungen oder eben im Bündnis für Demokratie und Toleranz zu engagieren. Es geht darum, wirklich deutlich Flagge zu zeigen. Und natürlich ringen wir auch immer wieder um die besten Wege, wie man sich wirkungsvoll mit den Rechten im Kreistag auseinander setzen kann.

Interviewfrage 10

Wir brauchen keine allgemeinen Bekenntnisse. Wenn das alles wirklich effektiv sein will, dann brauchen wir mehr konkretes Wissen. Wir brauchen Einblick in die lokalspezifischen Besonderheiten der rechtsextremistischen Szenen im Landkreis. Meine Erwartung ist, dass wir Wege finden, solches Wissen zu bündeln. Dann wird nämlich Handeln konkret, dann erkennen wir mögliche Defizite und den entsprechenden Handlungsbedarf. Und – das wäre eine weitere Überlegung – wir brauchen so etwas wie eine Anlaufstelle. Da könnten sich Bürger hinwenden, wenn sie etwas beobachten, was einen rechtsextremistischen Hintergrund hat. Durch den LAP erhoffe ich mir in dieser Hinsicht viele neue Ideen und Anregungen. Auch darüber, wie wir noch mehr Bürger sensibilisieren und einbeziehen können.